



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Auswirkungen der Finanzpolitik der Bank of England auf  
das koloniale Indien in der Zwischenkriegszeit“

Verfasserin

Dorothea Wanek

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt.  
Studienblatt:

A 312

Studienrichtung lt.  
Studienblatt:

Geschichte

Betreuer:

Doz. Dr. Finbarr McLoughlin



# Inhaltsverzeichnis

|          |                                                                                                          |           |
|----------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| <b>1</b> | <b>Einleitung.....</b>                                                                                   | <b>1</b>  |
| <b>2</b> | <b>Die Kronkolonie Indien und seine Wirtschaft .....</b>                                                 | <b>5</b>  |
| 2.1      | Koloniale Strukturen und deren Entscheidungsträger .....                                                 | 5         |
| 2.2      | Das indische „Raj“ als koloniale Wirtschaft .....                                                        | 9         |
| 2.3      | Der Banken- und Finanzsektor .....                                                                       | 11        |
| 2.4      | „Home Charges“ .....                                                                                     | 14        |
| 2.5      | „Drain of Wealth“ .....                                                                                  | 15        |
| <b>3</b> | <b>Bank of England.....</b>                                                                              | <b>17</b> |
| 3.1      | Aufgaben von Zentralbanken .....                                                                         | 17        |
| 3.2      | Die Bank of England von ihrer Gründung bis heute .....                                                   | 18        |
| 3.3      | Bank of England - London als internationales Finanzzentrum .....                                         | 19        |
| 3.4      | Bank of England und ihre Beziehung zur City of London und Whitehall<br>und der indischen Peripherie..... | 22        |
| 3.5      | Montagu Norman als „Governor“ der Bank of England .....                                                  | 24        |
| <b>4</b> | <b>Der Goldstandard .....</b>                                                                            | <b>25</b> |
| 4.1      | „Theoretische Modell“ des Goldstandards .....                                                            | 25        |
| 4.2      | Goldmonometallismus versus Bimetallismus.....                                                            | 26        |
| 4.3      | Der Goldstandard Kriterien für den Erfolg bis 1914 .....                                                 | 27        |
| 4.4      | Der 1. Weltkrieg und die Kriegsfinanzierung.....                                                         | 28        |
| 4.5      | Die Rückkehr zum Goldstandard 1919-1925 .....                                                            | 31        |
| 4.5.1    | Die wirtschaftliche Lage unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg.....                                          | 31        |
| 4.5.2    | Das Cunliffe Committee.....                                                                              | 31        |
| 4.5.3    | Chamberlain-Bradbury Committee .....                                                                     | 34        |
| 4.6      | Denkansätze für und gegen die Befürwortung des Goldstandards .....                                       | 36        |
| 4.6.1    | Rückkehr zum „Status Quo vor dem 1. Weltkrieg“ .....                                                     | 36        |
| 4.6.2    | Rückkehr zum internationalen Handelsmarkt.....                                                           | 37        |
| 4.6.3    | Der Interessenskonflikt zwischen Industrie und der City of London.....                                   | 37        |
| 4.6.4    | J.M. Keynes.....                                                                                         | 41        |
| 4.7      | Wiedereinführung des Goldstandards 1925.....                                                             | 44        |
| 4.8      | Die Konsequenzen der Überbewertung des Pfund Sterling zum Vorkriegskurs.....                             | 46        |
| 4.8.1    | Goldsterilisation.....                                                                                   | 47        |
| 4.9      | Die zweite Labour-Regierung.....                                                                         | 48        |
| 4.10     | Aussetzen des Goldstandards .....                                                                        | 50        |
| <b>5</b> | <b>Der Gold Exchange Standard in Indien.....</b>                                                         | <b>53</b> |
| 5.1      | Die Funktion des Gold Exchange Standard.....                                                             | 53        |
| 5.2      | Indiens Wiedereinführung des Gold Exchange Standard.....                                                 | 56        |
| 5.3      | Überbewertung der Rupie als Zwangsmaßnahme Londons .....                                                 | 57        |
| <b>6</b> | <b>Depression.....</b>                                                                                   | <b>59</b> |
| 6.1      | Die Währungskrise .....                                                                                  | 59        |
| 6.2      | Die Krise in der Landwirtschaft .....                                                                    | 67        |
| 6.3      | „Distress Gold“ .....                                                                                    | 69        |
| 6.4      | Die Auswirkungen des Goldflusses auf die indische und britische Wirtschaft.....                          | 70        |

|           |                                   |           |
|-----------|-----------------------------------|-----------|
| 6.5       | Die Reserve Bank of India.....    | 72        |
| 6.6       | „Disobedience Movement“ .....     | 73        |
| 6.7       | „Krisenbewältigung“ .....         | 78        |
| <b>7</b>  | <b>Schlussbetrachtung.....</b>    | <b>81</b> |
| <b>8</b>  | <b>Abstract .....</b>             | <b>83</b> |
| <b>9</b>  | <b>Anhang.....</b>                | <b>85</b> |
| <b>10</b> | <b>Literaturverzeichnis .....</b> | <b>87</b> |
| <b>11</b> | <b>Lebenslauf .....</b>           | <b>92</b> |

## 1 Einleitung

Die Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts war die entscheidende Phase, in der sich die Weichen für die Entkolonialisierung Indiens stellten. Für die Kolonien bedeutete die Abfolge Krieg–Krise–Krieg letztlich die Emanzipation von der Kolonialherrschaft. In den Jahren nach dem 1. Weltkrieg 1918 erfuhr das britische Weltreich seine größte Ausdehnung, aber in Indien hatte sich eine nationalistische Bewegung entwickelt, der nicht nur intellektuelle Kreise wie in der Vorkriegszeit, sondern auch Händler und Unternehmer angehörten, welche mit Gandhi und dem Indian National Congress (INC) um politische Autonomie kämpften. Politische Geschichte, in diesem Fall der Kampf um die Unabhängigkeit, kann niemals ein vollständiges Bild der Abläufe ergeben, wenn die wirtschaftshistorischen Zusammenhänge nicht berücksichtigt werden. Dennoch kann die Kraft der Unabhängigkeitsbewegung nicht nur von wirtschaftlichen Faktoren abhängig gemacht werden. Bis 1914 war der Indian National Congress eine lose und oft gespaltene Vereinigung von gebildeten Indern hinduistischen Glaubens, welche sich einmal jährlich trafen, um geringfügige politische Forderungen zu stellen. Zwischen den beiden Weltkriegen stellte sich die Frage, wie und inwieweit der INC die gesamte „indische Nation“ repräsentieren könnte. Der Kongress musste auch eine politische Strategie entwickeln, die sowohl die Verbindung zu seinen Unterstützern, zu denen in immer stärkeren Ausmaß die Industriellen zählten, festigte, als auch eine Möglichkeit bieten musste, in den politischen und wirtschaftlichen Forderungen der Gegenpol zur britischen Kolonialregierung zu sein. Die Briten versuchten ihrerseits politische Strategien gegen den aufkommenden Nationalismus zu entwickeln. Nach 1920 hatte sich der Kongress, an die imperiale Verwaltungsstruktur angelehnt, auf zentraler Ebene wie auch Provinz-, Bezirks- und Dorfebene organisiert. Aber erst Gandhi mit seiner „Satyagraha“ Philosophie und den daraus entstehenden Methoden des gewaltlosen Widerstands und des zivilen Ungehorsams konnte die indischen Massen bewegen.

Die Unabhängigkeit Indiens wird von offizieller, britischer Seite gerne als ein langsamer ruhiger Prozess dargestellt, den die Briten bis zur Unabhängigkeit 1947 für Indien ebneten. Die politische Einstellung zur Unabhängigkeit Indiens war zwischen Labour Party und den Konservativen unterschiedlich, aber es gab bis 1939 einen Konsens, dass die Kronkolonie erst langsam in die Unabhängigkeit geführt werden sollte. Die Labour Party entrüstete sich moralisch über die wirtschaftliche Ausbeutung der Kolonien, aber machte nur wenige Versuche, der Ausbeutung Einhalt zu gebieten. In der Zwischenkriegszeit gab es einen

„mainstream“ in der Labour Party, und zu dieser Gruppe gehörte Ramsey McDonald. Dessen politischer Ansatz war ein „konstruktiver Imperialismus“ und er bekannte sich zu einem langsamen Übergang zur Selbstregierung der Kolonie, die aber selbstverständlich ein Mitgliedsstaat im Commonwealth bleiben würde. Demzufolge war McDonald's Meinung: „India has to be nursed towards a self government with an unspecified time-scale.“<sup>1</sup> Die Position der gemäßigten Konservativen zur Indienpolitik war ähnlich und lief auf eine Selbstregierung in einem nicht definierten Zeitraum hinaus. Dazu gehörten die Montagu-Chelmsford Linie, die 1919 mit dem Government of India Act Realpolitik wurde, und die Irwin Declaration vom 31. Oktober 1931, die ein Versprechen auf den Status einer Dominion gab und dem darauf folgenden Government of India Act 1935. Den Indern sollten so viele Konzessionen wie möglich zugesprochen werden, solange Großbritannien so viel Macht wie möglich am indischen Subkontinent behalten konnte. Die politische Richtung Winston Churchills war dem Kurs der Konservativen entgegengesetzt. Zu Beginn der 1930er Jahre wandte er sich strikt gegen eine Unabhängigkeit Indiens. Für ihn war es ein „eklatanter Akt der Selbstverstümmelung mit katastrophalen Folgen, dieses wahrhaft leuchtendste und wertvollste Juwel der Krone, das mehr als unsere anderen Dominions und abhängigen Gebiete den Ruhm und die Kraft des Empires ausmacht, wegzuwerfen.“<sup>2</sup> Er war der Meinung, dass „die „Disobedience Campaign“ mitsamt Gandhi zerschlagen werden sollte, und es sei die Aufgabe der Briten, Indien weiter Entwicklungshilfe zu leisten und es weiter zu verteidigen.“<sup>3</sup> Nach 1930 war Churchill der einzige bekannte Konservative mit politischer Zugkraft, der gegen die Selbstverwaltung Indiens opponierte. Es sei eine der großen Leistungen der britischen Geschichte, dass Indien langsam auf den Weg in die Zivilisation geführt worden wäre.<sup>4</sup> Richtete sich der Zorn Churchills gegen den Indian National Congress, so war seine Haltung gegenüber Gandhi herablassend. In Anspielung auf dessen Ausbildung zum Juristen in Großbritannien bezeichnete Churchill ihn als „seditious Middle Temple Laywer, now posing as a fakir of a type well-known in the East.“<sup>5</sup> Winston Churchill hielt nichts vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker, sondern er setzte sich für das „Good Government“ ein. Mit dieser starren Position war Churchill allerdings bald in seiner eigenen Partei isoliert. Es war immerhin die konservative Partei, die den Government of India Act 1935 durch das Parlament brachte. Diese Geisteshaltung resultierte aus der angeblich historisch

---

<sup>1</sup> Stephen Howe: Anticolonialism in British Politics. The Left and the End of Empire. Oxford 1983, S. 45.

<sup>2</sup> Piers Brendon: Churchill. Stratege – Visionär – Künstler. München 1984, S.167.

<sup>3</sup> Ebenda

<sup>4</sup> Jochen Lütt: Der zweite Weltkrieg und die Entkolonialisierung Indiens. S. 153 – 173. In: Karin Preiszendanz/Dietmar Rothermund (Hg): Südasien in der Neuzeit. Geschichte und Gesellschaft 1500 – 2000. Wien 2003, S. 154.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 155.

nachweisbaren Tatsache, dass die Inder unfähig zur Selbstregierung wären und aus den Leistungen, welche die Engländer für die indische Kolonie vollbracht hätten. Diese koloniale Geisteshaltung, die unter der herrschenden Klasse weit verbreitet war, wird von Corelli Barnett folgendermaßen beschrieben:

„The vested interest of the British governing class in India was not only a matter of myth, legend and the imagination however. There was their vested interest in their achievement, great as it was: India, once a turmoil of anarchy and war; united; India; once a stew of corruption, oppression and incompetence, under efficient, honest government; India, once dark with religious and racial hatred, a peace under the Crown.“<sup>1</sup>

Diese Einstellung zu Indien gaukelte den Briten vor, dass sie nicht aus eigennützigen Gründen in Indien bleiben wollten, sondern im Interesse Indiens.

Indien war aber für das British Empire auch ökonomisch zu wichtig, als von den Briten freiwillig aufgegeben zu werden. Erst als Indien für Großbritannien auch wirtschaftlich keine Vorteile mehr brachte, konnte es in die „Unabhängigkeit entlassen“ werden. Bis zum 1. Weltkrieg war die Rolle Indiens im British Empire klar definiert: Es stellte Geschäfts- und Arbeitsmöglichkeiten für Auswanderer, Beamte des Civil Service und Armeemitglieder zur Verfügung und im Gegenzug dazu wanderten Inder, die durch Arbeitskontrakt verpflichtet wurden, in andere Kolonien aus. Die indische Armee sorgte für imperiale Sicherheit und wurde von Indien bezahlt. Indien war wichtig für den britischen Handel und das Investment, da mehr britische Exporte nach Indien gingen als umgekehrt. Gleichzeitig war Indien verpflichtet, Sterlingüberweisungen nach London zu schicken. Obwohl nach 1914 die britischen Exporte nach Indien dramatisch zurückgingen, wurde die Finanzpolitik weiterhin durch imperiale Herrschaft geprägt. Das multilaterale Handelssystem war während der Zwischenkriegszeit in seiner Funktion nicht gefährdet. Die Bank of England versuchte bewusst durch Beeinflussung der Politik die Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel den Goldstandard und die Bindung der Rupie zum Pfund zur Vorkriegsparität wie vor 1914 wiederherzustellen. Dennoch konnte London nicht mehr denselben Nutzen aus dem System ziehen wie in der Vorkriegszeit. Die positive Handelsbilanz, die Großbritannien mit Indien erzielte, war nicht mehr vom gleichen substantiellen Wert wie in der Vorkriegszeit. Vom Standpunkt Großbritanniens aus betrachtet wurden quantitativ 1913 13% der gesamten Warenexporte nach Indien exportiert, in den 1920er Jahren waren es noch 11%, in den 1930er Jahren 9% und in den 1940er Jahren 8%. Der langsame Rückgang der Exporte wirkte sich negativ auf die britische Handelsbilanz aus. Da die Exportleistung nach dem Krieg aber um ungefähr ein Drittel weniger war als im Jahrzehnt vor dem 1. Weltkrieg, hatte der

---

<sup>1</sup> Corelli Barnett: The Collapse of British Power. London 1972, S. 138.

wirtschaftliche Einbruch bereits vorher stattgefunden. Zusätzlich hatte sich der Exportwert zwischen 1929 und 1937 um die Hälfte reduziert, und die Wettbewerbssituation verschlechterte sich in Indien in größerem Ausmaß als im Welthandel.<sup>1</sup> Die Verringerung der Exporte Großbritanniens nach Indien war eine Begleiterscheinung der wachsenden Konkurrenz durch Japan, Deutschland und den Vereinigten Staaten, die mit ihren Produkten auf den indischen Markt drängten. Die Konsequenz des verminderten Handelsüberschusses mit Indien am Vorabend der Weltwirtschaftskrise war, „dass nur 1/13 des englischen Defizits mit Industrienationen gegenüber 1/6 im Jahr 1913 ausgeglichen wurde.“<sup>2</sup>

P.J. Cain / A.G. Hopkins sind der Ansicht, dass die wirtschaftlichen Faktoren und diese insbesondere nach 1931 mit einem größeren Gewicht zu versehen sind:

„Research on the impact of the slump on India and on imperial policy is comparatively recent, but the evidence now accumulating suggests that the predominantly political accounts ... need to be revised to give greater weight to economic influences on imperial policy.“<sup>3</sup>

In der Arbeit sollen die finanzpolitischen Maßnahmen aufgezeigt werden, die auf die Kronkolonie Einfluss nahmen. Welche Mittel setzte die Bank of England ein, um die wirtschaftlich schwierige Zwischenkriegszeit und insbesondere die weltweite Depression zu überstehen und wie wirkten sich diese Zwangsmaßnahmen auf die koloniale Wirtschaft aus? Zudem soll diskutiert werden, ob die wirtschaftlichen Konsequenzen der aufoktroyierten Finanzpolitik Londons der Unabhängigkeitsbewegung in Indien politische Vorteile brachte. Dabei werden besonders der Goldstandard, der als „Glanzstück“ der liberalen Wirtschaftsdoktrin gilt, und der indische Gold Exchange Standard im Mittelpunkt stehen, da die Zwangsverbindung der beiden Währungen und der daraus resultierenden Wechselkurse Auswirkungen auf die Wirtschaft von Großbritannien und in noch größerem Maße auf die Wirtschaft der indischen Kolonie hatte. Die Bank of England richtete ihre Geldpolitik de facto bis 1931 nach dem Goldstandard aus. Auch andere finanzpolitische Maßnahmen der Bank of England in Verbindung mit den Zielen des „Gentlemanly Capitalism“ sollen behandelt werden. Handel und Industrie und die damit einhergehende Tarif- und Zollpolitik werden nur dort in Betracht gezogen, wo es für die Finanzpolitik von Relevanz ist, oder eine Verbindung zwischen den beiden besteht. Daher wird auf die Integration in die Sterling Area nicht eingegangen, da Indien durch die Bindung der Rupie zum Pfund Sterling mit einem fixen

<sup>1</sup> P.C. Cain and A.G. Hopkins: British Imperialism. Crisis and Deconstruction 1914-1990. London 1993, S. 174.

<sup>2</sup> Klaus Linow: Die Farce von Ottawa. Indisch-britische Verhandlungen an der Empirewirtschaftskonferenz von Ottawa im Jahre 1932. In: Europäische Hochschulschriften. Reihe III. Geschichte und ihre Hilfswissenschaften. Bd 483. Bern 1991, S. 24.

<sup>3</sup> P.C. Cain and A.G. Hopkins: British Imperialism, S. 188.



Wechselkurs und durch Goldlieferungen bereits an London gebunden war. Als 1939 die Sterling Area ins Leben gerufen wurde, wurden Indien die Bedingungen zur Teilnahme diktiert: „India entered on terms dictated by London whereas the dominions were able to negotiate a modest devaluation of their currencies against sterling; but these were variations along a continuum that still represented British control.“<sup>1</sup>

Der Begriff „Gentlemanly Capitalism“ wurde von P.J. Cain und A.G. Hopkins entwickelt. Durch die Verschmelzung der alten Aristokratie und der neuen, im kommerziellen Sektor ansässigen Bourgeoisie, die ab dem späten 18. Jahrhundert eine neue Klasse bildeten, kontrollierten diese von London ausgehend sowohl den Finanz- als auch den Dienstleistungssektor. Diese „Gentlemanly Capitalists“ lieferten auch die Motive und die Basis für den britischen Imperialismus.

Im Werk der beiden Autoren „British Imperialism“ wird der Versuch unternommen, die britische Geschichte als integrierte Wirtschafts- und Sozialgeschichte des gesamten „British Empire“ darzustellen. Literatur, welche die politische Loslösung der indischen Kolonie von Großbritannien zum Thema hat, ist reichlich vorhanden. Die wirtschaftshistorische Komponente dagegen ist in der Literatur entweder als Wirtschaftsgeschichte Indiens abgehandelt oder als Wirtschaftsgeschichte Großbritanniens. Quantitative Quellen in Bezug auf indische Wirtschaftsdaten sind nicht immer komplett und können daher nur mit Vorbedacht verwendet werden. Als weitere Quellen wurden The National Archives in London benutzt, welche die Aufzeichnungen aller Kabinettsbeschlüsse, Memoranda und Berichte der britischen Regierung beinhalten.

## **2 Die Kronkolonie Indien und seine Wirtschaft**

### **2.1 Koloniale Strukturen und deren Entscheidungsträger**

Indien wurde bis 1858 von der East India Company (EIC) regiert, danach kam das Land unter den direkten Einfluss der viktorianischen Monarchie und wurde zur britischen Kronkolonie, dem „Raj“. Statt der Generalgouverneure der East India Company wurden ab diesem Zeitpunkt Vizekönige (Viceroys) ernannt und diese wurden nach wie vor im Fünfjahreszyklus wie bei der EIC abgelöst. Die indischen Fürstenstaaten machten rund ein Drittel der indischen Kronkolonie aus, und befanden sich in einer Bandbreite von großen Fürstentümern wie Hyderabad und Kaschmir, und kleinen unabhängigen Staaten mit einer Bevölkerungsanzahl

---

<sup>1</sup> P.C. Cain and A.G. Hopkins: British Imperialism. Crisis and Deconstruction 1914-1990. London 1993, S. 199.

von unter 100.000 Einwohnern. Anfangs gab es eine stillschweigende Übereinkunft, Indien aus der Parteipolitik in London herauszuhalten, aber das bedeutete nicht, dass der Vizekönig aus der parteipolitischen Personalpolitik ausgeklammert wurde. Der Posten des Vizekönigs wurde jemandem zuerkannt, dessen Verdienste oder Unterstützung es zu belohnen galt. Politiker vom Kabinettsrang wurden selten dazu ausersehen, nach Indien entsandt zu werden. In den Jahrzehnten, in denen Großbritannien auf der Höhe seiner wirtschaftlichen Macht war, spielte die Besetzung dieses Amtes ohnehin nur eine untergeordnete Rolle. Da die Amtszeit des Vizekönigs auf fünf Jahre beschränkt war, konnte er in dieser Zeit selbst kaum genug Sachverstand und Sachkenntnis erwerben, welcher ihm ein direktes Eingreifen in die Administration der Kolonie erlaubt hätte. Ein eingespielter Beamtenapparat, das Indian Civil Service (ICS), bereitete alle Entscheidungen vor und dem Vizekönig blieb de facto nur ein Vetorecht.

In London hatte der Staatssekretär für Indien als Kabinettsminister (Secretary of State for India) mit dem Rückhalt der Mehrheit im Parlament ein deutlich höheres politisches Gewicht aufzuweisen als der Vizekönig. Sein Nachteil war, dass seine Untergebenen in weiter Ferne waren und er sie nur über den Vizekönig regieren konnte, der zuerst in Calcutta und danach in Delhi seinen Regierungssitz hatte. „Dem Zusammenspiel und gelegentlichen Konflikten zwischen Vizekönig und Staatssekretär wurde jedoch in der Geschichtsschreibung oft mehr Bedeutung zugewiesen als nötig, denn letztlich wurden die Entscheidungen in London getroffen. Als unterste Stufe in der Hierarchie der Entscheidungsträger gab es noch die Provinzregierungen, denen ein Gouverneur vorstand.“<sup>1</sup>

Das Parlament in London befasste sich nur in seltenen Fällen mit Indien und die Bürokratie hatte in Indien meist freie Hand. Da das Budget des Indienministers vom indischen Steuerzahler getragen wurde, gab es keinen Anlass, Indien bei den jährlichen Haushaltsdebatten im Parlament auf die Tagesordnung zu setzen. Als unterste Stufe in der Hierarchie der Entscheidungsträger gab es noch die Provinzregierungen. „Für eine Population von über 350 Millionen bestand das ICS aus maximal 1250 Beamten. Gemäß einer Volkszählung von 1931 gab es in Indien eine Million Beamte, die Staatsdienste leisteten“<sup>2</sup> und die Mitglieder des ICS machten in diesem „Beamtenapparat“ nur 0,001 % aus.

Um im ICS aufgenommen zu werden mussten die Männer seit 1858 eine Selektionsprüfung ablegen. Die Anwärter auf den kolonialen Dienst oder dem ICS stammten aus der Oberschicht

---

<sup>1</sup> Hermann Kulke, Dietmar Rothermund: Geschichte Indiens: Von der Induskultur bis heute. 2. Aufl. München 1998, S. 320.

<sup>2</sup> John W. Cell: Colonial Rule. S232-253. In: Judith M. Brown/Roger Louis (Hg): The Oxford History of the British Empire IV. The Twentieth Century. Oxford 1999, S. 235.

und dem obersten Teil der Mittelschicht. Da das britische Erziehungssystem dahingehend aufgebaut war, dass nur Allgemeinbildung vermittelt wurde, konnten Beamte des ICS oder des Colonial Service kaum als Spezialisten für bestimmte Aufgaben, sei es zum Beispiel für technische oder finanztechnische, fungieren. Zwischen 1919 und 1948 lag die Rekrutierung in den Händen eines Mannes. Sir Ralph Furse stammte aus einer alten und gut „vernetzten“ Adelsfamilie, wurde in Eton und Oxford ausgebildet und trat seinen Dienst 1910 im Colonial Office an. Er rekrutierte die Anwärter für den kolonialen Dienst gemäß seiner eigenen Weltanschauung:

„Furse’s method of recruitment favoured selection by interview from a pool of candidates created very largely by his own actively cultivated contacts at Oxford and Cambridge and his experience as an undergraduate gave him a keen eye for the merits of that admirable person whom university examiners consider worthy only of third-class honours ... Furse’s dedication and integrity were accompanied by a sense of purpose that it was as unswerving as it was uncritical. His belief in England’s mission was inspired by an Elisabethan spirit of adventure and directed by rules of conduct that were drawn from disciplines of military life and team games, especially cricket.“<sup>1</sup>

Die Schulen, die die Anwärter für den ICS besucht hatten, wurden in Bezug auf ihre Ausbildung als „factories for gentlemen“<sup>2</sup> bezeichnet und produzierten „men equipped to become imperial mandarins or military officers.“<sup>3</sup> Die Wertvorstellungen des britischen Lebensstils wie auch der Snobismus der britischen Oberschicht herrschten im ICS vor und verwandelten ihn in eine eigene Kaste innerhalb Indiens. Aber es gab auch den moralischen Code von Ehre, Pflichtbewußtsein und Dienst an der Öffentlichkeit, welcher vom christlichen Glauben inspiriert war. Sir George Schuster, der von 1928 - 1934 im britisch-indischen Finanzministerium seinen Dienst versah, war ein Beispiel für die christlichen Vertreter einer wirtschaftlichen Rationalität. Caine und Hopkins beschreiben deren Wertvorstellungen folgendermaßen:

“Financial management was for them an instrument of Christian rule; the balanced budget was the realisation of a state of spiritual harmony, and taxation was a powerful force for moral progress as well as a means of funding the Raj. For such men, Christian faith and faith in the empire were spiritual and temporal dimensions of one integrated and superior system of belief.“<sup>4</sup>

Nicht pauschalisierend soll hier angemerkt werden, dass die britischen Verwaltungsbeamten aufgrund ihres gesellschaftlichen britischen Hintergrunds wenig mit Indien verband. Sie

<sup>1</sup> P.C. Cain and A.G. Hopkins: British Imperialism. Crisis and Deconstruction 1914-1990. London 1993, S. 26f.

<sup>2</sup> John W. Cell: Colonial Rule. S232-253. In: Judith M. Brown/Roger Louis (Hg): The Oxford History of the British Empire IV. the Twentieth Century. Oxford 1999, S. 233.

<sup>3</sup> Ebenda

<sup>4</sup> P.C. Cain and A.G. Hopkins: British Imperialism, S. 179.

waren sehr jung, wenn sie ihren Posten in Indien antraten. Mit 50 oder 55 Jahren traten sie dann in den Ruhestand und zogen sich in ihr Heimatland zurück. Sie bekleideten relativ rasch verantwortungsvolle Posten, welche ihnen das Gefühl der Überlegenheit gegenüber den zu beherrschenden Indern gab. Die britischen „Bürokraten“ betrachteten Indien nicht als Nation, sondern als ein Sammelsurium von verschiedenen Völkern und Religionen, und die indische Selbstbestimmung bedeutete für sie in diesem Zusammenhang nur den Ausbruch von Chaos, falls die Briten nicht mehr für Recht und Ordnung sorgen würden.

Die Anzahl der indischen Beamten im ICS war bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges gering, da trotz einer formal nicht rassistischen Gesetzgebung die Aufnahme von Indern durch die Prüfungsmodalitäten in London stark eingeschränkt war. Grundsätzlich wäre ihnen der Eintritt ins ICS ab 1853 erlaubt gewesen. Durch die angekündigten Versprechungen nach dem 1. Weltkrieg, dass Indien den Status einer Dominion erhalten würde, verpflichtete sich das ICS von selbst, mehr indische Beamte aufzunehmen.

Indien war im 1. Weltkrieg zu einem sehr wichtigen Partner geworden, „da durch ihren Status als abhängige Kolonie 1,3 Millionen indische Soldaten zwangsverpflichtet worden waren, die an den verschiedenen Fronten in Europa, Afrika und dem Mittleren Osten eingesetzt wurden.“<sup>1</sup> Indien war auch an der Kriegsproduktion beteiligt und die „Kriegskosten beliefen sich auf £146 Millionen.“<sup>2</sup> Dadurch wurden die Briten unter Zugzwang gesetzt und mussten eine Erklärung abgeben, die einen Verfassungsfortschritt nach dem Krieg andeutete. Bei der Imperial War Conference 1917 waren die indischen Repräsentanten willkommen, obwohl der Status der Kronkolonie noch weit unter dem Status einer Dominion war. Normalerweise wären nur Staaten mit einer eigenen Regierung eingeladen worden. Aber die außergewöhnlichen Leistungen des 1. Weltkrieges sollten belohnt werden. Diese Belohnung erfolgte mit dem Government of India Act 1919, die Indien für bestimmte Segmente der Verwaltung die Selbstregierung sicherte. Unter dem Government of India Act wurde ein dyarchisches System aufgesetzt, bei dem die Provinzen für Bildung, kommunale Selbstverwaltung und dergleichen autonome Entscheidungen treffen konnten. Die entscheidenden Regierungsfunktionen wie Finanzen sowie die Innen- und Außenpolitik blieben allerdings in der Hand der Briten. Ernannte britische Beamte und gewählte indische Minister bildeten gemeinsame Regierungen. Diese dyarchische Regierungsform lief darauf hinaus, dass die gewählte indische Legislative einer Exekutive gegenüber stand, die nicht

---

<sup>1</sup> Peter Wende: Das britische Empire. Geschichte eines Weltreichs. München 2008, S. 244.

<sup>2</sup> Judith M. Brown: India. S 421-445. In: Judith M. Brown/Roger Louis (Hg): The Oxford History of the British Empire IV. The Twentieth Century. Oxford 1999, S. 429.

absetzbar war. In letzter Instanz hatten die Inder keine Entscheidungsgewalt bekommen. Das Government of India wurde vom India Office in London kontrolliert, und das India Office war in der Hierarchie des Regierungskabinetts ein „subordinate department of His Majesty's government at Whitehall. On crucial matters, the British Cabinet must decide what India would be permitted to say.“<sup>1</sup>

## **2.2 Das indische „Raj“ als koloniale Wirtschaft**

Imperialismus wird in einer hierarchisch untergeordneten Peripherie möglicherweise eine kapitalistische Produktionsweise auslösen, aber keine kapitalistische Wirtschaftsentwicklung wie in den Zentren der kapitalistischen Marktwirtschaft. Wirtschaftliche Produktionsformen und soziale Strukturen werden dahingehend transformiert, dass zwar eine Eingliederung in die Weltwirtschaft stattfindet, aber es gibt keine Entwicklung, die der Kolonie einen wirtschaftlichen Vorteil bringen könnte. Die Kolonie genießt keine der „Vorteile der kapitalistischen Entwicklung“, und nimmt auch nicht an der industriellen Revolution teil.

Indien kann aber nicht einfach als die simple Form einer kolonialen Wirtschaft definiert werden. Basierend auf dem Modell einer Kolonie erfuhr Indien auch eine Änderung der sozialen und wirtschaftlichen Organisation in Richtung kapitalistischer Produktionsweise, aber Indien entsprach zur Zeit des „Raj“ nicht nur dem klassischen Rollenvorbild einer Kolonie, die nur für die Schaffung von Mehrwert genutzt wurde. Der britische Imperialismus hatte Auswirkungen auf die Wirtschaftsgeschichte Indiens, war aber nicht der einzige Grund für das Phänomen einer größer werdenden Wirtschaft ohne Entwicklung. Indien wurde ein integraler Bestandteil des kapitalistischen Weltsystems; aber diese Integration führte nicht zur Entwicklung einer kapitalistischen Gesellschaft. Die indische Wirtschaft wurde aber nicht insgesamt, sondern nur in Teilbereichen dem britischen Imperialismus untergeordnet.

Als Beispiel sei hier nur der indische Agrarsektor angeführt, da dieser letztendlich die meisten Konsequenzen der zentralen Währungspolitik Londons zu spüren bekommen würde. Die semi-feudalen Strukturen zu Beginn des 20. Jahrhunderts basierten nicht auf der Weiterentwicklung der feudalistischen „Mughal Herrschaft“, die bis etwa 1780 dauerte, sondern entstanden durch den Eingriff der Briten in die indische Landwirtschaft. Aus der vorkolonialen sozialen Struktur entstand eine semikoloniale Landwirtschaft, die von den Weltmärkten, dem britischen Empire, Grundherren, Kaufleuten und Geldleihern dominiert wurde, ohne gleichzeitig bürgerliche Grundbesitzrechte, Kommerzialisierung und andere

---

<sup>1</sup> W.K. Hancock: Survey of British Commonwealth Affairs. Volume I. Problems of Nationality. 1918-1936. Part I. London 1937, S. 171.

Elemente einer kapitalistischen Landwirtschaft zu entwickeln. Unter der „Mughal Herrschaft“ war die Struktur der Landwirtschaft kleinbäuerlich und die indischen Grundherren waren keine Unternehmer, sondern schöpften nur den Mehrwert ab und übten dabei obrigkeitsrechtliche Funktionen aus. Die Briten führten in Indien ein gläubigerfreundliches Recht ein, und vertrauten gemäß ihren Maximen des „laissez-faire“ Prinzips darauf, dass dieses Recht allen zu Nutzen sein würde: „Durch diese Änderung des Rechtswesens wurden die Grundherren zu reinen Rentiers umfunktioniert und die unternehmerischen Funktionen gingen an die Geldleiher und Händler über.“<sup>1</sup>

Kritiker forderten, dass die britisch-indische Regierung eine aktive Entwicklungspolitik betreiben sollte, da das „laissez-faire“ Prinzip die bereits entwickelten Ökonomien bevorzuge, und damit Indien auf die Dauer ins Hintertreffen geraten würde. Die Briten hatten mit ihren liberalen Wirtschaftstheorien ein perfektes Alibi. Sie beriefen sich auf das Wirken des freien Marktes und betonten, dass der Staat sich auf eine Ordnungspolitik beschränken sollte, die dieses freie Wirken unterstützen und zur Entfaltung bringen sollte.

Die Wirtschaft Indiens war während der indischen Kolonialherrschaft eine kleine offene Ökonomie. Der Anteil am Gesamtwelthandel lag von 1850 bis 1950 zwischen zwei und drei Prozent. Indien war auch in der Position des Preisnehmers. Nachfrage und Versorgungsbedingungen hatten keinen Einfluss auf die internationale Preisgestaltung, sondern Indien war von den Preisen auf dem Weltmarkt abhängig. Im Kontrast zu den meisten unterentwickelten Kolonien jener Zeit betrug der Export nur einen kleinen Teil (15-17 Prozent)<sup>2</sup> vom Staatseinkommen. Die Produktion für den Export stammte größtenteils aus dem landwirtschaftlichen Sektor, aber im Gegensatz zu anderen Kolonien wurden nicht nur ein Handelsgut, sondern mehrere Handelsgüter für den Exporthandel produziert.

Indien war aufgrund seiner kolonialen Situation gezwungen, ständig einen Exportüberschuss zu produzieren, um Schuldendienst und Tribut zu leisten. Die Wirtschaft war auch dahingehend offen, dass bis auf die Ausnahmen von kurzen Perioden, wie zum Beispiel der 1. Weltkrieg, keine Kontrolle über die externen Transaktionen der Leistungs- und Kapitalbilanz herrschte.

Die Finanzierung der Handelstransaktionen zwischen London und Indien wurde im kurzfristigen Kapitalmarktbereich vorgenommen. Dabei floss ein Großteil der Gelder in der

---

<sup>1</sup> Hermann Kulke, Dietmar Rothermund: Geschichte Indiens: Von der Induskultur bis heute. 2.Aufl. München 1998, S. 314.

<sup>2</sup> G. Balachadran: Introduction. S 1-46. In: Gopalan Balachadran (Hg): India and the World Economy. 1850-1950, New Dehli 2003, S. 3.

Zeit von Oktober bis April nach Indien, um die Handels- und Finanzgeschäfte abzuwickeln. Gleichzeitig wurden dabei auch die in dieser Zeit steigenden Zinsraten abgedeckt. Nach diesen Monaten kehrte das Geld nach London zurück. Die zweite Art der kurzfristigen Kapitalanlagen waren die Wechsel (Council Bills), welche das India Office in London verkaufte und in Indien eingelöst werden konnten. Ein zusätzlicher Faktor waren die Liquiditäts- und Vermögensreserven indischer Banken in ausländischem Besitz, die Guthaben in Indien lukrierten und diese in London veranlagten. Obwohl die kurzfristigen saisonalen Geldströme die Handelsgeschäfte finanzierten, vergrößerten sie die Verbundbarkeit Indiens durch ausländischen Druck, dem die indische Finanzwelt nichts entgegensetzen konnte. Die Abhängigkeit von in London ansässigen Banken bei der Finanzierung des Handels machte es unmöglich, die Kapitalabflüsse zu kontrollieren, und die englischen Banken wären außerdem gegen diese Kontrolle gewesen und hätten Gegenmaßnahmen ergriffen. Die Konditionen zur Finanzierung dieser Geldströme wurden allein von London aus gemanagt und Indien hatte dabei kein Mitspracherecht:

Private Investitionen zählten zu den langfristigen Anleihen und waren in Indien stark unterentwickelt. Basierend auf den Daten, die verfügbar sind, war das ausländische private Investment etwa unter einem Prozent des gesamten Staatseinkommens. Im 19. Jahrhundert konnten dass Beteiligungen in Teeplantagen, Jute- und Baumwollanbau sein aber auch Investitionen in Bergwerksbetriebe waren möglich. Ursprünglich wurden Anteile der indischen Gesellschaften in London verkauft, aber in der Zwischenkriegszeit investierten ausländische Firmen direkt in ihre Tochtergesellschaften in Indien.<sup>1</sup>

### **2.3 Der Banken- und Finanzsektor**

Das indische Bankensystem war von 1850 bis 1950 permanent unterentwickelt und unterstützte damit die Zentralisierung der Bankgeschäfte und Kapitalreserven in London. Von 1860 an existierte ein „einheitliches“ Währungssystem, und die offizielle Banken- und Währungspolitik Indiens bestand darin, den indischen Exporthandel mit Großbritannien finanziell zu unterstützen. Die englischen Banken wickelten ihre Geschäfte über den „Council Bill“ Mechanismus ab oder bezahlten mit Edelmetallen. Die indischen Banken finanzierten anfangs ebenfalls die Bankgeschäfte der East India Company und die Handelsbeziehungen dieser Banken reichten damals bis Ostafrika, China, dem Persischen Golf, Zentralasien und Südostasien. Laut dem indischen Historiker Gopalan Balachadrian waren diese Transaktionen der indischen Banken nicht im Interesse der kolonialen Regierung, da diese dezentral abgewickelt wurden und daher nicht kontrollierbar waren:

---

<sup>1</sup> Thirthankar Roy: The economic history of India 1857-1947. 2<sup>nd</sup> edition. New Delhi 2006, S. 105.

„But their relatively decentralized operations were not amenable to control, and regulations by a colonial state interested nor merely in ensuring the financing of Indian exports (and the creation of the export surplus, which Indian bankers could be relied upon to do), but also in ensuring that the surplus was smoothly remitted to London to settle India's obligations there.“<sup>1</sup>

Die Neugründungen von Handelshäusern, die von London finanziert wurden, führten zunächst zu einer Dualität von traditionellen indischen Banken und der europäischen Konkurrenz.

Aber letztlich blieb den indischen Banken nur das Nischengeschäft von Finanzierungen im einheimischen Handel, Gewerbe und Landwirtschaft und jenem ausländischem Bankgeschäft, an dem der imperiale Banken- und Kapitalmarkt kein Interesse hatte. Dazu gehörte die Finanzierung von Transaktionen mit Ceylon oder Überlandhandelsbeziehungen mit Innerasien. Über den endgültigen Niedergang der indischen Banken im 19. Jahrhundert kann man nur Spekulationen anstellen. 1893 wurde der freie Zugang zu den Münzereien verboten, und deswegen konnten sich indische Banken nicht mehr günstig über billiges importiertes Silber refinanzieren. Damit blieb ihnen nur mehr die Vermittlerrolle zwischen britischer Bank und dem indischen Bankkunden. Dadurch war der direkte Zugang zum offiziellen Geldmarkt für die indische Bevölkerung nicht mehr gewährleistet.

Das große Segment des informellen Bankgeschäfts bestand aus Geldverleihern und Finanziers, die keinen legalen Status besaßen. Diese vergaben Kredite an Landwirte, Handwerker und Grundbesitzer. Banken vergaben selten Kredite an Landwirte. Die meisten Klienten der Geldverleiher brauchten dringend Geld und konnten keine Sicherheiten bieten. Die Finanziers operierten auf einer höheren sozialen Stufe zumeist im urbanen Sektor, verliehen Geld an „Industrielle oder Grundbesitzer“ und konnten sich über Banken refinanzieren, da sie bei diesen als kreditfähig angesehen wurden.

Der formelle Sektor bestand aus den Exchange Banks, die ihren Hauptsitz außerhalb Indiens hatten und das Geschäft mit Wechseln betrieben. Als eine Gruppe monopolisierten sie die Finanzierung des Außenhandels. Die Indian Joint Stock Banks beschäftigten sich mit dem lokalen Handel. Die Presidency Banks wurden zwischen 1809 und 1843 mit teilweiser staatlicher Beteiligung gegründet und standen auch unter staatlicher Kontrolle. Sie hatten folgende Aufgaben zu erfüllen:

Sie hielten die Regierungsguthaben, emittierten in limitierter Auflage Banknoten, diskontierten Wechsel und Wertpapiere, vergaben kurzfristige Geschäftskredite an

---

<sup>1</sup> G. Balachadran: Introduction. S 1-46. In: Gopalan Balachadran (Hg): India and the World Economy. 1850-1950, New Dehli 2003, S.10.



Privatpersonen und akzeptierten öffentliche Geldeinlagen. Es war ihnen nicht erlaubt, langfristige Kredite zu vergeben und sie durften auch keine Devisengeschäfte machen, da dies ursprünglich als risikoreiches Geschäft angesehen wurde. Da sie Wertpapiere gegen Vorauszahlung quittierten, stimulierten sie den Kapitalmarkt in indirekter Weise.

1921 wurden die drei Presidency Banks zur Imperial Bank of India verschmolzen, welche 1947 verstaatlicht wurde und in State Bank of India umbenannt wurde. Da es bis 1937 keine eigene Zentralbank gab, wurde nur eine Aufgabe einer Zentralbank von den Presidency Banks erfüllt, nämlich die Funktion des „Bankers“ für die Regierung. Die Dualität des informellen und formellen Bankensektors blieb bis zum Ende des Raj bestehen. Große Banken machten Geschäfte mit großen, europäischen Kunden und kleine Banken und Geldverleiher Geschäfte mit indischen Kunden. Laut Thiranthar Roy war es für einen indischen Unternehmer nahezu unmöglich, einen Kredit zu bekommen, da die Kreditvergabe äußerst limitiert und restriktiv war:

„When the financier was a European officer of a Presidency bank and the borrower was the Indian owner of a small firm, the creditworthiness of the client was neither easy to measure nor taken for granted. The managerial cadres in the Presidency banks were heavily europeanized. ... The problem also appeared in the business of the exchange banks for the same reason.”<sup>1</sup>

Diese Kreditrationierung großer Banken führte zu einem Mangel an Investitionen. Auch der Markt für Wertpapiere war nur in London und nicht in Bombay und somit für indische Investoren nicht von Interesse, was noch ein zusätzlicher Grund war, warum keine Wirtschaftsentwicklung entstehen konnte. Der Londoner Kapitalmarkt finanzierte den Ausbau der indischen Eisenbahn und wirkte als Katalysator für die finanzielle Entwicklung Europas, aber nicht für die finanzielle Entwicklung Indiens.

Der entscheidende Zusammenhang zwischen dem Budget der indischen Regierung und der Zahlungsbilanz war der Exportüberschuss und die Möglichkeit am Londoner Kapitalmarkt Geldmittel aufzutreiben. Das funktionierte in Zeiten des Wirtschaftsaufschwungs, aber nicht in Zeiten der Krise. Solange Indien nach Abzug der „Home Charges“ eine positive Bilanz produzierte, wurde der Ertragsüberschuss bei der Bank of England als „Sterling Balance“ angelegt. Damit vergrößerte sich die Liquidität der Bank of England und der City of London. Die Einbeziehung der indischen Regierung in den Londoner Geldmarkt wurde als entscheidend für die Aufrechterhaltung des Markttrends von Silber angesehen. Die indische Regierung musste nach Absprache auch Rücksicht auf die imperialen Interessen nehmen. Es

---

<sup>1</sup> Thiranthar Roy: The economic history of India 1857-1947. 2<sup>nd</sup> edition. New Delhi 2006, S. 286.

war der indischen Regierung verboten, Silber auf dem Markt zu beschaffen, sogar wenn es in Indien zu einer Silberknappheit gekommen war. Damit wurde verhindert, dass die Nachfrage nach Silber zu einem raschen Preisanstieg führte.

## 2.4 „Home Charges“

Die indische Regierung musste jährliche Tribute in Pfund Sterling an London zahlen, die „Home Charges“ genannt wurden. Sie setzten sich aus folgenden Komponenten zusammen: Erstens machte der Schuldendienst die Hälfte der Summe vor dem 1. Weltkrieg aus. Zweitens musste die indische Kronkolonie selbst für die Armee und die Marine aufkommen. Drittens mussten die Pensionen für die Beamten gezahlt werden, die in Indien gedient hatten und nach ihrer Pensionierung nach England zurückgekehrt waren. Ein vernachlässigbarer Faktor waren die Kosten für das India Office in London. Die Wirtschaft Indiens musste einen ständigen Handelsüberschuss produzieren und noch gleichzeitig Geld am Kapitalmarkt ausborgen, um die „Home Charges“ begleichen zu können. Wie bereits erwähnt, war die Hälfte der Summe des Schuldendienstes für das bereits ausgeborgte Kapital. Um die „Home Charges“ in den Jahren 1899-1900 und 1908-1909 bezahlen zu können, musste die indische Regierung nicht nur £15,051 Millionen aufbringen, was der Summe der gesamten Handelsbilanz entsprach, sondern es musste sich zusätzlich Geld von England ausborgen, um die Gesamtsumme £18,598 Millionen bezahlen zu können.<sup>1</sup>

Die Gesamtsumme der „Home Charges“ kann einerseits in eine wirtschaftliche Komponente und andererseits in eine politische Komponente aufgeteilt werden. Die wirtschaftliche Zahlung bestand aus den Zinszahlungen für den Eisenbahnbau und den Zinszahlungen und Tilgung der Staatsschulden, sowie dem Management einer negativen Handelsbilanz. Es ist anzunehmen, dass auch ein ökonomisch unabhängiges Land in der Phase der frühen industriellen Entwicklung und des Eisenbahnbaus diese Schulden zu zahlen gehabt hätte.

Die politische Komponente bestand in Zahlungen für militärische, administrative und zivile Leistungen, die Indien als unabhängiges Land nicht hätte zahlen müssen. Als Beispiel seien hier die Armeekosten angeführt, die 1901-1902 £4,383 Millionen ausmachten. Im Jahr 1900 war in Indien ungefähr ein Drittel der gesamten britischen Armee beschäftigt. Die indischen Staatseinnahmen mussten unter anderem dazu verwendet werden, die Ausbildung dieser Armeemitglieder (16.000 im Jahr 1890) in England zu bezahlen. Zusätzlich musste die indische Regierung für das Training dieser Männer in England bezahlen, sowie für deren

---

<sup>1</sup> John McLane: The Drain of Wealth and Indian Nationalism at the Turn of the Century. S.70 - 92. In: Gopalan Balachadran (Hg): India and the World Economy. 1850-1950. New Dehli 2003, S. 74.

durchschnittliche Aufenthaltskosten von sechs Jahren in Indien, deren Transport nach Indien und zurück nach England. Weiters mussten sie auch für einen Großteil der Pensionen als auch für die laufenden Kosten der Gesamtarmee aufkommen. Zwischen 1875-76 und 1896-97 erhöhten sich die Armeekosten in England von £3,47 Millionen auf £ 4,13 Millionen. Da der Kurs der Rupie in dieser Periode stark fiel, erhöhten sich die Kosten von 38,5 Millionen Rupien auf 68,6 Millionen Rupien. Im selben Zeitraum erhöhten sich die Kosten der Gesamtarmee in England und Indien unter Berücksichtigung des Wechselkurses von 162,59 Millionen Rupien auf 259,73 Millionen Rupien.<sup>1</sup>

Die politischen Zahlungen waren immer ein Streitpunkt zwischen der indischen Regierung und den indischen Nationalisten, die diese Kosten als zu hoch verurteilten. Allerdings können nicht alleine die „Home Charges“ für die wirtschaftliche Situation Indiens verantwortlich gemacht werden. John McLane meint dazu: „It would be misleading to suggest that the Home Charges exactly or even approximately represented the amount by which India was impoverished or exploited.“<sup>2</sup> Die gesamte Summe der „Home Charges“ musste als verpflichtende Zahlung in Pfund Sterling gezahlt werden, und wurde daher aufgrund des starken Verfalls der Rupie gegenüber dem Pfund Sterling vor 1900 immer höher. In den Jahren, in denen eine positive Handelsbilanz und ein Exportüberschuss ausgewiesen wurde, konnten die „Home Charges“ nach England ohne weitere Aufnahme von Krediten überwiesen werden; ansonsten musste das Geld am Kapitalmarkt in London aufgenommen werden.

## 2.5 „Drain of Wealth“

Der Begriff „Drain of Wealth“ wurde erstmals in den 1890er Jahren von dem indischen Nationalisten Dadabhai Naoroji verwendet. Er war unter anderem Präsident des Indian National Congress. Später brachte R.C. Dutt, der ebenfalls Präsident im INC war, die gleichen Argumente vor, die 1902 in seiner „Economic History of India“ publiziert wurden. Die politische Diskussion entstand aus der Frage, ob Britisch-Indien von der Kolonialherrschaft profitiert oder nur Schaden genommen hätte. Die Grundidee der indischen Nationalisten war, dass Indien durch die britische Kolonialherrschaft in ein unterentwickeltes Land transformiert worden war:

„The nationalist argument was underpinned by assertions that the British had destroyed or deformed a successful and smoothly functioning pre-colonial Indian economy in the late eighteenth and early nineteenth centuries. The coming of the British rule was seen

---

<sup>1</sup> John McLane: The Drain of Wealth and Indian Nationalism at the Turn of the Century. S.70 - 92. In: Gopalan Balachadran (Hg): India and the World Economy. 1850-1950, New Dehli 2003, S.79f.

<sup>2</sup> Ebenda: S. 75.

to have removed indigenous sources of economic growth and power, and replaced them by imperial agents and networks.”<sup>1</sup>

Die beiden Hauptvertreter dieser Theorie, D. Naoroji und R.C. Dutt, gingen davon aus, dass die „Home Charges“ die Kapazitäten der indischen Wirtschaft soweit reduziert hätten, dass keine Ersparnisse mehr für Investitionen hätten generiert werden können. Wären diese jährlichen Tributzahlungen an London nicht fällig gewesen, hätte die indische Wirtschaft eine Eigenständigkeit und Stabilität aufbauen können, die sie von London unabhängig gemacht hätte. Dieser Effekt wäre immer dann sichtbar gewesen, wann immer die indische Rupie unter Druck gekommen wäre. Das nationalistische Argument bezog sich auf die Tatsache, dass Indien lange Zeit als das „major asset“ des britischen Empires galt.

Sie führten an, dass am Ende des 19. Jahrhunderts Indien der größte Importeur britischer Exporte war, sowie ein großer Arbeitgeber für britische Beamte mit hohen Löhnen. Indien sei für die Hälfte der militärischen Macht des britischen Empire zuständig und die indische Armee würde nicht für die Verteidigung Indiens eingesetzt, sondern hauptsächlich für die Zwecke des British Empire. Der wirklich entscheidende Punkt gemäß B.R.Tomlinson für die „Drain of Wealth“ Theorie aber war die positive Handelsbilanz mit der ganzen Welt und die negative Bilanz mit London aufgrund der „Home Charges“ und dem zu leistenden Schuldendienst:

„The crucial point for the nationalists was that India ran a persistent surplus in her current balance of trade account, with her exports of goods to the world as a whole meeting a large deficit in goods and services with Britain, plus interest charges and capital repayments in London.“<sup>2</sup>

Die Befürworter des britischen Empire argumentierten, dass der Bau der Eisenbahn und der Aufbau von administrativen Strukturen und der Armee den Indern zugutegekommen sei und daher die ohnehin geringe Höhe der „Home Charges“ als Beitrag zur Entwicklung Indiens zu sehen sei. Die Nationalisten wiederum argumentierten, dass der Bau der Eisenbahn nur ein Infrastrukturprojekt für die Armee gewesen wäre. Eine neue Berechnung des „Drain of Wealth“ für das Jahr 1882 von 1,355 Millionen Rupien unter Einbeziehung des Preisniveaus

---

<sup>1</sup> B.R. Tomlinson: The economy of modern India, 1860-1970. In: Gordon Johnson, C.A. Baily, John F. Richard (ed.): The new Cambridge History of India Bd. III, 3, Cambridge 1993, S. 12.

<sup>2</sup> Ebenda, S.13.

von 1946-47 kommt auf einen Prozentsatz von 4 % des staatlichen Einkommens Indiens<sup>1</sup>, der an das britische Empire geliefert wurde.

Trotz Ende des britischen Kolonialreiches und der Unabhängigkeit Indiens ist die „Drain of Wealth“ Diskussion noch immer stark politisch belastet. Aufgrund fehlender oder fehlerhafter statistischer Zahlen ist schwer zu beweisen, welche monetären Kapazitäten an London abgegeben wurden, die eine Entwicklung Indiens hätten fördern können. Welche Definitionen für den „Drain of Wealth“ man auch verwendet, es ist bis zum Ende des 1. Weltkrieges schwer nachzuvollziehen; ob die Armut in der ländlichen Wirtschaft das direkte Ergebnis einer höheren Steuerbelastung aufgrund der „Home Charges“ war. Ob die britische Herrschaft der Hauptfaktor ist, der für die Unterentwicklung Indiens alleine verantwortlich ist, kann ebenfalls nicht anhand der vorhandenen statistischen Daten quantitativ nachgewiesen werden.

### **3 Bank of England**

#### **3.1 Aufgaben von Zentralbanken**

Die Aufgabe einer Zentralbank (Notenbank oder auch zentrale Notenbank) ist es, die Preis- und Finanzstabilität eines Landes zu erhalten. Eine Zentralbank hält die Währungsreserve eines Währungsraums und refinanziert Geschäftsbanken und den Staat. Ihre Steuerungsmittel sind dabei die Ausgabe von Banknoten und die Festlegung des Zinssatzes, mit welchem die Banken sich von der Zentralbank Geld borgen können. Zentralbanken emittieren Banknoten, bringen diese in Umlauf, und bestimmen damit auch die Geldmenge, welche im Umlauf sein soll. Der Abhängigkeitsgrad der Notenbanken von anderen staatlichen Institutionen richtet sich nach den wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen des jeweiligen Landes.

Im 19. Jahrhundert bestand die Aufgabe der Zentralbanken darin, die Goldreserven in jener Höhe zu halten, um die Bindung der Währung an den Goldstandard abzusichern. Auslandsgeschäfte galten als ein geringes Währungsrisiko und wurden daher selten abgesichert. Erhöhte eine Zentralbank den Zinssatz, so hatte dies einen Zufluss ausländischen Finanzkapitals und eine Erhöhung der Goldreserven zur Folge. Das wirkte sich in jenen Ländern, von welchen Finanzmittel abflossen, negativ auf deren Zahlungsbilanz aus. Die Zentralbanken der betroffenen Länder waren gezwungen, auf diese Entwicklung zu reagieren. Dies setzte eine Kettenreaktion von Diskontsatzserhöhungen in Gang. Als Folge dieser Entwicklung gab es eine Übereinkunft aller betroffenen Zentralbanken, dass sie an die

---

<sup>1</sup> B.R. Tomlinson: The economy of modern India, 1860-1970. In: Gordon Johnson, C.A. Bailey, John F. Richard (ed): The new Cambridge History of India Bd. III, 3, Cambridge 1993, S.14.

Weisungen einer einzigen Zentralbank gebunden sein sollten. Diese weisungsbefugte Zentralbank sollte die britische, die Bank of England, sein, weil sie im 19. Jahrhundert die mächtigste und einflussreichste Bank in der Weltwirtschaft war. Maßnahmen, welche von der britischen Zentralbank getroffen wurden, sollten für die anderen Zentralbanken bindend sein. Das System geriet in Schwierigkeiten, als es zu unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen kam und eine gegensätzliche Entwicklung der Diskontsätze notwendig wurde.

### **3.2 Die Bank of England von ihrer Gründung bis heute**

1689 bestieg Wilhelm von Oranien den Thron Englands. Damit verbunden war auch die Gründung der Bank of England im Jahre 1694. Ihre Funktion war die eines „Bankiers der Regierung“, der für die Verwaltung der Staatsschulden zuständig war. Die Bank of England war aber eine private Institution und bezog ihre Gewinne aus der Tätigkeit als Geschäftsbank und dem alleinigen Recht der Notenemission. Die Möglichkeiten des Staates, Anleihen aufzunehmen um damit seine Kriege zu finanzieren, wurden damit entscheidend erweitert. Betrug „die Staatsschulden 1697 noch 14,5 Millionen Sterling, so wuchsen sie in der Folge der Kriege im 18. Jahrhundert (spanischer Erbfolgekrieg, Österreichischer Erbfolgekrieg, Siebenjähriger Krieg) stetig bis auf 132 Millionen Pfund im Jahr 1763 bzw. 188 Millionen Pfund im Jahr 1781 (nach dem Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg) an.“<sup>1</sup> Die Bank of England, die an der Spitze des englischen Bankensystems stand, näherte sich mit dem Bank Act von 1844 dem Modell einer Zentralbank an. Mit diesem Akt wurde die Ausgabe von Banknoten an die Goldreserven der Bank geknüpft. Damit war die Bank verpflichtet, eine Trennung zwischen Banknotenausgabe und dem „normalen“ operativen Bankgeschäft zu ziehen. Im 19. Jahrhundert kam die Bank of England der Rolle des Kreditgebers in letzter Instanz (Lender of Last Resort) immer näher und garantierte Stabilität während Finanzkrisen. Nach dem 1. Weltkrieg waren die Staatsschulden Großbritanniens auf mehr als 7 Milliarden Pfund angestiegen. Die Bank of England half mit, die Staatsschulden zu steuern und keine Inflation aufkommen zu lassen. Ein Goldausfuhrverbot wurde erlassen, aber im Jahr 1925 mit der Wiedereinführung des Goldstandards wieder aufgehoben. Am 21. September 1931 verließ Großbritannien endgültig das System des Goldstandards. Der nationale Goldbestand und die Devisenreserven wurden dem Finanzministerium übertragen. Doch ihr Management wurde weiterhin durch die Bank of England betrieben. Am 1. Mai 1946 wurde die Bank of England verstaatlicht, erhielt 1997 jedoch wieder ihre Unabhängigkeit.

---

<sup>1</sup> Youssef Cassis: Metropolen des Kapitals. Die Geschichte der internationalen Finanzzentren 1780-2005, 1. Aufl. Hamburg 2007, S. 19.

### 3.3 Bank of England - London als internationales Finanzzentrum

London war als Hauptstadt des British Empire von 1760 an bis 1914 das führende Finanzzentrum der Welt. Die Vormachtstellung wurde erreicht durch die industrielle Revolution und die Kolonialherrschaft des britischen Empire. Die Bedeutung eines internationalen Finanzplatzes hängt in erster Linie von seiner Finanzkraft ab, und der Art und Weise, wie diese durch seine Institutionen und Märkte eingesetzt wird. Sie kann quantitativ an der Summe der Kapitalien gemessen werden, die von dem Land, das den Finanzplatz beheimatet, exportiert werden. Ein anderes Merkmal, welches die Entwicklung und Bedeutung eines Finanzzentrums im internationalen Umfeld anzeigt, ist die Entwicklung seines Kapitalmarktes, wobei nicht immer nationale und internationale Kapitalmarkttransaktionen voneinander zu trennen sind. Ein anderer Gesichtspunkt ist auch die Anzahl der Filialen oder Dependancen der einheimischen als auch der ausländischen Finanzinstitutionen im Finanzzentrum, und als Umkehrschluss die Verbreitung einheimischer Institute im Ausland. Wesentlich zum Erfolg eines Finanzzentrums tragen auch noch das formelle und informelle Beziehungsnetzwerk seiner wichtigsten Akteure bei.

Es bestand jedoch ein Unterschied in der Funktion des Finanzzentrums zwischen der ersten Hälfte und der zweiten Hälfte dieser Periode. Von 1760 an bis zu den 1860er Jahren hatte London die Funktion eines internationalen Kapitalmarktes, in welchem die Anhäufung britischer Ersparnisse in ausländische Anleihen mit hoher Rendite umgeleitet wurde. In der Hauptsache wurden diese Anleihen generiert aus den Basisgeschäften von Auslandskrediten oder von Infrastrukturprojekten wie zum Beispiel dem Bau von Eisenbahnstrecken. Diese „Finanzrevolution“ führte außerdem zur Entstehung eines echten Kapitalmarktes „auf dem nicht nur Staatsobligationen, sondern auch die Papiere großer Aktiengesellschaften, an erster Stelle der Bank of England und der Ostindien-Kompagnie, gehandelt wurden.“<sup>1</sup> War der Finanzsektor anfangs noch hauptsächlich in die Finanzierung der einheimischen Wirtschaft involviert, „stieg der Anteil der ausländischen Wertpapiere von ungefähr 14% im Jahr 1840 auf bereits 45% um 1860.“<sup>2</sup> Im 18. Jahrhundert hatte sich der britische Außenhandel bereits verdoppelt, was auf der immer stärker werdenden Position der britischen Handelsflotte beruhte als auch auf der Gründung von Kolonien in Kanada, auf den Antillen und in Indien. Um 1850 beherrschte das Vereinigte Königreich mehr als 20% des Welthandels; um 1860 waren es bereits 25%. London war im 19. Jahrhundert noch immer mehr Handelsfinanzplatz

---

<sup>1</sup> Youssef Cassis: Metropolen des Kapitals. Die Geschichte der internationalen Finanzzentren 1780-2005. 1. Aufl. Hamburg 2007, S. 40.

<sup>2</sup> Richard Roberts: The Bank of England and the City. S152-185. In: Richard Roberts / David Kynaston (Hg): The Bank of England. Money, Power and Influence 1694-1994, S. 182.

als Finanzplatz.<sup>1</sup> Dennoch ging der Fokus in Richtung internationaler Markt. Der Anteil der Bank of England an dieser Entwicklung war indirekt und ihr damaliger Markt lag durch und durch noch im Inlandsgeschäft. Dennoch war ihre Rolle in der Entwicklung des Bankensystems, des Diskontmarktes und der Konvertibilität von Gold in Pfund Sterling hilfreich in dem Sinn, dass höchst angenehme Bedingungen für das internationale Geschäft geschaffen wurden.

In der Zeit von 1860 bis 1914 kam es zu einer zunehmenden Internationalisierung der Weltwirtschaft und es entwickelte sich ein Netzwerk von neuen Finanzzentren: Paris, Amsterdam, Frankfurt, Hamburg, New York und später auch Berlin. London blieb weiterhin an der Spitze, wo alle Finanzströme zusammenliefen, und nahm in diesem Netzwerk die Führungsrolle ein. Die Veränderungen in der Weltwirtschaft und auf dem Kapitalmarkt waren einerseits quantitativ: Die exportierten Kapitalien hatten noch nie erreichte Volumina, wurden auf der ganzen Welt angelegt und dienten der Finanzierung unterschiedlicher staatlicher und privater Unternehmungen. Es kam aber auch zu einer größeren Integration der einzelnen internationalen Handelsplätze mit einem beschleunigten Informationsaustausch und freierem Kapitalabfluss. Diese Entwicklung ist sichtbar am Kurs der Wertpapiere und einer deutlichen Konvergenz der Zinssätze auf internationaler Ebene. Das Finanzzentrum London entfernte sich von der Finanzierung der einheimischen Wirtschaft und richtete sein Interesse auf den internationalen Markt. In den Jahren zwischen 1860 und dem ersten Weltkrieg wurden in der City of London immer mehr finanzielle Dienstleistungen angeboten, die nicht mehr mit der eigenen Wirtschaft in Zusammenhang standen. Diese Dienstleistungen erstreckten sich über eine weite Produktpalette von angebotenen Serviceleistungen:

„The London money market ceased to be concerned with the inland bill of exchange but instead drew money from around the world to finance global trade through the bill on London. The London Stock Exchange increasingly quoted securities from around the world. The Lloyds insurance market insured ships and cargoes irrespective of ownerships and routes.”<sup>2</sup>

Großbritannien blieb bis 1914 die Vormachtstellung in der Weltwirtschaft erhalten. Die wirtschaftliche Führungsposition verteilte sich auf verschiedene Geschäftsfelder, so zum Beispiel dem Außenhandel, bankgeschäftlichen Dienstleistungen oder im Finanzierungs-

---

<sup>1</sup> Richard Roberts: The Bank of England and the City. S152-185. In: Richard Roberts / David Kynaston (Hg): The Bank of England. Money, Power and Influence 1694-1994, S. 183.

<sup>2</sup> Ranald C. Mitchie: The City of London as a Global Financial Centre, 1880-1939: Finance, Foreign Exchange and the First World War. S41-81 In: Phillip L. Cotrell: Centres and peripheres in banking: the historical development of financial markets. Ashgate 2007, S. 42.



bereich. Ausschlaggebend dafür war die Schlüsselstellung im multilateralen Handelssystem. Vor Beginn des 1. Weltkrieges war der britische Außenhandel trotz immer stärker werdender Konkurrenz noch immer „für 14% des Welthandels verantwortlich, und die britische Handelsmarine lag mit einem Drittel der Tonnage weltweit an der Spitze“<sup>1</sup>, wodurch ein Großteil des Handelsverkehrs zwischen nichtbritischen Häfen gewährleistet wurde. Großbritannien und sein Zentrum London behielt die Vormachtstellung des internationalen Handels- und Zahlungsverkehrssystems. Der Grund dafür war das Handelsdefizit gegenüber den wichtigsten Industriestaaten, von denen man hauptsächlich Fertigwaren kaufte, und der Überschuss im Handel mit dem Kolonialreich, das mehr als ein Drittel der britischen Exporte aufnahm. Vor allem Indien war der Hauptabsatzmarkt für die englische Baumwollindustrie und Indien musste zudem die jährlichen Tributzahlungen an die britische Krone verpflichtend bezahlen. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts importierten die Industrieländer immer mehr Primärerzeugnisse aus Indien und anderen Ländern der Dritten Welt, ohne jedoch ihre Exporte in diese Länder in ähnlichem Maß erhöhen zu können. Großbritannien konnte hier seine Position der Stärke bewahren. Daraus entstand ein multilaterales Zahlungssystem, innerhalb dessen der Überschuss Großbritanniens im Handel mit Indien zum Teil dafür verwendet wurde, das Defizit gegenüber den anderen Partnern auszugleichen. Die Bank of England managte in dieser Periode das multilaterale Zahlungssystem mit dem Mittel des Gold Standard:

„This was the age of the international gold standard par excellence, with the Bank of England playing a key role as manager of the system. In these years, it gradually perfected the techniques of Bank rate control by which it orchestrated the international gold standard.“<sup>2</sup>

Der £ Sterling wurde zur Leitwährung für den Nennwert von internationalen Anleihen, der Finanzierung des internationalen Handels und der internationalen Devisenwährung. Die institutionellen Rahmenbedingungen machten London zum internationalen Finanzzentrum, wodurch das Prestige der Bank of England gehoben wurde und damit der Wert des Pfund Sterling als garantiert angesehen wurde. Die Bank of England war zu dieser Zeit eine Art „Weltzentralbank“, wurde jedoch schon vor dem Krieg von zwei Konkurrenten bedroht. Die Nationalbanken anderer Länder hatten inzwischen eine finanzielle Stärke erlangt, den freien Abfluss von Gold nicht mehr zuzulassen. Sie horteten, im Gegensatz zur Politik der Bank of

<sup>1</sup>Youssef Cassis: Metropolen des Kapitals. Die Geschichte der internationalen Finanzzentren 1780-2005, 1. Aufl. Hamburg 2007, S. 127.

<sup>2</sup> Richard Roberts: The Bank of England and the City. S152-185. In: Richard Roberts, / David Kynaston (Hg): The Bank of England. Money, Power and Influence 1694-1994. Oxford 1995, S. 182.

England, welche den freien Abfluss des Goldes erlaubte, Goldreserven. Auch die großen Londoner „Merchantbanken“ erstarkten und waren am kurzfristigen Kreditgeschäft interessiert, mit dem hohe und schnelle Gewinne zu machen waren. Dies entsprach nicht der Geschäftspolitik der Bank of England, die an einer langfristigen Stabilitätspolitik interessiert war.

Nach dem ersten Weltkrieg änderte sich die Finanzstruktur der Bankenlandschaft in Großbritannien. Die wichtigste Änderung betraf die Rolle der Bank of England. Ihre Hauptfunktion war weiterhin über die Goldreserven des Landes zu wachen, was sich in der Zwischenkriegszeit mit ihren Währungsturbulenzen zur komplexen Aufgabe auswuchs. Nach 1914 wurde das bisherige Hauptbetätigungsfeld der Bank of England, der „Banker“ für die Regierung zu sein, zum einzigen Betätigungsfeld wie John. H. Wood ausführt:

„The Bank in effect became a government department with a permanent professional staff and governors served at the pleasure of governments instead of their stockholders. Although the bank was still privately owned, its stockholders had less influence on policy than the member banks of the Federal Reserve System.“<sup>1</sup>

### **3.4 Bank of England und ihre Beziehung zur City of London und Whitehall und der indischen Peripherie**

Die Bank of England stand an der Spitze der Hierarchie der Finanzinstitutionen, welche in der City of London ihren Hauptsitz hatten. Banken oder die dahinterstehenden Organisationen sind darauf ausgerichtet, ihre Ziele durchzusetzen. Im Falle einer Bank wären das Hauptziel Profitvermehrung und damit verbunden die Erweiterung der Geschäftstätigkeit und des Geschäftsfeldes. Die Funktionsmechanismen der City, die sich seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts eingespielt hatten, orientierten sich in den vier Jahrzehnten vor dem 1. Weltkrieg mehr auf den internationalen als auf den nationalen Finanzmarkt. Um neue Geschäftsfelder aufzubauen, mussten die Finanzinstitute schon vor dem 1. Weltkrieg ein „Lobbying“ für ihre Interessen betreiben, das sowohl formell als auch informell stattfinden konnte. Die „Governors“ der Bank of England wurden bis 1920 für eine zweijährige Amtszeit gewählt. Die bisherige berufliche Laufbahn hatten die Gouverneure im Bankgeschäft verbracht.

Durch familiäre und gesellschaftliche Strukturen, traditionellen Bildungswegen in den elitären Schulen für die Oberschicht, und den anschließenden Karrierepfaden war ein soziales und wirtschaftliches Netzwerk zwischen den Finanzinstitutionen der City of London und der Bank

---

<sup>1</sup> John H. Wood: A history of Central Banking in Great Britain and the United States. New York 2005, S. 280.

of England und auch der Hochbürokratie (Whitehall) als auch der Kolonialverwaltung (Colonial Service) in der kolonialen Peripherie gegeben. Die City of London bestand aus einem Beziehungsgeflecht, in welchem Beziehungen oftmals gewinnbringend eingesetzt wurden. Das Bankgeschäft an sich besteht auch in der Gegenwart zu einem wesentlichen Teil aus gemeinsamen, gewinnbringenden Abschlüssen von Geschäften. Finanzzentren wurden und werden aufgrund ihres ökonomischen oder politischen Wertes auch vom Staat verteidigt. Youssef Cassis meint dazu:

„In welchem Maße diese Plätze heute verteidigt und gefördert werden, so begreift man, dass hier weit mehr auf dem Spiel steht als bloß die Interessen der Lobbygruppen aus dem Finanzsektor. Auch Politiker schalten sich in diese Auseinandersetzungen ein, wenn das im nationalen Interesse liegt.“<sup>1</sup>

Die City of London ist und war für Großbritannien von enormer Bedeutung. Daher besteht Grund zur Annahme, dass die Finanzinstitutionen mit der Bank of England und auch mit der Hochbürokratie (Whitehall) gemeinsame Interessen verfolgten. Sollte eine politische Entscheidung nicht zugunsten von Finanzinstitutionen ausfallen, gab es aufgrund von informellen Netzwerken, Mittel und Wege, diese abzuwehren oder hinauszuzögern. Die wichtigsten drei Wege der Kommunikation waren: Erstens die City of London in direktem Kontakt mit der Regierungsbürokratie (Whitehall), zweitens die engen Verbindungen der Bank of England mit dem Finanzministerium (Treasury) aufgrund der gemeinsamen Konzeption und Kontrolle der Geldmarkt und Devisenpolitik und drittens die enge Verbindung der Bank of England mit den großen „Merchantbanks“ in London. Cain und Hopkins mit ihrem Konzept des „Gentlemanly Capitalism“ gehen davon aus, dass die Basis für diese Kommunikationskanäle bereits in den Privatschulen und Universitäten gelegt wurde. Ihrer Meinung nach gab es ein „Establishment“ in Großbritannien in der Zwischenkriegszeit, das in der Verwaltung, Gerichtsbarkeit, und anderen Administrationsfunktionen zu finden war, als auch in der Welt der Geistlichen und des Militärs:

„The establishment had a strong association with aristocracy, though the latter's direct power was fading, with Eton and Harrow, with Oxford and Cambridge; and its members filled many of the jobs at the "commanding Heights" of society.“<sup>2</sup>

Aber auch die Karrierepfade von „gentlemen“, die andere prestigeträchtige Schulen besucht hatten, begannen oftmals im Civil Service und auch im India Office oder dem Colonial Office. Die Beziehungen dehnten sich bis zur Peripherie der Kolonien aus: Eine Analyse von 200 Gouverneuren der Kolonien zwischen 1900 und 1960 zeigt, dass sie vorwiegend aus dem

<sup>1</sup> Youssef Cassis, Metropolen des Kapitals. Die Geschichte der internationalen Finanzzentren 1780-2005, 1. Aufl. Hamburg 2007, S. 19.

<sup>2</sup> P.C. Cain and A.G. Hopkins: British Imperialism. Crisis and Deconstruction 1914-1990. London 1993, S. 23f.

Südosten Englands kamen und enge familiäre Verbindungen mit dem Dienstleistungssektor hatten. Fast alle von ihnen hatten ihre Ausbildung in Oxford oder Cambridge genossen.<sup>1</sup> Studien in der Soziologie des Imperialismus zeigen, dass die kolonialen Beamten dasselbe Persönlichkeitsmuster wie das des autoritären Beamten mit militärischem Hintergrund aufweisen. Gleichzeitig trifft dieser Hintergrund und die elitäre Erziehung nicht nur auf die regierenden Kolonialbeamten zu, sondern auch auf die Elite der Banker, Kirchenleute, Minister und hohe Verwaltungsbeamte in der britischen Gesellschaft zu. Auch wenn indische Kolonialbeamte keinen direkten Zugang zu den Geschäftszentren des Landes hatten, blieben sie doch durch ihre Kontakte in Beziehung mit der City of London. Viele hochrangige Beamte des Indian Civil Service hatten berufliche Kontakte mit dem India Office, welches wiederum Whitehall und dem Regierungskabinett untergeordnet war. Man kann hier von einem „Gentlemanly Employment“ sprechen, dass sich über alle imperialen administrativen Dienstleistungsbereiche hindurch zog, und welches wiederum mit dem „Gentlemanly Capitalism“ der City of London in Verbindung stand.

Dennoch soll hier noch angemerkt werden, dass der Begriff „Gentlemanly Capitalism“ nicht als monolithischer Block angesehen werden sollte, und dass es sich hier nicht nur um eine homogene Einheit handelte, die alle die genau gleichen Ziele verfolgten. Der Finanz- und der Sektors mit seinem Rückhalt in den oberen Gesellschaftsschichten bildeten im 18. und 19. Jahrhundert die Grundlagen und Motivation für den aufkommenden Imperialismus.

### **3.5 Montagu Norman als „Governor“ der Bank of England**

Montagu Norman, geboren am 6. September 1871, war ein Mitglied einer reichen Bankiersfamilie. Er durchlief den traditionellen Bildungsweg, wurde in Eton ausgebildet und studierte ein Jahr am King's College in Cambridge. Er diente im Militär im zweiten Burenkrieg und bekam dafür 1901 den „Distinguished Service Order“. Er startete seine Karriere in der City of London bei der Privatbank „Brown & Shipley“, nachdem er einige Zeit am Kontinent verbracht hatte und auch einige Zeit in New York bei „Brown Brothers & Co“ gearbeitet hatte.

1920 wurde er zum Gouverneur der Bank of England gewählt. Bis dahin waren die Gouverneure auf zwei Jahre Amtszeit gewählt worden und diese verantwortungsvolle Aufgabe wurde neben anderen beruflichen Positionen ausgeführt. Erst Montagu Norman betrachtete sein Amt als Gouverneur der Bank of England als Vollzeitaufgabe. Er behielt

---

<sup>1</sup> P.C. Cain and A.G. Hopkins: British Imperialism. Crisis and Deconstruction 1914-1990. London 1993, S. 26.

diesen Posten durchgehend von 1920 bis 1944 und war bereits von 1916 bis 1922 hauptberuflich in der Bank of England tätig. In seiner Amtszeit verstärkte er die Position der Bank of England innerhalb der City of London und förderte die Beziehungen mit anderen Zentralbanken. Montagu Norman verbrachte in seiner Eigenschaft als Gouverneur viel Zeit mit der Pflege seiner internationalen Beziehungen und Freundschaften, unter anderem mit Benjamin Strong, dem Gouverneur der Federal Reserve Bank of New York. Beide Männer waren eingeschworene Befürworter des Goldstandards:

“Strong had welcomed Norman’s election as Governor with the promise that, if at any time he could personally or officially or in any way be of service to Norman as Governor, he wanted the opportunity. Norman found him a more sympathetic and congenial associate than any other, an American with an international outlook, a banker who shared Norman’s hopes of Central Bank co-operation, and an equally convinced believer in traditional orthodoxy in monetary policy who was always ready to subject his theories to the test of current experience.”<sup>1</sup>

Norman hatte ein gutes Verhältnis sowohl zur City of London als auch zum Finanzministerium und wurde in den 1920er Jahren bei seinen Entscheidungen fast immer von diesem unterstützt.

## **4 Der Goldstandard**

### **4.1 „Theoretische Modell“ des Goldstandards**

Der Edelmetallstandard wird quasi als naturgesetzlicher Gleichgewichtsmechanismus dargestellt. Bereits im achtzehnten Jahrhundert entwickelte David Hume das „price-specie-flow-model“ das auch Goldautomatismus genannt wird. Das Modell basiert auf vereinfachenden Grundannahmen. In diesem theoretischen Modell wird nur die Zirkulation der Goldmünzen betrachtet, die Rolle der Banken aber komplett ausgeklammert. Für den Export von ausgeführten Waren wird Gold bezahlt, welches daraufhin in die Münzanstalt zum Prägen von Goldmünzen gebracht wird. Andererseits bezahlt der Importeur die eingeführten Waren mit Gold, was als Export von Gold betrachtet werden kann. Ein Land, welches mehr Gold für Waren exportiert als importiert, generiert ein Zahlungsbilanzdefizit und einen Abfluss an Gold. Weniger Gold und daher weniger Goldmünzen im Umlauf bedeutet fallende Preise. Der Effekt im Ausland ist genau umgekehrt, da die Preise aufgrund des erhöhten Goldumlaufs dort steigen. Der Goldmünzenzufluss bedingt also eine Änderung der relativen Preise. Verstärkt wurde dieser Mechanismus durch das Instrument des Diskontsatzes. Wenn

---

<sup>1</sup> Henry Clay: Lord Norman. London 1957, S.140.

Geld abfließt, erhöht sich der Diskontsatz, verknappt damit Geld und drückt die Preise, fließt Gold herein, wird der Diskontsatz gesenkt, damit wird Geld leichter verfügbar und erhöht die Preise. Der Goldstandard wurde als das wirtschaftliche Werkzeug angesehen, mit dem es möglich war das Gleichgewicht der Wirtschaft zu halten:

„The gold standard was a device for keeping the national currencies of different countries at a fixed relative value, thus generating the confidences required for international trading. Imbalances in trading accounts between nations were supposed to lead to gold movements which automatically set in motion corrective forces designed to adjust relative prices and incomes to the required level.“<sup>1</sup>

Nur in Großbritannien, Deutschland, Frankreich und den Vereinigten Staaten war Anfang des 20. Jahrhunderts der reine Goldstandard eingeführt worden. Die im eigenen Land kursierenden Kurantmünzen waren ausschließlich Goldmünzen, deren Wert durch das Metall, aus dem sie bestanden, gedeckt war.

## 4.2 Goldmonometallismus versus Bimetallismus

Die Jahre 1850 bis 1875 waren durch Belastungen des metallischen Systems gekennzeichnet. Das Austauschverhältnis von Gold und Silber war lange Zeit 1:15. Garantiert war diese Stabilität nur, wenn es keine Überproduktion der beiden Metalle gab, oder eine Überproduktion durch entsprechende Nachfrage abgeschöpft wurde. Seit der Entdeckung großer Silbervorräte in der „Neuen Welt“ hatte es eine steigende Überproduktion von Silber gegeben. Diese wurde durch China und Indien abgeschöpft, da die Währungssysteme dieser beiden Länder auf dem Silberstandard beruhten. Bimetallismus war für die meisten Länder ein funktionierendes Währungssystem, denn es erlaubte einerseits für normale Handels-transaktionen und Steuertransaktionen Silber zu verwenden und andererseits für größere Transaktionen Gold zu verwenden. Da zu dieser Zeit noch keine modernen Zahlungsmittel wie Schecks, Papiergeld, Schuldverschreibungen etc. für den Zahlungsverkehr im Umlauf waren, war es von großer Wichtigkeit, stets genug Geld im Umlauf zu haben. Beispiele sind Frankreich und Amerika, deren Währungssysteme bis 1870 auf Bimetallismus basierten.

Kleine Werteschwankungen zwischen den beiden Metallen wurden ausgeglichen, indem jeweils das unterbewertete Metall aus der Geldflusszirkulation herausgenommen wurde und eingeschmolzen wurde, währenddessen das überbewertete Metall zur Münze getragen wurde, um daraus „sprichwörtlich Gewinn zu schlagen“. Diese Mechanik funktionierte jedoch nur

---

<sup>1</sup> Robert Skidelsky: Politicians and the slump. The Labour Government of 1929-1931. (1.Auflage 1967). London 1994, S. 2f.

bei kleinen Werteschwankungen. Falls es zu einem plötzlichen Überangebot eines Metalls kam, führte das zu nicht vorhersehbaren Konsequenzen. Der reine Goldstandard war demgegenüber wesentlich stärker aber weniger flexibel. Dietmar Rothermund meint, der Vater dieses Goldstandards sei keine geringerer als Sir Isaac Newton gewesen, „der als Münzmeister 1717 den Wert des Silbers herab- und den des Goldes heraufsetzte und damit dem Ausmünzen von Silber praktisch ein Ende bereitete.“<sup>1</sup>

Für die Verbreitung des Goldmonometallismus gab es zahlreiche und komplexe Gründe. In den 1870er Jahren brach zunächst einmal der Silberpreis ein und es kam dazu, dass Gold als Edelmetall für internationale Transaktionen zunehmend bequemer wurde. In weiten Kreisen der Finanzwelt herrschte die Ansicht, dass der Goldmetallismus dem Bimetallismus hinsichtlich der Währungsstabilität überlegen war. Allerdings spielte auch die wirtschaftliche Überlegenheit Großbritanniens in den 1870er Jahren eine bedeutende Rolle bei der Entscheidung der wichtigsten westeuropäischen Länder, den Goldstandard anzunehmen. Großbritannien hatte als einziges Land den Goldstandard eingeführt und stieg zur führenden Industrie- und Handelsmacht auf. Als wichtigste Handels- und Reservewährung bildete das Pfund Sterling den Eckstein im damals geltenden Währungssystem. Die Währungsstabilität in diesen Zeitraum war so hoch, dass nur die Wechselkurse der wichtigsten Währungen lediglich innerhalb der Goldpunkte schwankten. Goldpunkte galten als jenes Kursniveau, ab dem es vorteilhaft wurde, Zahlungsausgleich entweder in Form von Goldbarren oder von Goldmünzen durchzuführen. Auslandsgeschäfte galten im 19. Jahrhundert als ein geringes Währungsrisiko und wurden daher selten abgesichert.

### **4.3 Der Goldstandard Kriterien für den Erfolg bis 1914**

Rückwirkend betrachtet funktionierte der Goldstandard nicht aufgrund der theoretischen Annahme der klassischen Stabilitätsdoktrin und des Gleichgewichtsmechanismus, sondern weil das British Empire in der Periode der „Pax Britannica“ die Vorherrschaft in der Weltwirtschaft innehatte.<sup>2</sup> Wie Dietmar Rothermund ausführt: „In Wirklichkeit war der internationale Goldstandard der Jahre 1880-1914 gar kein Standard im Sinne des theoretischen Musters sondern ein sorgfältig manipulierter Standard, der das britische Pfund – gedeckt durch Gold - zur Leitwährung hatte. Gestützt wurde das Ganze durch die hohe britische Leistungsbilanz (Erträge aus dem Ausland, investiertes Kapital, und aus

---

<sup>1</sup> Dietmar Rothermund: Die Welt in der Wirtschaftskrise, 1929-1939. Münster, Hamburg 1993, S. 20.

<sup>2</sup> Die Rolle des kolonialen Indien in das British Empire wird an anderer Stelle diskutiert.

Dienstleistungen wie Bankwesen, Versicherungen).“<sup>1</sup> Die enorme Masse des ständig steigenden Kapitalflusses war nur ein Element, dass es London ermöglichte, den internationalen Goldstandard zu „managen“. Das System wurde außerdem durch den Zugriff auf große französische Goldvorräte abgesichert, da die darauf aufbauende Pufferfunktion der bimetallischen französischen Währung – zumindest bis zur Demonetisierung des Silbers in Frankreich – zusätzlich die Währungsstabilität des Goldstandards unterstützte. Zusätzlich zu diesen Faktoren war die von britischer Seite kontrollierte Silberwährung Indiens und der Zufluss aus der südafrikanischen Goldproduktion Triebkräfte, welches den Pfund Sterling und damit den Goldstandard absicherte. Rothermund meint weiter:

„Im Nachhinein lässt sich die Phase des von den Briten und insbesondere von der Bank of England getragenen internationalen Goldstandards vor dem 1. Weltkrieg als eine prekäre Übergangsphase bezeichnen. Es gab zu viele Bedingungen für die damals erreichte Stabilität, die später nicht mehr in dem Maße gegeben waren:

- a) Adäquate Goldproduktion
- b) freier Fluss des Goldes
- c) Abfluss des Silbers nach Osten bei gleichzeitiger Pufferfunktion des indischen Golddevisenstandards
- d) hohe Überschüsse in der britischen Zahlungsbilanz, die es dem britischen Pfund ermöglichten, zur Weltleitwährung zu werden, die den Goldstandard stützte sowie von ihm gestützt wurde.“<sup>2</sup>

#### **4.4 Der 1. Weltkrieg und die Kriegsfinanzierung**

Der 1. Weltkrieg war für das British Empire nicht nur eine Unterbrechung des wirtschaftlichen Fortschrittes, sondern er war ein Wendepunkt in die Abwärtsrichtung, denn ab diesem Zeitpunkt änderte sich die Rolle Großbritanniens in der Weltwirtschaft.

Dieser Prozess wurde verursacht durch Veränderungen in der Weltwirtschaft, die sich schon in den letzten Jahrzehnten zuvor angekündigt hatten. Wirtschaftlich war die britische Position wesentlich schwächer als vor dem 1. Weltkrieg. Im Juli 1914 verwalteten die britischen Finanzhäuser ein Portfolio von Überseeinvestitionen mit einem Wert weit über £3 Billionen Sterling, zweimal mehr an Wert als in Frankreich gemanagt wurde, welches der direkte Rivale war. 1919 war das Portfolio auf weniger als die Hälfte des Vorkriegswertes zusammengeschrumpft und die Aussicht auf eine schnelle Erholung war gering. Großbritannien blieb die größte Handelsnation der Welt, wenn man den Import- und Exporthandel und den Wiederausfuhrhandel in der Gesamtkalkulation zusammennahm, aber

---

<sup>1</sup> Dietmar Rothermund: Die Welt in der Wirtschaftskrise, 1929-1939. Münster, Hamburg 1993, S. 14.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 22.



der Handel hatte in den Überseeländern an Boden verloren. Großbritannien hatte bis 1913 immer einen Leistungsbilanzüberschuss von durchschnittlich £175 Millionen; nach dem Krieg konnte nicht mehr von diesen hohen Summen ausgegangen werden, denn „as a result, the surplus available for reinvestment abroad was barely two-thirds the prewar level in money terms and far less in constant values.“<sup>1</sup> Kohle- und Textilindustrie waren die wichtigsten Exportindustrien und verloren nach dem 1. Weltkrieg Marktanteile in der Weltwirtschaft. 1913 hatte ihr Anteil am Gesamtexport Großbritanniens noch 55% betragen ... Nach dem Krieg konnten diese beiden Industriezweige nicht mehr ihre Vorkriegsposition zurückerobern. 1913 betrug der Export von Kohle 73 Millionen Tonnen. 1925 war der Export auf 25 Millionen geschrumpft, und obwohl es einen Aufschwung zwischen 1925 und 1929 gab, war der durchschnittliche Exportwert 50 Millionen Tonnen. Der Rückgang im Export brachte einen Rückgang der Kohleproduktion von 287 Millionen Tonnen im Jahr 1913 auf 258 Millionen Tonnen im Jahr 1929. Der Rückgang in der Baumwollproduktion verlief nach dem gleichen Muster.<sup>2</sup>

Das „erste wirtschaftliche Opfer“ des 1. Weltkrieges war der internationale Goldstandard. Gold wurde während des Krieges zu einer wichtigen Ressource, um die Güterversorgung und den Nachschub der Streitkräfte zu sichern. Die Regierungen verboten den Goldexport, oder gaben nur in seltenen Fällen ihre Zustimmung zum Export. Zweitens wurde mit dem Krieg Inflation ausgelöst, da die Kriegskosten nur mit der Aufnahme von Krediten und dem Drucken von Banknoten bezahlt werden konnten.

Mit dem 1. Weltkrieg wurden jedoch noch neue, zusätzliche Probleme geschaffen. Eines der wichtigsten Ereignisse war, dass Großbritannien vom Gläubiger zum Schuldner in der Weltwirtschaft wurde. In Kriegszeiten geht es niemals primär um die Erhaltung der wirtschaftlichen Stabilität, sondern um den Sieg im Krieg. Die dafür wirtschaftlich getroffenen Maßnahmen waren für die wirtschaftliche Depression Großbritanniens in der Zwischenkriegszeit mitverantwortlich. Die unten angeführten Wege zur Beschaffung von Mitteln für die Kriegsfinanzierung waren für die Konsolidierung des Staatshaushaltes in der Zwischenkriegszeit eine kaum zu bewältigende Aufgabe:

„Die Tilgung der Kriegskredite bedeutete eine jährliche Zahlung (Tilgung und Zinsen) von ungefähr \$220-300 Millionen. Die britische Regierung war dazu noch intern durch eine große Krieganleihe von 2 Milliarden Pfund belastet, die mit 5% verzinst war und im Staatshaushalt eine beträchtliche Rolle spielte. In Dollar umgerechnet betrug der

<sup>1</sup> Robert Boyce: The great Interwar Crisis and the Collapse of Globalisation. London 2009, S. 144.

<sup>2</sup> Robert Skidelsky: Politicians and the slump. The Labour Government of 1929-1931. (1.Auflage 1967) London 1994, S.7.

Schuldendienst für diese Kriegsanleihe ca. 400 Millionen pro Jahr, d.h. für interne und externe Kriegsschulden waren in jedem Budget rund 650 Millionen Dollar (= ca. 160 Mill Pfund) aufzubringen. Nominell entsprach das etwa der Summe die Großbritannien in den glücklichen Vorkriegsjahren pro Jahr als Kapitalexport ins Ausland pumpte.“<sup>1</sup>

Der Kriegsfinanzierung wurde zum einen mit ausländischen Krediten finanziert. Am Ende des Krieges belief sich der Stand der Kriegskredite auf £1.122 Millionen. Von dieser Summe waren 80 Prozent in den Vereinigten Staaten aufgenommen worden. Von diesen 80 Prozent der Kreditsumme war bei neun Zehntel das Finanzministerium der Vereinigten Staaten der Kreditgeber. In der Theorie wurden diese Kredite abgedeckt durch die Ansprüche von über £2.000 Millionen gegenüber Frankreich, Russland, Italien und anderen Verbündeten. Wenn man dann noch die Reparationsansprüche gegenüber Deutschland miteinbezog, zeigte die Kriegsbilanz dreimal mehr Guthaben als Verbindlichkeiten. Allerdings glaubte niemand mehr daran, dass nach der Oktoberrevolution in Russland und den politischen Umstürzen in Zentraleuropa alle Reparationszahlungen und Kriegsschulden gezahlt werden würden.

Die Tilgung der Schulden gegenüber den Vereinigten Staaten wurde 1923 vom britischen Finanzminister Baldwin und dem Gouverneur der Bank of England. Montagu Norman in Amerika neu ausverhandelt. Die neue Zahlungsvereinbarung sah eine Tilgung dieser Kriegsschuld in 62 Jahren vor, mit Zinsen von 3% in den ersten 10 Jahren und 3,5% danach.

Die Geldbeschaffung in der Kriegsfinanzierung wurde nicht nur mit ausländischen Krediten geschlossen, sondern auch mit Kriegsanleihen. In Großbritannien wurde die Lücke in der Kriegsfinanzierung mit einer lang laufenden Anleihe, einer mittelfristigen Anleihe und kurzfristigen Schuldverschreibungen geschlossen:

„At home the gap was filled by borrowing from the public some £4370 million in the form of long-term War loans and medium term War Bonds, and from the money market and the Bank nearly £1.200 million in Treasury Bills and Ways and Means Advances.“<sup>2</sup>

Die Kriegsanleihen wurden nicht nur von finanziellen Institutionen gekauft, sondern vor allem von vielen Privaten, die diese Anleihen als Wertanlage betrachteten. Ein hoher Anteil britischer Staatsbürger wurde dadurch zum erstenmal Investor. Nach einer Schätzung von 1918 wurde die Anzahl der Investoren mit 13 Millionen veranschlagt und stand einer Anzahl von 1 Million zu Beginn des Krieges gegenüber.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Dietmar Rothermund: Die Welt in der Wirtschaftskrise, 1929-1939. Münster, Hamburg 1993, S. 25.

<sup>2</sup> Henry Clay: Lord Norman. London 1957, S. 110.

<sup>3</sup> Ranauld C. Mitchie: The Global Securities Market. A History. Oxford 2006, S. 173.

## 4.5 Die Rückkehr zum Goldstandard 1919-1925

### 4.5.1 Die wirtschaftliche Lage unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg

Aufgrund der Kriegsfinanzierung war die Inflation nach dem 1. Weltkrieg hoch, wenn auch nicht so hoch wie zum Beispiel in Deutschland. Zu Kriegsende waren die Kosten verglichen zu 1914 bei den Großhandelspreisen um 140% und bei den Lebenshaltungskosten um 120-125% gestiegen. Technisch wäre eine Deflation 1919 möglich gewesen, aber politisch wäre das kein guter Schachzug gewesen: „Als die abgerüsteten Soldaten zu ihren zivilen Berufen zurückkehrten, war die Hauptfurcht der Regierung und deren Beratern eine Ausweitung der Arbeitslosigkeit und nicht eine außer Kontrolle geratene Inflation.“<sup>1</sup> Anstatt einer Geld- oder Kreditverkürzung wurde der Goldstandard offiziell ausgesetzt, obwohl der Goldstandard de facto seit dem Ausbruch des Krieges ausgesetzt war.

Die Beschäftigungszahlen im Sommer 1919 stiegen rasch an und der Konsumgüterverbrauch erhöhte sich aufgrund des Nachholbedarfs, der durch die Restriktionen im Krieg entstanden war. Das spekulative Element wie bei jedem Wirtschaftsboom ließ die Preise zusätzlich ansteigen. Der Wirtschaftsboom von 1919-1921 war jedoch nur einer der Preise, aber nicht der wirtschaftlichen Produktion, und die positiven Effekte verschwanden spätestens mit den Maßnahmen, die das Cunliffe Committee vorgeschlagen hatte. Auch die Arbeitszeit wurde in vielen Industriesparten verkürzt, wobei nur die Lohnkosten anstiegen und es dabei nicht zu einer Erhöhung der Realeinkommen kam, da sich gleichzeitig die Lebenshaltungskosten verteuerten. Die Preise der produzierten Güter stiegen jedoch nicht an. Die Rückzahlung der Kriegsschulden wurde zum größten Budgetposten in den 1920er Jahren. Die Zinsen und die Rückzahlungsrate des Tilgungsfonds betrugen ungefähr £400 Millionen pro Jahr.<sup>2</sup> Die Staatsverschuldung stieg nach 1918 von einem Vierzigstel zu einem Viertel des gesamten Privatvermögens, wobei die jährlichen Zinszahlungen, die vor dem 1. Weltkrieg vernachlässigbar waren, nach dem Krieg über 40% des Budgets ausmachten.<sup>3</sup>

### 4.5.2 Das Cunliffe Committee

Das Cunliffe Committee präsentierte im August 1918 erstmals einen Zwischenbericht und kurz nach dem offiziellen Kriegsende das „Treaty of Versailles“ am 28. Juni 1919 - im Dezember 1919 den Endbericht der Regierung. Das „Cunliffe Committee on Currency and Foreign Exchanges“ war zur Gestaltung der ökonomischen Nachkriegspolitik eingesetzt

<sup>1</sup> Sidney Pollard: The Development of the British Economy. (3. Auflage) London 1983, S. 183.

<sup>2</sup> Robert Skidelsky: Politicians and the slump. The Labour Government of 1929-1931 (1. Auflage 1967). London 1994, S. 17.

<sup>3</sup> Sidney Pollard: The Development of the British Economy, S. 135f.

worden, und bestand zum Großteil aus Bankern, aber auch Ökonomen. Das Komitee wurde angeführt von Lord Cunliffe, einem früheren Gouverneur der Bank of England. Cunliffe hatte bereits im Interimsbericht vom August 1918 vorgeschlagen, dass die Rückkehr zum Goldstandard das Hauptziel sein sollte und dieser Vorschlag wurde im Endbericht 1919 wiederholt. Die Rückkehr zum Goldstandard wurde auch von anderen gewichtigen Meinungen unterstützt, unter anderem von dem Committee on Financial Facilities, und nach anfänglichen Bedenken wurde die Rückkehr zum Goldstandard Teil der offiziellen Politik. Die essentiellen Vorschläge zur Behebung der finanziellen Misere nach dem 1. Weltkrieg gingen eindeutig zugunsten der Finanzinstitutionen, da als Lösungsvorschläge nur Deflation und weitere Einsparungen vorgeschlagen wurden. Das über allem andere stehende Ziel war es, die Vorherrschaft im internationalen Welthandel wiederzuerlangen. Das bedeutete allerdings die Stabilisierung des £ Sterling zum Vorkriegskurs des US Dollar/Pfund Sterling. Die Rückkehr zur Vorkriegsparität von \$4,86 hing von der Deflation ab, und diese war wiederum von wirtschaftlichen Entwicklungen außerhalb Großbritanniens, zum Großteil aber von der Entwicklung in den Vereinigten Staaten von Amerika, abhängig. Die Amerikaner kehrten als einziger Staat schnell zum Goldstandard zurück. D.E. Mooggridge meint:

„Thus the American exchange, not domestic conditions, became the official index of the Cunliffe's policy's success. Any restrictive American policy actions had to be matched in London for the exchange to remain where it was and when no American restrictive action took place, British policy still had to be restrictive to work the exchange back to par.“<sup>1</sup>

Da Großbritannien 1919 noch weit entfernt von einem ökonomischen Gleichgewicht war, propagierte das Komitee eine stringente Finanzpolitik. Das Budget sollte ausgeglichen sein und Auslandskredite nur an Kreditnehmer verliehen werden, die als zahlungsfähig eingestuft werden konnten. Der Überschuss an Banknoten sollte reduziert werden. Zu einem späteren Zeitpunkt plädierte das Cunliffe Committee dafür, dass das Minimum der Banknotenemission das Maximum im darauffolgenden Jahr sein sollte. Auch der Außenhandel sollte ausgeglichen werden. Das Programm wurde von der Regierung akzeptiert. Das erste wirtschaftliche Hauptziel der britischen Regierung war es, die Inflation zu bekämpfen. Zur Umsetzung wurde ein deflationäres Budget beschlossen, mit der vorgegebenen Aufgabe die laufenden Schulden abzubauen. Damit wurde aber die Diskontrate erhöht, was aufgrund der steigenden Kreditzinsen zu schweren Problemen in der britischen Industrie führte. Die Kreditrate stieg bis April 1921 auf den bisher höchsten Stand von 7% und wurde erst ab dann wieder schrittweise reduziert. Damit begann der Grundstein für einen der größten Niedergänge des Geschäfts in der industriellen Geschichte, die Arbeitslosigkeit stieg von 2% auf 18%, und der

---

<sup>1</sup> D.E. Moggridge: British Monetary Policy 1924-1931. The Norman Conquest of \$4.86. Cambridge 1972, S. 24.

Index der gewerblichen Tätigkeit fiel von 117,9 auf 90 im Zeitraum eines Jahres.<sup>1</sup> Die betroffenen Sparten waren die Kohle-, Eisen-, Stahl- und Baumwollindustrie, die allerdings schon vor 1920 krisengefährdet gewesen waren, da sie durch technologische Entwicklungen in Konkurrenzländern auf dem Weltmarkt benachteiligt waren. Von der Krise waren auch andere exportorientierte Industrien wie der Schiffsbau betroffen und die Massenarbeitslosigkeit unter den demobilisierten Soldaten konnte nicht eingedämmt werden. Als der soziale Friede nicht länger gefährdet war, verwandelte sich die Sorge der Regierung über die Massenarbeitslosigkeit in Gleichgültigkeit.<sup>2</sup> Kontrolle über die Wirtschaft und die laufende Verschuldung wurde 1922 erreicht, die Maßnahmen generierten jedoch neue Probleme wie die gleichbleibende Massenarbeitslosigkeit, und sie verschärften die bereits vorhandene Strukturschwäche der Industrie. Die Staatsverschuldung gegenüber dem Bankensystem wurde im selben Zeitraum zwischen 1919 und 1922 von der Bank of England unter Kontrolle gebracht. Das Bankensystem war hochliquid und ein Kreditgeber für die Regierung; die Initiative zur Senkung der hohen Zinssätze lag aber in den Händen der Regierung. Da fast ein Drittel der zu tilgenden Staatsschulden eine Restlaufzeit von unter 5 Jahren und ein Fünftel davon bereits unter drei Monaten hatten, war das Problem der Refinanzierung und des Schuldenmanagements kaum zu bewältigen. In dieser Situation war es für die öffentliche Hand schwierig, die finanzielle Situation im Gleichgewicht zu halten. Das Ausmaß der Inflation in Amerika musste um jeden Preis vermieden werden, da es die Rückkehr zum Goldstandard erschwert hätte. Die Ausgaben fielen in diesem Zeitraum um 60 % und die Einnahmen stiegen um 27%. Das Defizit von £1,690 Millionen in den Staatseinkünften wurde in einen Gewinn von £237.9 Millionen in 1920 - 21, £45.7 Millionen in 1921 - 22, und £101.5 Millionen in 1922 - 23 transformiert.<sup>3</sup> Im März 1922 waren die Schulden, welche innerhalb von 5 Jahren fällig geworden wären, von einem Drittel zu einem Fünftel der Staatsverschuldung reduziert worden. Betrug der Pfund Sterling/US Dollar Wechselkurs 1920 noch \$3,40, betrug er Ende 1922 \$4,63 und erreichte in etwa den Vorkriegskurs von 1914. Ab jetzt waren für die Bank of England und für die Regierung die Konditionen gegeben, zum Goldstandard zurückzukehren.

Ab Mitte 1922 wurden die ehrgeizigen Ziele weiterverfolgt, um den Goldstandard wieder einzuführen. Dazu gehörte auch die neue Zahlungsvereinbarung für die Tilgung der Kriegsschuld mit Amerika. 1923 reiste der britische Finanzminister Baldwin und der

---

<sup>1</sup> Robert Skidelsky: Politicians and the slump. The Labour Government of 1929-1931. (1.Auflage 1967). London 1994, S. 1.

<sup>2</sup> Sidney Pollard: The Development of the British Economy. (3.Auflage) London 1983, S. 135.

<sup>3</sup> D.E. Moggridge: British Monetary Policy 1924-1931. The Norman Conquest of \$4.86. Cambridge 1972, S. 60.

Gouverneur der Bank of England Montagu Norman nach Amerika und handelten eine Zahlungsvereinbarung aus, die eine Tilgung der Kriegsschuld in 62 Jahren vorsah, mit Zinsen von 3 % in den ersten 10 Jahren und 3,5 % danach. Die jährliche Zahlung (Tilgung und Zinsen) inkludiert betrug \$220 -300 Millionen jährlich. 1924 trat der Dawes Plan in Kraft, damit war für die Regierung und die Bank of England die finanzielle Stabilität in der Weltwirtschaft gesichert. Der damit verbundene finanzielle Wiederaufbau bot die Stabilität, die der private Investor begehrte, versprach einen schnellen Wiederaufbau in Deutschland und Wachstum für ganz Europa. Der Dawes Plan flutete Europa mit amerikanischem Kapital. Wenn London der Hauptumschlagplatz in diesem Prozess sein sollte, war eine schnelle Rückkehr zum Goldstandard zwingend.<sup>1</sup>

#### 4.5.3 Chamberlain-Bradbury Committee

1924 war das Vereinigte Königreich dabei, sich von der Nachkriegskrise zu erholen. Die Diskussion um die Wiedereinführung des Goldstandards flammte 1924, ein Jahr bevor Winston Churchill in seiner Eigenschaft als Staatskanzler der konservativen Regierung die endgültige Entscheidung darüber traf, wieder auf. Phillip Snowden, Finanzminister der Labour-Regierung berief sich auf die Ergebnisse des Cunliffe Committees und forderte eine neue Überprüfung der Frage an, ob eine Fusion der Banknotenausgabe des Schatzamtes mit der Banknotenausgabe der Bank of England Vorteile bringen würde. Zu dieser Frage sollte eine neue Expertenrunde gebildet werden. Montagu Norman wollte dieses Komitee dazu nutzen, die Frage des Goldstandards erneut einzubringen und letztlich auch dessen Wiedereinführung durchzusetzen. Das Komitee setzte sich wieder bis auf zwei Mitglieder aus denselben Personen zusammen, wie das Cunliffe Committee, und bestand hauptsächlich aus Mitgliedern der City of London. Die erste Sitzung fand am 27. Juni 1924 statt, und die „befragten Sachverständigen“ waren eher auf die Verschmelzung der Currency Notes Issue vorbereitet als auf die Rückkehr zum Goldstandard. Nur J.M. Keynes hatte begründete Einwände zum Goldstandard zurückzukehren. Keynes argumentierte, „dass die Rückkehr zur Vorkriegsparität 1924 zu einer drastischen Kreditbeschränkung führen würde und dass die Preise für britische Waren in ausländischen Währungen zu hoch steigen würden. Er setzte sich auch für ein bleibendes Embargo der Goldexporte ein.“<sup>2</sup>

Außerdem fürchtete J.M. Keynes, dass durch die amerikanische Inflation Großbritannien mit Goldimporten überschwemmt werden würde, sofern der Sterling zur Vorkriegsparität

<sup>1</sup> P.C. Cain and A.G. Hopkins: British Imperialism. Crisis and Deconstruction 1914-1990, London 1993, S. 67f.

<sup>2</sup> D.E. Moggridge: British Monetary Policy 1924-1931. The Norman Conquest of \$4.86. Cambridge 1972, S. 43.

konvertierbar wäre und dass diese Entwicklung wiederum die Inflation ankurbeln würde. Keynes war für Preisstabilität. Er wollte Inflation verhindern und war besorgt über die wirtschaftliche Instabilität der amerikanischen Wirtschaft und der Machtrolle New Yorks in der internationalen Wirtschaft. Der frühere Finanzminister Reginald McKenna hatte einige schwache Einwände gegen den Goldstandard, betonte aber, dass das Basisziel die Stabilität der Preise in Waren und Dienstleistungen sein sollte. Er sah keine Gefahr für das Finanzzentrum London durch die amerikanische Wirtschaft. McKenna war nach seiner Tätigkeit in verschiedenen Ministerämtern zu dieser Zeit als außerordentlicher Berater der Regierung tätig und gleichzeitig Vorsitzender der Midland Bank, eine der mächtigsten Banken in der City of London. McKenna sah drei Vorteile des Goldstandards:

“The average man’s confidence in a currency when it is convertible into something which he can see or handle, the imperial interests involved in having most gold production in Empire countries, and the prospect of a repetition of the gently rising prices of 1901-4, which would result if gold found use as a basis for credit and which would be good for trade.<sup>1</sup>

McKenna führte als Hauptvorteil die einfache psychologische Begründung an, dass der Durchschnittsbürger mehr Vertrauen in eine Währung hat, die in etwas konvertiert werden kann, was (Gold) in der eigenen Vorstellung greifbar ist.

Die einzigen theoretischen Einwände gegen den Goldstandard waren die offenbleibende Situation der Kriegsschulden.<sup>2</sup> Auch McKenna hegte keine Befürchtungen, den Goldstandard wieder einzuführen, akzeptierte jedoch die Meinung von Keynes. Seine Ansichten in Bezug auf eine langfristige Geldpolitik waren schwammig und er vertraute darauf, dass bei der Wiedereinführung des Goldstandards das internationale Finanz- und Währungssystem zugunsten Großbritanniens sein würde: „He could see little wrong with the gold standard as a system, largely because he expected the international environment in which it would work to be somewhat inflationary.“<sup>3</sup> Trotz der Entschlossenheit, den Goldstandard wieder einzuführen, stand der Wechselkurs zum Dollar im Frühling 1924 nur bei \$4,5, und die Mitglieder des Chamberlain-Bradbury Committees warteten weiter ab. Obwohl der fertige Bericht eine kleine Tendenz gegen die sofortige Rückkehr zum Goldstandard aufwies, war spätestens ab diesem Zeitpunkt jeder Zweifel ausgeräumt, dass es das ultimative Ziel war, den Goldstandard wieder einzuführen und dass dieses Ziel in jedem Fall über die Schwierigkeiten der britischen Industrie zu stellen war.

---

<sup>1</sup> D.E. Moggridge: British Monetary Policy 1924-1931. The Norman Conquest of \$4.86. Cambridge 1972S. 43f.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 44.

<sup>3</sup> Ebenda

#### 4.6 Denksätze für und gegen die Befürwortung des Goldstandards

Zwischen 1924 und 1925 wurden die letzten Anstrengungen unternommen, den Goldstandard zur alten Vorkriegsparität wieder einzuführen mit der Absicht, die Vorkriegsparität auch zu halten. Damit verbunden waren eine Menge Diskussionen über die Probleme und Prinzipien des Goldstandards, die ihrerseits ein interessantes Bild der britischen Gesellschaft brachten. Hauptsächlich reflektierten die widersprüchlichen Meinungen eine Spaltung der ökonomischen Interessen zwischen verschiedenen Gruppierungen innerhalb der Gesellschaft.<sup>1</sup> Das Bradbury-Chamberlain Committee wurde unter dem offiziellen Namen als Committee on the Currency and Bank of England Note Issues ins Leben gerufen. Der finale Bericht bezog sich nicht auf die Frage, ob der Goldstandard erstrebenswert war, und welche Auswirkungen er auf einzelne soziale Klassen haben würde; oder welche Interessen einzelne gesellschaftliche Gruppen an der Einführung hätten. Im Bericht wurde auch nicht dezidiert auf die Vorteile des Goldstandards hingewiesen. Die Wiedereinführung des Goldstandards wurde 1924 bereits als selbstverständlich angenommen und es wurde auf den „finanztechnischen“ Vorteil hingewiesen, dass durch die Mechanik des Goldabflusses festgestellt werden könnte, dass die Staatsverschuldung zu hoch sei. Der Report stellte fest, „dass der Abfluss von Gold eine sichere Indikation dafür sei, dass der Staat zu viele Schulden aufgebaut hätte, und [der Goldstandard] daher einen automatischen Stop dafür bereitstellte.“<sup>2</sup>

##### 4.6.1 Rückkehr zum „Status Quo vor dem 1. Weltkrieg“

In Zeiten der Kriegswirtschaft und nach dem Konjunkturrückgang 1920 war das Eingreifen der Regierung in die Wirtschaft bis zu einem gewissen Grad legitimiert worden. Grundsätzlich sollte aber das alte „laissez faire“ System einer freien sich selbst regulierenden Wirtschaft verbleiben. Großbritannien sah sich noch immer in seiner Rolle als führende Handelsweltmacht und war deshalb begierig darauf, den Goldstandard, und das zu jener Parität, welche vor dem 1. Weltkrieg gegolten hatte, wieder einzuführen. Die Vorkriegsparität war ein Symbol der Normalität; sie war auch ein Zeichen der finanziellen Stärke der City, und es kam der Gedanke auf, dass nichts außer der Rückkehr zur alten Parität das Vertrauen in London's Fähigkeit, die alte Rolle (als Welthandelszentrum) wiedereinzunehmen, herstellen könnte.<sup>3</sup> Großbritannien war fest dazu entschlossen, das

<sup>1</sup> W. Adam Brown Jr.: The Conflict of Opinion and Economic Interest in England. (First Published as chapter 10 of England and the New Gold Standard 1919-1929. New Haven 1929, S45-66. In: Sidney Pollard (Hg.): The Gold Standard and Employment Policies between the Wars. London 1970, S. 44.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 45.

<sup>3</sup> Robert Skidelsky: Politicians and the Slump. The Labour Government of 1929 – 1931. (1. Aufl. 1967) London 1994, S. 2.



British Empire zu erhalten. Der Kampf zum Goldstandard zurückzukehren, demonstrierte die britische Entschlossenheit, die Herausforderung der Vereinigten Staaten anzunehmen, um die finanzielle Vormachtstellung an der Peripherie zurück zu gewinnen, als auch zu Hause die traditionelle Orthodoxie wieder einzuführen.<sup>1</sup>

#### **4.6.2 Rückkehr zum internationalen Handelsmarkt**

Der freie Handel war ein integraler Bestandteil des „Gold Standard System“, weil man sich nur unter den Bedingungen des freien Handels auf die Sanktionen der „wirtschaftlichen Moral“ des Gold Standard verlassen konnte. In seiner reinen Form würde das Goldstandard-System zusammenbrechen, wenn eine Nation in den Protektionismus flüchten würde. Als die führende Handelsmacht profitierte Großbritannien von einem freien Markt sowohl zuhause als auch in Übersee. Für den Typus des viktorianischen Wirtschaftsoptimisten des 19. Jahrhunderts hatte der freie Handel ebenfalls eine wichtige politische Funktion. Seine Meinung war, dass ein funktionierendes, komplexes, wirtschaftliches Netzwerk und ein freier Austausch der Waren, für das jedes Land am besten zur Produktion geeignet war, nach und nach die politischen Konflikte reduzieren und ein Zeitalter der internationalen Zusammenarbeit einleiten würde. Der Goldstandard hatte daher auch die politische Funktion, Einigkeit zwischen den internationalen Handelspartnern zu schaffen.

#### **4.6.3 Der Interessenskonflikt zwischen Industrie und der City of London**

Laut Robert Skidelsky war die wirtschaftliche Orthodoxie in den 1920er Jahren nicht die Erfindung von zeitgenössischen Ökonomen; stattdessen war es das Produkt der traditionellen Denkweisen der einflussreichsten Institutionen. Deren Interessen in der Wirtschaftsgemeinschaft galten nur ihre eigenen Zwecken und der Rolle der Regierung. Sie waren nicht alle der gleichen Ansicht. Im besonderen entwickelte sich ein tiefer Konflikt zwischen den Interessen der City und der Industrie.<sup>2</sup> Obwohl von den Befürwortern des Goldstandards propagiert wurde, dass alle Interessensgruppen für den Goldstandard wären, gab es Konfliktpotential zwischen den Industriellen und der City of London. Die Meinung, dass es zwischen 1924-25 keinen signifikanten Protest oder keine Alternativen gegeben hätte, kann als eine Anerkennung für die Stärke der City gesehen werden, die diesen Mythos schuf.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> P.C. Cain and A.G. Hopkins: British Imperialism. Crisis and Deconstruction 1914-1990. London 1993, S. 5f.

<sup>2</sup> Robert Skidelsky: Politicians and the Slump. London 1994, S. 10.

<sup>3</sup> Sidney Pollard: Introduction. S1-27. In: Sidney Pollard (Hg): The Gold Standard and Employment Policies between the wars. London 1970, S. 7.

Die Industriellen waren anfangs agnostisch gegenüber dem Gold Standard. Das lag vor allem an dem großen Prestige, das die Banker in Bezug auf die Finanzpolitik bei den Industriellen genossen, denn die Industriellen waren generell damit zufrieden, dass die Fragen der Geldpolitik von den Bankern diskutiert und auch entschieden wurden, da diese in diesen Belangen als erfahren und kompetent angesehen wurden.<sup>1</sup> Die Gruppe der Unternehmer war davon überzeugt, dass Schwankungen im Wechselkurs die einzigen, geringfügigen Probleme unter den komplexen Elementen sein könnten, welche bei der Preisbestimmung und der Nachfrage von britischen Produkten außerhalb des Landes von Belang sein könnten. Der Kursanstieg des Sterlings in Richtung Vorkriegsparität wurde nicht als ein separates Problem der britischen Industrie und als spezielles Problem der Exportindustrie gesehen.<sup>2</sup> Auftragsverluste für die Industrie ab 1924 wurden erst nach und nach mit dem steigenden Pfund Sterling gegenüber anderen Währungen assoziiert. Die exklusive Aufmerksamkeit hatte sich nur auf Deutschland und Frankreich gerichtet, die durch die Abwertung ihrer Währung in Konkurrenz zu Großbritannien standen. Die britischen Produzenten stellten zunächst auch keinen Zusammenhang zwischen einem starken Pfundkurs und dem Wechselkurs zum US Dollar her. Der starke Pfundkurs wurde zuerst mit Befriedigung zur Kenntnis genommen und als Indikator für die Wiederkehr der wirtschaftlichen Stärke angesehen. Dennoch, der wirtschaftliche Druck, den die Exportindustrie Ende 1924 zu spüren bekam, entstand auch durch den gestiegenen Kurs des Pfund Sterling und nicht nur aufgrund einer Politik der strengeren Kreditvergabe durch die Banken in der City of London. Das Pfund wurde stärker aufgrund einer Erhöhung der Zinsrate, und lockte damit Investoren an, die in den Pfund investierten. Es herrschte Abneigung gegen die deflationären Maßnahmen, da es eine vage Stimmung gab, dass die deflationären Maßnahmen nur für die City of London von Vorteil wären. Aber die Divergenz zwischen den Interessen der Industrie und den Interessen der City basierte nicht auf einer Analyse der realen Differenz, in welcher Weise der Goldstandard die Industrie und die City kurzfristig treffen würde. Die Stimmung galt eher dem Teil der City, die auf Änderungen in den Wechselkursen spekulierten, während die Interessen der Industrie besser mit einem stabilen Wechselkurs bedient waren. Die Industriellen, und insbesondere jene in der Exportindustrie, fürchteten die Erhöhung der Diskontrate aufgrund des Goldstandards. Die Federation of British Industries brachte es der Regierung und der Bank of England unter dem Titel „Industry and the Bank Rate“ zum Ausdruck:

---

<sup>1</sup> W. Adam Brown Jr.: The Conflict of Opinion and Economic Interest in England. (First Published as chapter 10 of England and the New Gold Standard 1919-1929. New Haven 1929). S45-66. In: Sidney Pollard (Hg): The Gold Standard and Employment Policies between the Wars. London 1970, S. 50.

<sup>2</sup> Ebenda

„It appears to the Federation that any attempt to raise the real value of the pound sterling by 10 per cent by a process of arbitrary credit restrictions would, in the present state of credit, and in view of the present trend of trade and prices in this country involve the most serious consequences to industry.“<sup>1</sup>

Die Federation of British Industries meinte auch, dass Arbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Verfall der Preise entstehen würde. Da durch den Verfall der Preise auch die Produktionskosten gesenkt werden müssten, würde das auch Verluste bei Löhnen und Gehältern bedeuten. Am 5. März 1925 wurde die Diskontrate auf 5 Prozent erhöht, um sich dem Zinssatz der Federal Reserve Bank of New York anzupassen. Die britische Regierung nahm bewusst in Kauf, dass sich die Arbeitslosigkeit in dieser Periode erhöhen würde, damit es zu einem Ausgleich zwischen Preisen und Löhnen in den verschiedenen Wirtschaftssektoren, in der die Landwirtschaft miteinbezogen war, entstehen würde. Der prognostizierte Anstieg der Arbeitslosigkeit trat ein.

Auch im weiteren Verlauf des Jahres 1925 war die Mehrzahl der Produzenten nicht an der Geldpolitik der Regierung und der Bank of England interessiert. Gemäß ihrer Ansicht war nationale Geldpolitik nicht mit konkreten Produktionsbedingungen verknüpft. Die starke allgemeine Meinungstendenz war, dass es die beste Lösung für den Handel und für die Würde Großbritanniens sei, zum Standard zurückzukehren. Viele Hauptvertreter der Industrie waren mit der Politik der Regierung und der Bank of England einverstanden, da sie darauf vertrauten, dass im Hinblick auf einen längeren Zeitraum die Entscheidung zur Rückkehr richtig sei. Der Slogan der City „go back to the old standard, and stick to it through thick and thin.“<sup>2</sup> hatte damit die Oberhand gewonnen. Die vorherrschende Meinung Industrieller war, dass der Zustand der Unsicherheit, ob Goldstandard oder nicht Goldstandard, beendet werden sollte. Bei einigen Vertretern der Industriellen kam ein schleichender Verdacht auf, dass die vorgetragenen Argumente gegen den Goldstandard ihre Richtigkeit haben könnten. Nach der Einführung des Goldstandards bekamen die Industriellen eine Sicherheit, welche sie nicht ersehnt hatten, denn „es begann eine noch drastischere Auseinandersetzung mit den Produktionskosten, deren Resultat bald in den Arbeitslosenzahlen offenkundig wurde.“<sup>3</sup>

Es besteht kein Zweifel, dass die Hauptakteure des Goldstandards die Bank of England und die City of London waren:

---

<sup>1</sup> W. Adam Brown Jr.: The Conflict of Opinion and Economic Interest in England. (First Published as chapter 10 of England and the New Gold Standard 1919-1929. New Haven 1929). S45-66. In: Sidney Pollard (Hg): The Gold Standard and Employment Policies between the Wars. London 1970, S. 52.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 52.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 57.

„The main protagonists of an early return were the Bank of England and the merchant banks; both, in different ways, were bound to benefit from the re-emergence of London as the world's financial centre and both assumed, if they thought about it at all, that industry would benefit in equal measure.“<sup>1</sup>

Obwohl es kaum einen Banker gab, der nicht auf die Wiedereinführung des Goldstandards wartete, gab es noch Hoffnung, dass dies aufgrund der Inflation in Amerika möglich wäre und nicht von weiteren deflationären Maßnahmen und der Erhöhung des Diskontsatzes begleitet sein würde. Als die Rückkehr zum Goldstandard nur mit weiteren deflationären Maßnahmen durchgesetzt werden konnte, wurde auch diese Lösung akzeptiert. „Die City war darauf vorbereitet, dass England dafür einen hohen Preis bezahlen müsste. Wenn es um die entscheidende Wahl zwischen einem festen Wechselkurs oder gleichbleibenden Preisen ging, war die ganze City für einen festen Wechselkurs.“<sup>2</sup> Man war überzeugt, dass die Rückkehr die Wiederherstellung des freien Marktes für Gold brachte und damit London wieder seine alte Kreditwürdigkeit erlangen würde. Die Wiederherstellung des Vertrauens in die Kreditwürdigkeit des Pfund Sterling und der absolute Wille und die Fähigkeit Londons, dass die Obligationen in Gold geleistet werden konnten, waren für London die Notwendigkeit um das Geschäftsvolumen zu erhalten und zu vergrößern. Das Vertrauen, wieder das größte Finanzzentrum der Welt zu bleiben, war noch immer vorhanden. Diese Zuversicht war in großem Maße abhängig von der Aufrechterhaltung großer Teile der unsichtbaren Exporte. McKenna, der auch im Chamberlain-Bradbury Komitee seine Meinung äußerte, und oft die In-Elastizität des britischen Bankensystems und der Bank of England kritisierte, bekannte sich eindeutig zum Goldstandard, indem er den positiven, geschäftsfördernden Effekt des Goldstandards hervorhob: Das Beste daran ist der moralische Effekt. Solange 9 von 10 Menschen daran glauben, dass es das Beste ist, wird es das Beste sein.<sup>3</sup>

Es ging hier nicht nur um das Hochhalten von Tradition, sondern um das Wiederbeleben des Money Market Handels, welcher wieder forciert werden sollte:

„In the case of acceptors and dealers and investors in bills, indeed, the restoration of the gold standard offered prospects of an early increase in the volume of their business.“<sup>4</sup>

Auch die Labour Party zeigte kein besonderes Interesse am Goldstandard. Generell war die Labour Party gegen deflationäre Maßnahmen, da damit die Arbeitslosigkeit verschärft wurde. Innerhalb der Partei gab es einen Teil, welcher die Macht der Bank of England und der

---

<sup>1</sup> Robert Skidelsky: Politicians and the Slump. The Labour Government of 1929 – 1931. (1.Aufl. 1967) London 1994, S. 12.

<sup>2</sup> W. Adam Brown Jr.: The Conflict of Opinion and Economic Interest in England, S.63.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 64.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 65.

„Merchant Banks“ kritisierte. Diese Sozialisten betonten, dass die Kontrolle über Kredit- und auch Zinspolitik nicht dem Interesse der gesamten Nation nützen würde, sondern nur finanzkräftigen Gruppen. Als Beispiel soll hier die Meinung von Mr. H.N. Brailsford, einem der Opponenten zur Rückkehr des Goldstandards zitiert werden. Nach der Parlamentsniederlage der Labour Party 1924 präsentierte er eine Resolution auf der Konferenz der Labour Party:

„This conference records in opinion that, in view of the power of the Bank of England to lessen by a scientific regulation of credit the disastrous booms and slumps and the unemployment which they bring in their train, the Government should immediately give their attention to the influence of monetary policy on trade, industry and unemployment. It asks that steps should be taken, by nationalizing the Bank of England and otherwise to insure that the control of credit is exercised in the public interest and not in the interest of powerful financial groups.“<sup>1</sup>

Die Resolution wurde angenommen und in das offizielle Parteiprogramm der Labour Party aufgenommen, war jedoch für die Realpolitik nicht von Bedeutung. Die Mehrheit der Partei hatte keine vorgefasste Meinung dazu.

Besonders Philip Snowden, der in der ersten Labour Regierung von Januar 1924 bis November 1924, danach in der zweiten Labour Regierung von Juni 1929 bis August 1931 und dem „National Government“ ab August 1931 bis November 1931 das Finanzministerium innehatte, war ein glühender Verfechter des Goldstandards. Er betrachtete es als seine oberste Pflicht, „die Staatsverschuldung zu reduzieren und die reinen Prinzipien des freien Handels zu verteidigen. In seiner Fiskalpolitik war kein Platz für soziale oder wirtschaftliche Ziele, wie etwa die Reduktion der hohen Arbeitslosenrate von etwa 11%.“<sup>2</sup> Er war ein glühender Bewunderer des Gouverneurs der Bank of England, Montagu Norman. Roy Jenkins meint: „It is hardly an exaggeration to say that Snowden fell in love [with Norman].“<sup>3</sup>

#### 4.6.4 J.M. Keynes

Die offizielle Rückkehr zum Goldstandard wurde anfänglich von fast allen gutgeheißen. Kritik kam zu spät auf, wie im Falle der britischen Industrie. Die meisten anderen Kritiker wurden nicht ernstgenommen, da sie der Hochfinanz und der City nichts entgegensetzen konnten. Nur J.M. Keynes, der als Ökonom genug Wissen und Autorität mitbrachte, wurde als Kritiker ernstgenommen, da er auch eine Alternative anbot. Er konnte sich mit seiner Meinung letztlich nicht gegen die Bank of England und die City of London durchsetzen.

---

<sup>1</sup> Artikel aus The Times, 10 October 1914, p. 7. In: W. Adam Brown Jr.: The Conflict of Opinion and Economic Interest in England, S. 59.

<sup>2</sup> Roy Jenkins: The Chancellors. London 1998, S. 276.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 275.

Laut Rothermund sind Ökonomen durch ihre Wissenschaftsdisziplin auf Gleichgewichtsstände fixiert, und sollte es unerwartete Störungen, zum Beispiel aufgrund von Marktschwankungen, geben, trachtet der Ökonom danach die Wiederherstellung des Gleichgewichtes zu erreichen:

„Da ökonomische Theorien einen hohen Abstraktionsgrad haben sollen, um allgemeingültig zu sein, tritt die Ableitung solcher Theorien von historischen Erfahrungen in den Hintergrund, obwohl ihnen ihre historische Bedingtheit anhaftet. Von den Ökonomen gilt daher auch das, was man von den Generälen gesagt hat, die jeweils den nächsten Krieg mit der Strategie des vorigen gewinnen wollen.“<sup>1</sup>

Bei der Wiedereinführung des Goldstandards diente auch die ökonomische Denkrichtung der „klassischen Nationalökonomie“ als wissenschaftlicher Unterbau. David Ricardo und David Hume betonten die Vorteile des Edelmetallstandards quasi als naturgesetzlichen Gleichgewichtsmechanismus. Der Wille zur Wiederherstellung dieses Standards entsprach der klassischen Stabilitätsdoktrin. Keynes Kritik richtete sich in seiner Eigenschaft als Ökonom und Wissenschaftler gegen den „Marktoptimismus“ der klassischen Ökonomie mit ihrem „laissez faire“ System. Der Arbeitsmarkt war in diesem System ein Markt wie alle anderen, in der sich der Preis nach Angebot und Nachfrage richtete. Theoretisch mußte daher immer Vollbeschäftigung herrschen, es sei denn, der Wille zur Arbeit war nicht vorhanden. Auch die klassische Annahme, dass Geld als Tauschmittel immer neutral sei, konnte Keynes nicht teilen. Geld wird nicht nur eingenommen und ausgegeben, sondern auch gehortet. In einer Wirtschaftskrise oder einer Rezession steigt die Tendenz, Geld zu horten, was wiederum die Geldverknappung fördert, die Preise drückt und die Produktion drosselt. Keynes forderte daher entgegen dem „Laissez Faire“ Gedanken der klassischen Ökonomen eine interventionistische Gegensteuerung des Staates:

“Die ‘Keynesianische Revolution’ stellte also die klassischen Lehren von Grund auf infrage, sie war nicht mehr eine Gleichgewichtstheorie, sondern eigentlich eine Katastrophentheorie des permanenten Ungleichgewichts. Investitionen basierten auf Entscheidungen aufgrund ungewisser Annahmen. Keynes Prototyp war nicht der Bauer auf dem Markt, der ein Gut gegen ein anderes eintauscht, sondern der Börsenspekulant, der sich entweder auf riskante Einsätze einläßt oder aber auch aus dem Markt zurückzieht, um auf einen günstigeren Moment zu warten.”<sup>2</sup>

J.M. Keynes schrieb kurz nach der Wiedereinführung des Goldstandards ein „Pamphlet“ mit dem Titel „The Economic Consequences of Mr. Churchill“, bezugnehmend auf die Tatsache, dass letztlich Churchill als konservativer Finanzminister die Entscheidung über die

---

<sup>1</sup> Dietmar Rothermund: Die Welt in der Wirtschaftskrise, 1929-1939. Münster, Hamburg 1993, S. 10.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 12.

Wiedereinführung des Goldstandards getroffen hatte. In diesem Aufsatz kreidete er der Bank of England an, dass der „Goldstandard“ wieder eingeführt wurde, ohne sich der Konsequenzen in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld sicher zu sein:

„The gold standard, with its dependence on pure chance, its faith in “automatic adjustments” and its general regardlessness of social detail, is an essential emblem and idol of those who sit in the top tier of the machine. I think that they are immensely rash in their regardlessness, in their vague optimism and comfortable belief that nothing really serious ever happens. Nine times out of ten, nothing really serious does happen – merely a little distress to individuals or to groups. But we run a risk of the tenth time (and are stupid into the bargain) if we continue to apply the principles of an economics which was worked out on the hypothesis of laissez-faire and free competition to a society which is rapidly abandoning these hypothesis.“<sup>1</sup>

Er prangerte an, dass der Pfund Sterling bei der Wiedereinführung des Goldstandards überbewertet zur Vorkriegsparität zum Kurs von \$4,86 worden war.

„If, therefore, you fix the exchange at this gold parity, you must either gamble on a rise in gold prices abroad, which will induce foreigners to pay a higher gold price for our exports, or you are committing yourself to a policy of forcing down money wages and the cost of living to a necessary extent.“<sup>2</sup>

Damit war für Keynes der Weg für noch mehr Arbeitslosigkeit und verminderte Wettbewerbsfähigkeit der Industrie am Weltmarkt gegeben. Mit der Finanzpolitik der Bank of England würde niemand ermutigt werden, neue Investitionen zu tätigen, ganz im Gegenteil, der vorgegebene hohe Diskontsatz würde die stagnierende Wirtschaft noch mehr in die Rezession treiben. Das überbewertete Pfund bedeute nur einen Mehrwert für jene, die von der Schuldenlast Großbritanniens lebten. Keynes bezog sich dabei vor allem auf die Finanziers der City of London. Der Schuldendienst für den Tilgungsfond der Kriegsschulden würde sich erhöhen und eine allgemein höhere Verschuldung des Staates würde auf alle Staatsbürger zukommen.

„When we raise the value of sterling by 10 per cent we transfer about £1,000 million into the pockets of the rentiers out of the pockets of the rest of us, and we increase the real burden of the National Debt by some £ 750 million (thus wiping out the benefit of all our laborious contributions to the sinking fund since the war).“<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> J.M Keynes: The Economic consequences of Mr. Churchill. S.27-44 In: Sidney Pollard (Hg): The Gold Standard and Employment Policies between the wars. London 1979, S. 38.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 32.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 31.

#### 4.7 Wiedereinführung des Goldstandards 1925

Nach dem Ende der ersten Labour Regierung, die von Januar bis November 1924 im Amt war, erhielten die Konservativen bei der Wahl am 29. Oktober 1924 eine überwältigende Mehrheit. Als Finanzminister unter der Regierung Stanley Baldwins wurde Winston Churchill eingesetzt. Bereits ab Mitte 1924 hatte man angefangen die Wechselrate des Pfunds in Richtung Konvertibilität zu forcieren. Die Zinsrate wurde über die von New York angehoben, was zur Folge hatte, dass Kapitalanlagen aus dem Ausland nach London transferiert wurden. Spekulationen, die davon ausgingen, dass der Pfund Sterling den Kurs der Vorkriegsparität erreichen würde, bevor zu Jahresende die Nichtkonvertierbarkeit aufgehoben werden würde, zog noch mehr Geldmittel an.<sup>1</sup> Im April 1925 erreichte der Pfund Sterling faktisch die Vorkriegsparität zu \$4,86. Winston Churchill verkündete die Rückkehr zum Goldstandard in seiner Budgetrede am 28. April 1925. Die Handelssperre von Gold wurde aufgehoben. Großbritannien konnte laut Churchill nun für sich beanspruchen, dass es einen großen Beitrag zur Stabilisierung der internationalen Währungen nach Krieg und Revolutionen geleistet hatte. In den nächsten ein bis zwei Jahren kehrten viele Länder zum Goldstandard zurück, aber die meisten unter dem Wert der Vorkriegsparität. Winston Churchill wollte ein Signal senden, „that Britain was returning to the old prewar certainties, including monetary certainties.“<sup>2</sup>

Churchill, der ernste Zweifel an der Wiedereinführung gehabt hatte, traf die Entscheidung erst nach langen Überlegungen. Als Berater traten hier auch J.M. Keynes, und Mitglieder aus dem offiziellen Committee on the Currency and Bank of England Issues auf. Churchill war von den Meinungen seiner Berater insofern abhängig, indem er für jeden Schritt, den er in Bezug auf die Wiedereinsetzung des Goldstandards machen musste, eine Rechtfertigung brauchte. Churchill's Entscheidung wurde von Befürwortern des Goldstandard beeinflusst:

„The mischance was that of the four experts to whom Churchill confided his last serious misgivings, three (Norman, Niemeyer and Bradbury) were the most fanatical and thoughtless advocates of the gold standard to be found anywhere in the country.“<sup>3</sup>

Am 17. März lud er Keynes, und als Befürworter des Goldstandards McKenna, Bradbury und Niemeyer zum „Dinner“ ein, um über das Pro und Contra zu diskutieren. Dieses Abendessen sollte für die Entscheidung zum Goldstandard zurückzukehren, ausschlaggebend sein.

<sup>1</sup> Sidney Pollard: Economic and financial policy in the 1920s, S. 137.

<sup>2</sup> Arthur Herman: Gandhi and Churchill. The Epic Rivalry that destroyed an Empire and Forged our Age. London 2008, S. 299.

<sup>3</sup> Sidney Pollard: The Gold Standard and Employment Politics, S.7.



Grundsätzlich unterstützte er Keynes, aber in der Realpolitik blieb ihm nichts anderes übrig, als den Befürwortern das Feld zu überlassen.

“As the Gold battle unfolded so there was a sense of even such a rumbustious character as Churchill being swept downstream by the force of the compelling current, protesting but nonetheless essentially impotent. The treasury was against him, the Bank was against him, the Committee presided first by Austen Chamberlain and then by Bradbury was against him. Snowden, his Labour “shadow” was against him. Baldwin, much respecting Montagu Norman, in fact played no part in the decision, but would have been against Churchill had he attempted to decide otherwise.”<sup>1</sup>

Die Rückkehr zum Goldstandard kann unter folgenden vier Gesichtspunkten erörtert werden.

- 1) Alternativen zum Goldstandard
- 2) Zeitpunkt der Wiedereinführung
- 3) Anpassungsmechanismen und auftretende Schwierigkeiten in der Gesamtwirtschaft
- 4) und die Einbeziehung der wirtschaftlichen Situation Großbritanniens in die Weltwirtschaft

Die folgenden Fakten und Meinungen dürften für Churchill den Ausschlag gegeben haben:

Erstens wäre nach der Aufwertung des Pfund Sterling im Oktober 1924 der politische Gesichtverlust wahrscheinlich zu groß gewesen, wenn der Goldstandard nicht wieder etabliert worden wäre. Man kann von der Annahme ausgehen, dass die Befürworter des Goldstandards den Konservativen nahestanden und Churchill nicht genügend Argumente besaß, um es sich auch politisch leisten zu können, dagegen zu sein. Wenn er sich geweigert hätte, den Goldstandard einzuführen, hätte er mit der Kritik der City rechnen müssen, auf welche er keine effektiven Arguments gehabt hätte. Churchill lag damit richtig, dass die Opposition zur Frage der Wiedereinführung limitiert war.<sup>2</sup>

Zweitens betonten die Berater Churchills, dass die Aufwertung des £ Sterling nach dem Wahlsieg der Konservativen und der Entschlossenheit der Bank of England, alle Mittel zu ergreifen um diesen Wechselkurs noch auf die Vorkriegsparität zu bringen, um vieles einfacher realisierbar sei, als den £ Sterling mit dem Kurs von \$4,80 wie im Herbst 1924 zu halten. Die darauf einsetzenden Spekulationen und Gerüchte am Markt würden dem Pfund Sterling mehr Schaden zufügen.

Drittens wurden Churchill Anhaltspunkte gegeben, dass nach der Wiedereinführung des Goldstandards die Wirtschaft und der Handel anspringen würden, und damit die Arbeitslosigkeit verringert werden könnte, sobald die nötigen Anpassungen durchgeführt

<sup>1</sup> Roy Jenkins: The Chancellors: London 1998, S. 309.

<sup>2</sup> D.E. Moggridge: British Monetary Policy 1924-1931. The Norman Conquest of \$4.86 Cambridge 1972, S. 94.

worden waren. Diese Preisanpassungen sollten minimal sein, hingen aber von der Entwicklung der Inflation in Amerika ab.

Viertens wurde es von den Befürwortern als nicht wichtig erachtet, dass auch wirtschaftspolitische Änderungen auf dem Kontinent zu nicht abschätzbaren Entwicklungen führen konnten, sondern diese wurden nur von Keynes diskutiert. Die Bank of England ging davon aus, dass Frankreich und andere Staaten auf dem Kontinent, ihre Währungsstabilisierung in einer Weise vornehmen würden, die die \$4,86 nicht gefährden würde. Anders ausgedrückt sollte Frankreich, entweder den gleichen Weg einschlagen oder die Fehler Großbritanniens kompensieren.<sup>1</sup> Churchill war sich der Argumente Keynes gegen die Wiedereinführung durchaus bewußt:

“He was aware of Keynes arguments against the restoration in the early spring of 1925, but Keynes was much a voice in the wilderness and a somewhat ambiguous one at that, given his inflationary expectations and his failure to distinguish clearly between the short and the long run.”<sup>2</sup>

Im Februar 1926 schickte Winston Churchill an seine Kabinettskollegen unabhängige Kommentare zur Wiedereinführung des Goldstandards, wobei jene der Banker vor Optimismus nur so strotzten. Als Beispiel unter vielen sei hier McKenna von der Midland Bank angeführt, dessen Kommentar vom „Annual Meeting of the Midland Bank“ vom 26. Januar 1926 stammt:

„Our return to the gold standard is the outstanding financial event of the year. Its profound importance to our currency and credit system is acknowledged; yet the final step was taken without noticeable disturbance, and our ability to recover and hold a free gold, market has been firmly established. .... On what we may term its exchange aspect the operation was entirely successful; and our financial authorities may be congratulated upon their achievement, ....“<sup>3</sup>

#### **4.8 Die Konsequenzen der Überbewertung des Pfund Sterling zum Vorkriegskurs**

Der Vorkriegswchselkurs des Dollar galt als quasi naturgegebene Richtzahl. Es stellte sich jedoch bald heraus, dass dieser Vorkriegswchselkurs von \$4,86 laut Keynes mit 10% überbewertet war, und seiner Meinung nach daher nur \$4,4 sein sollte. Es war immer klar gewesen, dass der Vorkriegskurs im April 1925 nicht auf der Kaufkraftparität beruhte, egal mit welchen Maßstäben gearbeitet wurde, sondern dass die Vorkriegsparität aufgrund von

<sup>1</sup> D.E. Moggridge: British Monetary Policy 1924-1931. The Norman Conquest of \$4.86 Cambridge 1972, S. 239.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 96.

<sup>3</sup> The Gold Standard. Note by the Chancellor of the Exchequer. 4) Mr. McKenna at the Annual Meeting of the Midland Bank. CP 55 (26) S. 3/324. In: The National Archives: CAB 24/178. <http://filestore.nationalarchives.gov.uk/pdfs/large/cab-24-178.pdf>.

Spekulationen in den steigenden Pfundkurs zustande gekommen war. Die Hoffnungen, dass sich die Preise am Weltmarkt den britischen Preisen angleichen würden, erfüllten sich nicht. Die Weltpreise fielen 1925 und waren ein schweres Handicap für die britische Industrie. Nach 1925 führten weitere Staaten (u.a. Belgien, Frankreich und Deutschland) wieder den Goldstandard ein, allerdings zu niedrigeren Paritäten als dem Vorkriegskurs, was den Preisunterschied zwischen Großbritannien und seinen Konkurrenten am Weltmarkt noch erhöhte:

“A lower rate of parity would not of itself have ensured the prosperity of the domestic economy — but it might have been easier that restructuring of British industry which was urgently required.”<sup>1</sup>

Die ohnehin schon zu teuren britischen Exportprodukte wurden durch das überbewertete Pfund auf dem Weltmarkt noch weniger konkurrenzfähig. Außerdem wirkte das überbewertete Pfund noch zusätzlich als Importbonus und trug damit zur Verschlechterung der Handelsbilanz bei. In der Vorkriegszeit wären dieses Defizit in der Handelsbilanz durch die Leistungsbilanz ausgeglichen worden. Diese betrug aber in der Nachkriegszeit ein Drittel weniger als in der Vorkriegszeit. Das Pfund blieb bis zur Aufhebung des Goldstandards 1931 überbewertet und hatte fatale Konsequenzen bereits vor Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929. Der wirtschaftliche Druck wurde durch das überbewertete Pfund in der Großen Depression noch verstärkt. Ab 1929 herrschte Klarheit, dass die Grundstoffindustrie nicht mehr die alten Absatzmärkte zurückerobern würde. Aufgrund der hohen Zinsrate wurden kaum neue Investitionen getätigt.

Montagu Norman musste durch eine deflationistische Hochzinspolitik um die Erhaltung des überbewerteten Pfunds kämpfen. Um die negative Zahlungsbilanz auszugleichen, musste die Bank of England kurzfristige hochverzinsten Kredite aufnehmen.

#### **4.8.1 Goldsterilisation**

Goldsterilisation oder Goldthesaurieren (das Horten von Gold anstatt es in der Wirtschaft einzusetzen) wurde von den Vereinigten Staaten und Frankreich in den 1920er und 1930er Jahren als Mittel der Geldpolitik betrieben, um die Geldmenge im eigenen Land stabil zu halten. Ein effektives Mittel dazu ist unter anderem, dass Banken einen größeren Anteil an Gold als Deckung für Papiergeld halten müssen. Daher trat die prognostizierte Inflation in den USA, die man aufgrund des ständigen Goldabflusses dorthin erwartete, nicht ein, da die Amerikaner begannen, das Gold zu sterilisieren und eine anti-inflationistische Geldpolitik zu

---

<sup>1</sup> Robert Skidelsky: *Politicians and the Slump. The Labour Government of 1929 – 1931.* (1.Aufl. 1967) London 1994, S. 4.

betreiben. Frankreich kehrte 1928 zum Goldstandard zurück mit nur 80% der Vorkriegs-parität. Paris setzte eine hohe Deckung von 35% für ihre Währung fest und thesaurierte ebenfalls große Goldmengen. Von Mitte 1928 bis Jänner 1930 schluckte Frankreich Gold im Werte von 1 Milliarde Dollar. Die Kritik Keynes, die sich auch darauf bezog, dass die Situation der Weltwirtschaft nicht mit jener der Vorkriegszeit vergleichbar sei, traf auch auf den „freien Fluss des Goldes“ zu. Die Banque de France und das Federal Reserve Board of the USA entschieden sich für die Sterilisation von Gold und dementsprechend war es für Bank of England ein schwieriges Unternehmen, den Goldstandard mit einer geringen Reserve zu halten.

“The large gold hoarders, the Bank of France and the Federal Reserve Board of the USA, would not play the game according to the rules, but would „manage“ their currency in spite of compensating gold flows, thus rendering impossible the task of a country like Great Britain with a gold reserve of barely £ 150 million.“<sup>1</sup>

Durch diese Entwicklung war die Bank of England, die als einzige kein Gold sterilisierte, auf amerikanische und französische Stützung angewiesen. Bis 1929 konnten die zuständigen Behörden in Großbritannien noch behaupten, dass die Wirtschaft sich nicht in einer schweren Krise befände. Der Überseehandel weitete sich aus und die Kaufkraft stieg in einigen Inlandssektoren. Das erlaubte der Wirtschaft zunächst die Effekte der Überbewertung des Pfundes auszugleichen. Zugleich wurden höhere Beschäftigungszahlen und eine höhere Produktion erreicht, die gemessen an historischen Standards und der Vorkriegsperiode eine eindeutige Verbesserung war. Dennoch die Arbeitslosigkeit konnte kaum eingedämmt werden und lag über den Arbeitslosenzahlen vor dem Krieg. Der Pfund Sterling litt unter dem ständigen Druck des hohen Wechselkurses und die kurzfristige Finanzierungsposition in der City of London verschlechterte sich zusehends. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit Großbritanniens wurde noch zusätzlich durch die fallenden und geringeren Produktionskosten im Ausland geschwächt.

#### **4.9 Die zweite Labour-Regierung**

Am 23. Oktober 1929 begannen die Turbulenzen auf der New Yorker Wallstreet und der Einbruch auf dem Aktienmarkt mündete schließlich 1930 in die Weltwirtschaftskrise. Bereits vorher gab es Anzeichen, dass die internationale Wirtschaft sich nicht gut entwickelte. Das amerikanische Kapital, welches Deutschlands Wiederaufbau finanziert und den anderen Schuldnern eine unsichere Stabilität beschert hatte, wurden nach und nach in den boomenden Aktienmarkt New Yorks umgeleitet.

---

<sup>1</sup> Sidney Pollard: The Development of the British Economy. 1914-1980. (3<sup>rd</sup> edition). London 1983, S. 139.

1929 kam wieder die Labour Party an die Macht, mit Ramsey McDonald als Premierminister und Philip Snowden als Schatzkanzler. Bereits nach dem Börsenkrach setzte man wieder Komitees der Regierung ein, die kurz gesagt, die Frage klären sollten, ob das derzeitige Bankensystem und das Finanzsystem eine Hilfe oder ein Hindernis für Handel und Industrie darstellten. Aber erst ungefähr neun Monate später, im Sommer 1930, wurde an einem neuen Bericht, welcher von Ramsey McDonald, dem Premierminister angefordert wurde, gearbeitet. Keynes, der im MacMillan Committee (auch: Economic Advisory Council) seit 1929 vertreten war, forderte, dass ein Unterkomitee, das nur aus Ökonomen bestehen sollte, gebildet werden sollte:

„The decision to invite a group of economists to diagnose the nation's ills and suggest remedies to the Government was an exciting and unprecedented attempt to make expert economic theory directly serviceable to government policy.“<sup>1</sup>

Daher wurde dieses Komitee von Philip Snowden mit Argwohn betrachtet, da es seine Position hätte schwächen können. Philip Snowden, obwohl ein lang dienendes Mitglied der Labour Party, verfolgte eine Wirtschaftspolitik, die eher einem Liberalen als einem Sozialisten entsprach. Der Bericht der Keynes Gruppe war am 24. Oktober 1930 fertiggestellt und resümierte, dass der Zusammenbruch der Preise die bereits vorhandene Schuldenlast – staatlich und auch nicht staatlich - zusätzlich vergrößern würde. Der Bericht der Ökonomen war ein radikales Dokument mit einem zusammenfassenden soliden Maßnahmenprogramm: Erstens sollte die Arbeitslosenversicherung neu gestaltet werden und zwar zu Ungunsten der Arbeitslosen, aber es würde das Budget entlasten; zweitens sollte eine Investitionspolitik in großem Rahmen für die heimische Wirtschaft betrieben werden und drittens sollte ein Schutzzollpolitik eingeführt werden um die Einkommen und die Protektion der heimischen Wirtschaft voranzutreiben. Sollten diese Maßnahmen nicht weitreichend genug sein, um Beschäftigung zu schaffen, müssten auch noch die Löhne in den „geschützten“ Industrien gekürzt werden. Im Gegensatz dazu lieferte auch Sir John Anderson vom Civil Service einen Bericht ab, der ebenfalls auf die Frage der Arbeitslosigkeit eine Antwort verfasst hatte:

„Everything must wait upon the forces of nature! It is perhaps not unfair to speculate that, far from being thoroughly investigated all possibilities, Anderson had met a number of captains of industry and the City, over luncheon or dinner, at Brooke's or the Athenaeum, who had warned him, that any "radical measures" would undoubtedly so damage confidence as to produce economic collapse.“<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Robert Skidelsky: Politicians and the Slump. The Labour Government of 1929 – 1931. (1. Aufl. 1967) London 1994, S. 206.

<sup>2</sup> Ebenda, S.217.

Philip Snowden war gegen jegliche Maßnahme, die das defizitäre Budget noch vergrößern könnte, womit er der City of London in die Hände spielte. Er war für finanzielle Rechtschaffenheit, damit das Vertrauen in den Pfund Sterling in den Finanzmärkten aufrechterhalten blieb. Bei dieser Aufgabe war die Einstellung der Regierung von größter Wichtigkeit. Jegliche Tendenz, neue Schulden aufzunehmen, um die Wirtschaft anzukurbeln, sei ein gefährliches Unterfangen:

“Any tendency to toy with unsound expedients such as raising a huge loan for development purposes would seriously undermine international confidence. This was especially true, it was held, if the offending Government were a Labour one.”<sup>1</sup>

Die Labour Abgeordneten aber betrachteten ein Eingreifen des Staates in die Wirtschaft als gerechtfertigt. Die Regierung zerbrach an diesen Auseinandersetzungen, da es keine Einigung beim Budget gab. Ramsey MacDonald bildete am 24. August 1931 eine nationale Regierung (National Government) gemeinsam mit den Konservativen und einigen Liberalen.

#### **4.10 Aussetzen des Goldstandards**

In der City of London herrschte 1930 noch keine große Krisenstimmung. Da Amerika als Kreditgeber, insbesondere für Deutschland ausfiel, füllte die City of London diese Lücke. Sie verliehen kurzfristige Anlagen aus dem Ausland langfristig und machten mit der Zinsdifferenz gute Gewinne. Solange genug Geld nach London strömte, stellte das kein Problem dar, aber die kleinste Vertrauenskrise, die zum Abzug dieser Anlagen führen konnte, hätte Bankrott auslösen können, da die langfristigen Anlagen im Ausland gebunden waren. Montagu Norman versuchte die Bankenkrise am Kontinent einzudämmen, musste aber schlußendlich feststellen, dass die Bank of England als „Lender of the Last Resort“ zu finanzschwach war. Der McMillan Report vom 14. Juli 1931 offenbarte die schwache Handelsbilanz Großbritanniens, das Budgetdefizit und die hohe Summe der „short-term funds“ die jederzeit aus den britischen Banken abgezogen werden konnten. Bei einer Befragung durch das McMillan Komitee machte Montagu Norman erstmals eine klare Aussage, dass bei seinem Kampf zur Wiedereinführung des Goldstandards und der Erhaltung des Goldstandards nicht das Schicksal der Industrie und der arbeitenden Bevölkerung für ihn von Interesse gewesen wäre, sondern letztlich nur der Status der City of London am internationalen Finanzmarkt. Keynes und der prominente Labour Politiker Ernest Bevin befragten Norman und erhielten folgende Antworten:

---

<sup>1</sup>Robert Skidelsky: Politicians and the Slump. The Labour Government of 1929 – 1931. (1. Aufl. 1967) London 1994, S. 77.

„The Governor at first denied that the high bank rate he was forced to impose to maintain the gold standard was responsible for creating unemployment; he was then driven to concede that this high bank rate was designed directly to create unemployment. The burden of his evidence to the MacMillan Committee was that he was under such constant pressure to keep up rates to prevent a drain abroad that he could not, even had he wished, consider the effects on industry, but that until 1930, at least, he had not greatly troubled about them.“<sup>1</sup>

Nachdem die Labour Regierung abgesetzt war, war fürs erste der spekulative Druck auf den Pfund Sterling genommen. Die zugesagten Kredite von Frankreich und Amerika mit der Summe von £40 Millionen wurden am 29. August 1931 wirksam. Am 3. September verteilte der Premierminister im Kabinett ein Memorandum einer ihm bekannten, aber anonym bleibenden Person („a well-known outside source“). Darin wurden trotz Finanzkrise einmal mehr der Goldstandard und dessen Bedeutung für das britische Empire hochgehalten:

„Sterling holds a unique position among the world's currencies. It does so partly by virtue of tradition; the Gold Standard was established by British influence and example; its restoration in Europe after the war was due largely to Britain's lead. And present practice reinforces tradition; London is the chief centre of international banking; a large part of the payments which Europe makes to the rest of the world are made through London; the Dominions are integrally linked with London; and other countries entrust their surplus funds to London to use .... All the sacrifices and labours, which were needed in the period 1919-1926 to restore stability to exchanges and to reforge the broken chain of normal peace-time commerce, would have to be gone through again...The Gold Standard is not the arbitrary creation of a few bankers, thinking only of their profits. It is the outcome of the experience of many countries through many generations of experiment. By basing its currency on gold, a country links its money to that of all other gold-using countries, and so contributes to the maintenance of an international monetary system.“<sup>2</sup>

Am 8. September 1931 präsentierte Philip Snowden ein neues Budget mit Einsparungen von £80 Millionen. Da die Vertrauenskrise auf den internationalen Märkten bereits vorhanden war, reichte die Meldung einer Meuterei in der Royal Navy in Invergordon aus, um es erneut zum Abfluss von Devisen kommen zu lassen. Am 19. September 1931 waren die gesamten Kredite bereits wieder ausgeschöpft. Seit dem 13. Juli 1931 hatte die Bank of England £200 Millionen in Gold und Fremdwährungen verloren und die Goldreserven waren auf das Äquivalent der Kreditsummen geschrumpft. Am 18. September 1931 traf sich der Premierminister mit dem Finanzminister und Repräsentanten der Bank of England, welche bekanntgaben, dass sämtliche Reserven erschöpft waren, und dass man vom Goldstandard abgehen solle. Diese Aktion wurde ohne Zustimmung des Kabinetts ausgeführt, aber in einem einberufenen Kabinett am Sonntag, dem 20. September 1931 stimmten die Minister der

<sup>1</sup> Sidney Pollard: The Development of the British Economy. 1914-1980 . 3<sup>rd</sup> edition. London 1983, S.139.

<sup>2</sup> Sterling and the Goldstandard: Memorandum: CP 219(31)S1/98-S8/105. In: The National Archives CAB 24/223. <http://filestore.nationalarchives.gov.uk/pdfs/large/cab-24-223.pdf>.

Aussetzung zu:

„His Majesty's Government have decided after consultation with the Bank of England that it has become necessary to suspend for the time being the operation of Subsection (2) of Section 1 of the Gold Standard Act of 1925 which requires the Bank to sell gold at a fixed price. A Bill for this purpose will be introduced immediately and it is the intention of His Majesty's Government to ask Parliament to pass it through all its stages on Monday, 21<sup>st</sup> September. In the meantime the Bank of England have been authorised to proceed accordingly in anticipation of the action of Parliament.“<sup>1</sup>

Dabei wird auch darauf hingewiesen, dass die Märkte kein Vertrauen mehr in den Pfund Sterling hätten, Großbritannien aber in Kürze die Krise bewältigen würde:

„In the circumstances there was no alternative but to protect the economy of this country by the only means at our disposal. His Majesty's Government are securing at the cost of painful sacrifice a balanced budget and the internal position of the country is sound. This position must be maintained. It is one thing to go off the gold standard with an unbalanced Budget and uncontrolled inflation; it is quite another thing to take this measure, not because of internal financial difficulties, but because of excessive withdrawals of borrowed capital. The ultimate resources of this country are enormous, and there is no doubt that the present exchange difficulties will prove only temporary.“<sup>2</sup>

Am 21. September 1931 wurde der Gold Standard ausgesetzt, aber länger als einen Monat nach der Absetzung des Goldstandards, wollten die entscheidenden Institutionen, die Bank of England, die City of London und das Finanzministerium nicht akzeptieren, dass die Absetzung des Goldstandard endgültig bleiben würde.<sup>3</sup> Im Dezember 1931 gaben auch die hartnäckigen Befürworter aufgrund der wirtschaftlichen Instabilität die Hoffnung auf, zum Goldstandard zurückzukehren. Die Absetzung des Goldstandards verursachte keine Panik in London. In den folgenden acht Monaten verließen 18 Staaten den Goldstandard. Vierzig Staaten führten Schutzzölle ein oder Einfuhrkontrollen; zehn Staaten verhängten ein Zahlungsmoratorium.<sup>4</sup> Der Pfund war ab diesem Zeitpunkt eine „floating“ [frei schwebende] Währung und damit den Gesetzen von Angebot und Nachfrage ausgesetzt. „Der Wert des £ Sterling sank innerhalb weniger Tage um 25%, bis Dezember 1931 war er um 31% gesunken. Umgekehrt bedeutete dies eine Aufwertung der Goldwährungen gegenüber dem Pfund um 40%.“<sup>5</sup> Damit verbesserte sich vorübergehend die Konkurrenzfähigkeit der britischen Industrie, da sich die

<sup>1</sup> Appendix 1: Press Notice: Agenda: 1: The Financial Situation. Conclusions of a Meeting of the Cabinet held on Sunday, September 20th 1931 at 4:30 PM. CP 60 (31) S.1/227. In: The National Archives CAB 23/68. <http://filestore.nationalarchives.gov.uk/pdfs/large/cab-23-68.pdf>.

<sup>2</sup> Appendix 1: Press Notice: Agenda: 1: The Financial Situation. Conclusions of a Meeting of the Cabinet held on Sunday, September 20th 1931 at 4:30 PM. CP 60 (31) S.13/229. In: The National Archives CAB 23/68. <http://filestore.nationalarchives.gov.uk/pdfs/large/cab-23-68.pdf>.

<sup>3</sup> Robert Boyce: The Great Interwar Crisis and Collapse of Globalization. London 2009, S. 325.

<sup>4</sup> Skidelsky: Politicians and the slump, S. 384.

<sup>5</sup> Klaus Linow: Die Farce von Ottawa. Indisch-britische Verhandlungen an der Empirewirtschaftskonferenz von Ottawa im Jahre 1932. In: Europäische Hochschulschriften. Reihe III. Geschichte und ihre Hilfswissenschaften. Bd 483. Bern 1991, S. 33.



Preise der britischen Exportartikel durch die Abwertung schneller verringerten als die Exportartikel jener Länder, die noch dem Goldstandardsystem angehörten. Gleichzeitig verteuerten die Abwertung und Zölle die Einfuhren nach England. „Großbritannien führte zur Durchsetzung seiner handelspolitischen Interessen Zölle ein. Bei der Empirekonferenz von London im Jahr 1930 hatte sich Philip Snowden als orthodoxer Befürworter des freien Handels gegen handelsbeeinflussende Maßnahmen gestraubt.“<sup>1</sup>

## 5 Der Gold Exchange Standard in Indien

### 5.1 Die Funktion des Gold Exchange Standard

Im 19. Jahrhundert bestand die Geldmenge Indiens aus: Kupfer und Silbermünzen, welche in den Münzanstalten der Regierung frei geprägt werden konnten, einer limitierten Menge aus Goldmünzen, Papiergeld, welches durch Edelmetallreserven gedeckt war, aus Bankeinlagen nach europäischem Muster, aus Wechselgeschäften zwischen Indern, und aus den Krediten, die von Geldverleihern und indischen Bankiers vergeben worden waren. Von all diesen Geldformen war die Silberrupie die wichtigste, und da Indien selbst kein Silber produzierte, musste die Silbermenge für die Rupien durch Auslandshandel erhalten und beschafft werden. Unter diesen Bedingungen war Indiens Währungssystem gegen jede internationale Währungsbewegung offen. In den 1870er Jahren brach der Wert des Silbers auf dem Weltmarkt durch die Steigerung der amerikanischen Silberproduktion um ca. 40% ein. Die jährlichen Tributzahlungen an London mussten mit £ Sterling beglichen werden, welcher an den Goldstandard gebunden war. Die indische Rupie war an den Wert des Silbers gebunden und durch die vorangegangene Abwertung des Silbers verschlechterte sich der Wechselkurs für die indische Rupie zum £ Sterling. Dementsprechend drastisch erhöhten sich die jährlichen Tributzahlungen an London. Der Wert des Silbers und damit auch der Rupie wäre noch mehr verfallen, wenn Indien nicht einen großen Teil der Silberproduktion und dazu noch die Demonetisierung des Silbers in Europa absorbiert hätte. Indische Industriebetriebe und Exporteure profitierten vom gefallenem Wechselkurs der Rupie gegen den £ Sterling, jedoch für die Industriebetriebe in Lancashire, für die englischen Weizenbauern und auch für die englischen Beamten in Indien war die Abwertung mehr als schmerzhaft. Die externen Geldverbindlichkeiten der indischen Regierung konnten durch den Verfall der Rupie nur schwer bedient werden. Auch der private Handel war in einem permanent unsicheren Status.

---

<sup>1</sup> Klaus Linow: Die Farce von Ottawa. Indisch-britische Verhandlungen an der Empirewirtschaftskonferenz von Ottawa im Jahre 1932. In: Europäische Hochschulschriften. Reihe III. Geschichte und ihre Hilfswissenschaften. Bd 483. Bern 1991, S. 36.

London als ein Zentrum des Silberhandels war zunächst nicht daran interessiert, die Inflation der Rupie aufzuhalten.<sup>1</sup> Erst als es der britisch-indischen Regierung nicht mehr möglich war, aus ihren Steuereinnahmen in Silber die „Home Charges“ in Gold zu entrichten, beschloss London einen Golddevisenstandard (Gold Exchange Standard) einzuführen.<sup>2</sup> Der Wert der Rupie wurde mit 1s 4d<sup>3</sup> zum £ Sterling 1893 festgesetzt.<sup>4</sup> Der freie Zugang zu den indischen Münzanstalten wurde geschlossen und Indien erlitt einen Deflationsschock. Die offizielle Erklärung der indischen Regierung zur Schließung der Münzanstalten war, dass eine Verminderung der Währungsreserven eine Verbesserung der Wechselkurse bringen würde. 1898 wurde endlich die festgesetzte Rate von 1s 4d erreicht. Ein reiner Goldstandard mit zirkulierender Goldwährung wäre nicht möglich gewesen, da in Indien nicht genug Gold zur Verfügung stand und an Papiergeld waren die Inder noch nicht gewöhnt. Zur Deckung der Silber Rupie wurde eine Goldreserve in London angelegt, die dazu dienen sollte, die indische Währung gegen Zahlungsbilanzprobleme abzusichern. Diese Probleme traten jedoch nie ein, weil Indien immer einen Handelsbilanzüberschuss erwirtschaften musste, um die „Home Charges“ an London zu liefern. Diese Maßnahmen waren ein weiterer Schritt der britischen Regierung die Geldpolitik in London zu zentralisieren. Der willkürlich festgelegte Kurs Rupie/Pfund Sterling war nirgends festgeschrieben und er stand völlig im Ermessen des Indienministers (Secretary of State for India).<sup>5</sup>

Leichte Währungsschwankungen wurden mit den „Council Drafts“ ausgeglichen. „Council drafts“ waren auf die Staatskasse in Indien ausgestellte Wechsel, die von Kaufleuten erworben wurden, um ihre Rechnungen in Indien zu bezahlen. „Reverse Council drafts“ waren Wechsel, die in London einzulösen waren. Sobald sich eine Wechselkursschwäche zeigte, zog der Indienminister eine leichte Deflationsbremse an, indem er den Verkauf von „Council Drafts“ suspendierte. Britische Kaufleute, die sich gerne mit diesen kostengünstigen Wechsel refinanzierten, mussten dann in Ermangelung dieses Zahlungsmittels entweder Edelmetalle nach Indien senden oder sich anderswo mit Rupien versorgen. Durch die herbeigeführte Steigerung der Nachfrage stieg der Kurs der Rupie wieder an. Falls durch

---

<sup>1</sup> G. Balachadran: Introduction. S 1-46. In: Gopalan Balachadran (Hg): India and the World Economy. 1850-1950, New Dehli 2003. S. 19f.

<sup>2</sup> Hermann Kulke, Dietmar Rothermund: Geschichte Indiens: Von der Induskultur bis heute. 2.Aufl. München 1998, S. 338.

<sup>3</sup> Am 15. Februar 1971 wurde das seit dem 9. Jh. bestehende, auf dem karolingischen Münzsystem beruhende englische Münzsystem durch das international übliche Dezimalsystem ersetzt. Ein Pfund Sterling unterteilt sich seitdem in 100 Pence (Abkürzung *p*). Zuvor wurde ein Pfund Sterling in 20 Schilling (Abkürzung: *s*) und jeder Schilling in 12 Pence (Abkürzung: *d*) unterteilt, sodass ein Pfund 240 Pence entsprach.

<sup>4</sup> K.N. Chaudhuri: India's International Economy in the nineteenth Century: A historical survey S46- 69. In: Gopalan Balachadran (Hg): India and the World Economy. 1850-1950, New Dehli 2003, S. 66.

<sup>5</sup> Dietmar Rothermund: Die Welt in der Wirtschaftskrise, 1929-1939. Münster, Hamburg 1993, S.72.

diese Methode kein Kursanstieg erreicht wurde, kaufte der Indienminister „Reverse Council Drafts“ und nahm damit Stützungskäufe vor, um den Kurs der Rupie auf der angestrebten Höhe zu halten. Durch die Etablierung des Gold Exchange Standard wurden die Käufe der „Council Bills“ zu einer exklusiven Gruppe von in London ansässigen „Exchange Banks“ verlagert. Diese Maßnahmen signalisierten einen weiteren Schritt zur Zentralisierung, denn nun wurden die Mittel der Geldmengenexpansion, deren Verfügbarkeit aufgrund der „Council drafts“ eingeschränkt waren, wiederum an die monetären Konditionen Londons gebunden.<sup>1</sup> Die Wirkung dieser beiden Methoden zur Stabilisierung der Währung waren durch die knappe Manövriermasse beschränkt, aber sie reichte aus, um eine aktive Währungspolitik zu betreiben. Bis Ende 1916 war es dem Secretary of State for India möglich gewesen, die Rupie auf dem Wechselkurs von 1s 4d stabil zu halten. Die Rupie war nun gegen das £ Sterling konvertierbar, aber nicht gegen Gold, und der Wechselkurs betrug 16 Pence für eine Rupie und 15 Rupien für einen Pfund Sterling.

Da die „Home Charges“ nur ohne Probleme transferiert werden konnten, wenn Indien einen Exportüberschuss erzielte, waren beide Seiten, die britisch-indische Regierung und der Secretary of State for India daran interessiert, dass die Währungspolitik diesem Zweck diene. Die City of London als Gläubiger war an einem stabilen, nicht fallenden Kurs interessiert, damit der Schuldendienst ohne Zahlungsverzögerungen geleistet wurde. In der Vergangenheit, als die Silberrupie und der £ Sterling noch getrennt waren, war es nur wichtig, dass Indien seine Verbindlichkeiten in Gold zahlen konnte. Mit dem neuen Gold Exchange Standard waren Pfund und Rupie miteinander verbunden. Die Briten waren insgesamt an einem hohen Wechselkurs interessiert, solange die „Home Charges“ bezahlt werden konnten. Auf der indischen Seite war man an einem niedrigen Wechselkurs interessiert, da jede Kurssteigerung eine Verminderung des „Export-Bonus“ bedeutete.

Der Golddevisenstandard wirkte sich zunächst positiv auf den indischen Kapitalmarkt aus. Da der Gegensatz von Gold- und Silbermetallismus nun aufgehoben war, erschienen langfristige indische Anlagen attraktiver und sicherer für Investoren als bisher. Es folgte eine Reduktion der Importe durch den 1. Weltkrieg, die neue Möglichkeiten für den Binnenhandel und die Manufakturen eröffnete. Auch die Agrarpreise stiegen an. Fazit war, dass Indien in den ersten

---

<sup>1</sup> G. Balachadran: Introduction. S.1-46. In: Gopalan Balachadran (Hg): India and the World Economy. 1850-1950, New Delhi 2003, S. 13.

zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts ein Wirtschaftswachstum hatte, welches im 19. Jahrhundert in dieser Ausprägung niemals erreicht worden war.<sup>1</sup>

## 5.2 Indiens Wiedereinführung des Gold Exchange Standard

Der 1. Weltkrieg beendete auch den indischen „Gold Exchange Standard“ für einige Jahre. Der Wechselkurs war an den Sterling Preis von Silber gebunden, während die im Land zirkulierende Geldmenge vom Finanzierungsbedarf der Regierung abhängig war. Der Finanzierungsbedarf wuchs ab 1914 rapide an, um für die massiven Militärkosten durch den Kriegsbedarf aufzukommen. Indien stellte zwischen 1914 und 1918 über 1,3 Millionen Mann für den Kriegsdienst zur Verfügung. Diese Ausgaben waren eine schwere finanzielle Last für den indischen Steuerzahler und waren auch dafür verantwortlich, dass das Budget ein Defizit aufwies. Bis 1916 konnte der Kurs der Rupie auf einem Wechselkurs von 1s 4d stabil gehalten werden, mit der bewährten Methode der „Council Drafts“ oder der „Reverse Council Drafts“.

Gegen Ende des 1. Weltkriegs war der Golddevisenstandard das erste Mal in einer schweren Krise. Das Silber stieg nach der starken Abwertung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts plötzlich wieder in seinem Wert, und auch die Wirtschaft der Kronkolonie erlebte einen Wachstumssprung durch den Sieg im Krieg (1918). Ungeheure Mengen an Silber wurden abermals nach Indien importiert, um dem wachsenden Bedarf der Geldzirkulation in Indien nachkommen zu können. Diese Importe trieben den Wert der Silberrupie weiter in die Höhe und bald drohte die Gefahr, dass der Metallwert der Rupie den Nennwert überstieg. Falls es dazu gekommen wäre, wären alle im Umlauf befindlichen Münzen gesammelt und eingeschmolzen worden um als Metall am Markt verkauft zu werden. 1917 wurde ein freigegebener Wechselkurs eingeführt und der Indienminister musste den Wert der Rupie in mehreren Schritten steigen lassen. Im April 1918 wurde ein Wechselkurs von 1s 6d erreicht. Auf diesem Niveau kam es zu Kursschwankungen, die 1918 - 19 durch Stützungskäufe („Reverse Council Drafts“) in der Höhe von £5 Millionen ausgeglichen wurden. 1920 - 21 wurden weitere Stützungskäufe in der Höhe von £55 Millionen getätigt. Trotz dieser Maßnahmen fiel der Wert der Rupie bis zum Beginn des Jahres 1921 schließlich auf einen Wert von nur 1s. Dieser entsprach wiederum einem Silberwert von 1s 3d. Die vergeblichen Stützungskäufe wurden dem Indienminister nicht nur als währungspolitische Dummheit,

---

<sup>1</sup> Hermann Kulke, Dietmar Rothermund: Geschichte Indiens: Von der Induskultur bis heute. 2. Aufl. München 1998, S. 341.

sondern als Stützung der britischen Exporteure ausgelegt. Damit war ein Importbonus für britische Waren in Indien gegeben. Der indische Konsument wurde durch diesen Bonus begünstigt, aber die indische Industrie, die für den Inlandsmarkt produzierte, geriet unter scharfen Konkurrenzdruck. Indien importierte in den Jahren 1920 und 1921 Güter im Werte von fast 4 Milliarden Rupien aus Großbritannien und exportierte Waren im Wert von rund 1 Milliarde, was auf den hohen Wechselkurs zurückzuführen ist, der den britischen Exporteuren entgegenkam.<sup>1</sup>

1920 hatte es eine Verfassungsreform gegeben, in welcher der britisch-indischen Regierung ausdrücklich Finanzautonomie (Fiscal autonomy) zugesprochen wurde. Die Finanzautonomie wurde von London der britisch-indischen Regierung jedoch nicht zugestanden, wenn man als Beispiel nur die willkürlichen Kursmanipulationen 1921 - 22 bedenkt, denn eine eigenständige Finanzpolitik war nicht im Sinne Londons.

Nachdem die Stützungskäufe versagt hatten, wurde nun auf das Mittel der Deflation zurückgegriffen, um langfristig eine Geldverknappung zu erreichen. Damit sollte der Wechselkurs wieder erhöht werden. Ab 1922 wurden keine neuen Silbermünzen mehr geprägt und alle abgegriffenen Silbermünzen wurden aus dem Zahlungsverkehr abgezogen, aber nicht durch Banknoten ersetzt. Von 1919 bis 1929 wurden ungefähr eine Milliarde Münzen aus dem Verkehr gezogen und das dadurch gewonnene Silber diente der Regierung zur Finanzierung der Staatsfinanzen. Einschneidende Steuererhöhungen und hohe Einsparungen korrigierten das Budgetdefizit in den Jahren 1918 - 19 und in den Jahren 1922 - 23 und damit erreichte Indien wieder seine Kreditwürdigkeit auf dem internationalen Markt. Die Deflationspolitik brachte den gewünschten Erfolg, und schon 1923 stieg der Wechselkurs auf 1s 4d an und bis Ende 1924 weiter auf 1s 6d.<sup>2</sup>

### **5.3 Überbewertung der Rupie als Zwangsmaßnahme Londons**

Während die Budgetsanierung sich als relativ einfache Aufgabe entwickelte, erwies sich die Wiederverbindung zwischen dem £ Sterling und der Rupie als eine schwierige finanzielle Transaktion, da auch das Pfund durch das Aussetzen des Goldstandards gegenüber anderen Währungen flexibel war. Bereits 1919 wollte man eine Wiederanbindung an den Pfund Sterling mit der Absicht, die Goldreserven in London wieder aufzustocken. Durch die Nachkriegsflaute 1920 - 21 wurde diese Aktion verschoben. Bereits zu diesem Zeitpunkt wurde ein hoher Wechselkurs vorgeschlagen. Durch die Fluktuationen im Wechselkurs in den

---

<sup>1</sup> Dietmar Rothermund: Indiens wirtschaftliche Entwicklung von der Kolonialherrschaft bis zur Gegenwart. Paderborn, München, Wien, Zürich 1985, S.95.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 95f.

Jahren unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg war keine Sicherheit in Bezug auf kommerzielle und administrative Finanztransaktionen gegeben, und involvierten damit die indische Regierung in ein fortwährendes Problem des Währungs- und Geldmanagements. Die Hilton Young Commission, die 1926 neu eingesetzte Währungskommission, empfahl den Ende 1924 erreichten Kurs von 1s 6d, da man diesen in Bezug auf die Entwicklung der indischen Löhne und Preise als vertretbar hielt. Somit war dieser Kurs bereits fixiert, als Großbritannien zum Goldstandard zurückkehrte. 1927 wurde der Kurs der Rupie durch Gesetzgebung festgeschrieben. Ab jetzt war es verpflichtend, den Kurs von 1s 6d zu halten. Laut Rothermund „betrug die Werterhöhung der Rupie durch die Manipulation von 1s 4d auf 1s 6d 12,5 Prozent.“<sup>1</sup> Es gab jedoch Protest von einem indischen Mitglied dieser Kommission. Sir Purushottamdas Thakurdas, der später mit Gandhi zusammenarbeiten sollte, und die Interessen der indischen Industrie vertrat, wies darauf hin, dass bereits 1923 der geeignete Zeitpunkt gewesen wäre, die Rupie zur Vorkriegsparität von 1s 4d festzuschreiben und zu stabilisieren. In seinem Memorandum machte er vor allem auf Bauern aufmerksam, deren Schulden nun durch die „Überbewertung“ um ungefähr 12,5 Prozente erhöht worden wären. Sollten die Preise für Agrarprodukte sinken, so würden viele Bauern um ihre Existenz kämpfen müssen. P. Thakurdas stellte nicht die finanziellen Interessen der Industriellen in den Vordergrund, aber viele indische Industrielle und Geschäftsleute und mit ihnen der Nationalkongress forderten den Vorkriegskurs von 1s 4d zurück.

Der unpopuläre Wechselkurs von 1s 6d wurde zum dauerhaften Streitpunkt zwischen Briten und Indern, weil viele Wirtschaftsfaktoren davon abhängig waren. Die Kritiker wiesen darauf hin, dass die Rupie als einzige Währung der Welt zu 12,5 Prozent über der Vorkriegsparität zum Goldstandard zurückkehrte. Im Vergleich dazu kehrte Großbritannien mit der Vorkriegsparität, die sich letztlich ebenfalls als zu hoch erwies, zum Goldstandard zurück. Andere Länder, wie z.B. Frankreich, kehrten aber dann unter dem Wert der Vorkriegsparität zum Goldstandard zurück. Indiens Schulden waren auf diese Weise aufgewertet worden und der hohe Wechselkurs begünstigte die Importe, verteuerte die Exporte und minderte damit die indische Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt. Der hohe Wechselkurs half aber, die jährlichen „Home Charges“ zu begleichen, da weniger Rupien benötigt wurden, um die Tributzahlungen in £ Sterling zu begleichen, woran London am meisten interessiert war.<sup>2</sup>

Durch den hohen Kurs der Rupie absorbierte Indien weiterhin kontinuierlich mehrheitlich Silber als Gold. Den Briten war es wichtig, keine inflationären Tendenzen wie in der

---

<sup>1</sup> Dietmar Rothermund: India in the great Depression. 1929-1939. Delhi 1992, S. 34.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 34.

Weimarer Republik aufkommen zu lassen, sodass die liberale Wirtschaftsorthodoxie in Indien weiter hochgehalten wurde:

„Sound Money, a stable policy and moral order were an indivisible trinity. Britain had no intention of reproducing the experience of Weimar Germany either at home or in India.“<sup>1</sup>

1926 begann der Silberpreis wieder zu fallen. Da nun nicht mehr garantiert war, dass Indien mehr Silber absorbierte als Gold, griff London wieder auf den Vorkriegsmechanismus zurück, um die Goldexporte Indiens nach London zu managen. Die hohe Wechselkursrate zum Pfund Sterling wurde nun für einen anderen Zweck eingesetzt. Der Goldimport wurde für Indien weniger wünschenswert beim Ausgleichen von internationalen Zahlungsverpflichtungen; daher wurde mehr Gold in London deponiert, welches auch für die Bank of England als Einlage zur Verfügung stand. Die Kursmanipulationen gegenüber Indien zeigen die Intention Großbritanniens auf, das alte Vorkriegssystem mit dem Goldstandard und der Vormachtstellung des Pfund Sterling, wieder einzuführen.

## **6 Depression**

### **6.1 Die Währungskrise**

Britisch-Indien war in Bezug auf seine Währungs- und Wirtschaftspolitik komplett von London abhängig und hier war es nicht nur der Indienminister, der die politischen Entscheidungen für Indien traf. Wenn es um Währungs- und Geldmarktpolitik ging, war bei den wichtigsten Entscheidungen das Finanzministerium und die Bank of England mitbeteiligt. Der Indienminister war demzufolge ein Vollstrecker der Gläubigerinteressen, ob er ein Mitglied der Labour Party war wie Wedgewood Benn, der dieses Amt bis 1931 innehatte oder wie Samuel Hoare, der in der neuen Koalitionsregierung (National Government) den Posten übernahm. Aufgrund der deflationären Maßnahmen wurde die Geldmenge der Rupie von 1922 bis 1938 um 40 % reduziert.

In den Jahren 1924- 1928 erholte sich die Wirtschaft Indiens zwar vorübergehend, aber der Druck auf Indiens Wirtschaft erhöhte sich zusehends durch die ersten Folgen der weltweiten Depression. Die Briten waren bereit, die indische Industrie durch Schutzzollpolitik zu unterstützen. Gründe dafür waren der aufkommende Nationalismus, und die Kolonialmacht durch diese Politik die indischen Industriellen auf ihre Seite zu ziehen. Die Industrie Großbritanniens war auch nicht mehr der Haupthandelskonkurrent der indischen Wirtschaft,

---

<sup>1</sup> P.C. Cain and A.G. Hopkins: British Imperialism. Crisis and Deconstruction 1914-1990. London 1993, S. 187.

sondern die Deutschen und Japaner exportierten zunehmend Waren nach Indien. Grundsätzlich war die allgemeine Reduktion des Welthandels positiv für die indische Industrie, die auch einen Großteil ihrer Ware für den Binnenmarkt produzierte. Die Situation konnte mit dem 1. Weltkrieg verglichen werden, in der die Reduktion der Importe ähnlich positive Effekte ausgelöst hatte. Dennoch, durch das Sinken der Agrarpreise wurde die Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung eingeschränkt.

Der Rückgang im Handel verminderte den Handelsbilanzüberschuss, währenddessen gleichzeitig Unsicherheit über den zukünftigen Wechselkurs der Rupie Investoren als auch Import-Export Firmen und die „Exchange Banks“ davor abschreckte, größere Kapitalmengen in Rupien zu halten. Als Konsequenz daraus wurden als Anreiz die Zinsen erhöht, damit die Investoren wieder an die Kreditwürdigkeit Indiens glaubten. Damit sollte eine Kapitalflucht verhindert werden und gleichzeitig auch neue Kapitalgeber angelockt werden.

Als zweite Möglichkeit wurde auch eine Abwertung der Rupie in Betracht gezogen, um die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt zu erhöhen. Es gab jedoch keine Unterstützung aus London, weder von der britischen Regierung noch von der Bank of England. Man war bereits ab 1930 darüber informiert, dass Indien bald in Zahlungsschwierigkeiten kommen würde. Die Prioritäten Londons waren aber andere als jene von New Delhi. Die Währungskrise Indiens wurde von London dahingehend mit Sorge aufgenommen, dass die britisch-indische Regierung eventuell nicht fähig sein würde, die „Home Charges“ und die in London aufgenommenen Kredite zu begleichen. „1930 betrugen die Kredite in Sterling, die Indien aufgenommen hatte, £300 Millionen und die zu begleichenden „Home Charges“ wurden mit ungefähr £30 Millionen beziffert.“<sup>1</sup>

Die Kapazität, Steuern einzuhoben, war ebenfalls sehr beschränkt. Anfangs waren die britisch-indischen Finanzen zentralisiert und die Provinzen bekamen ihren Anteil an den Einnahmen des Staates als Zuteilung von der Zentralregierung. Mit der Dezentralisierung nach 1919 änderte sich diese Struktur. Zu Beginn der Depressionsphase nach 1929 war die Regierung hauptsächlich auf die Einfuhr- und Ausfuhrzölle, die Einkommenssteuer, das Salzmonopol und einige vernachlässigbare Einnahmequellen angewiesen, währenddessen die Provinzregierungen von den Landesfinanzen, der Verbrauchssteuer und einer Stempelabgabe lebten. Solange die Preise stiegen, war die Zentralregierung in New Delhi im Vorteil, weil sie sich die finanzkräftigeren Einnahmequellen gesichert hatte. Es wurde aber zum Nachteil als ab 1930 die Preise zu fallen begannen. Die Ausgaben bestanden zu 25% für die

---

<sup>1</sup> Dietmar Rothermund: India in the great Depression. 1929-1939. Delhi 1992, S. 60.



Zivilverwaltung, 30% für die Armee, 25% für die „Home Charges“ und 10% für öffentliche Arbeiten und medizinische Dienste und die restlichen 10% für nicht näher bestimmte Ausgaben. Die öffentliche Schuld erreichte 1931 ihren Höhepunkt. Die Gesamtsumme der Verschuldung erreichte eine Summe von 10,347 Millionen Rupien, was dem Äquivalent des achtfachen Budgets der britisch-indischen Regierung entsprach.<sup>1</sup> Das Problem der fehlenden Einnahmen zwang die Regierung Geld in London aufzunehmen. Die britisch-indische Regierung war auf dem Londoner Devisenmarkt und Geldmarkt ein guter Kunde.

Falls diese Maßnahmen für Indien nicht reichen würden, um alle oben genannten Verbindlichkeiten zu begleichen, waren noch andere Optionen offen. Von den offiziellen Gold- und Silberreserven konnten Teile in London verkauft werden. Silber wäre politisch akzeptabel gewesen, aber die Nachfrage auf dem Weltmarkt und in London war zu gering. Teil der indischen Währungsreserven war in London bei der Bank of England deponiert. Einnahmen aus den Währungsreserven waren ein sicherer und vielfach genutzter Weg, Geld von Indien nach London zu transferieren, aber es kam sowohl finanziell als auch politisch teuer.

Man konnte in Indien Banknoten aus dem Geldverkehr ziehen und den daraus entstehenden Mehrwert bei den Währungsreserven in London gutschreiben lassen, die dann im Gegenzug als Einnahmen verbucht werden konnten. Keine dieser Alternativen wurde von der britischen Regierung gutgeheißen. Der Indienminister konnte auch Kredite auf dem Londoner Geldmarkt aufnehmen. Die Inanspruchnahme des Londoner Geldmarktes wurde jedoch als präjudizierendes Moment angesehen, dass die Kreditwürdigkeit ernsthaft gefährdete.

Es gab bereits in den frühen 1920er Jahren in Indien kommerzielle und politische Kreise, die vom Golddevisenstandard zum reinen Goldstandard wechseln wollten, was nicht im Interesse Londons war. Da die riesige Volkswirtschaft Indiens für den reinen Goldstandard große Mengen an Gold absorbiert hätte, wurde zum Thema Gold Stillschweigen bewahrt. Die Goldmenge, die Indien für den Goldstandard gebraucht hätte, wäre am Anfang bei £100 Millionen gelegen, um ein System mit adäquaten Reserven zu schaffen. London merkte an, dass dies schwere Schäden in der Weltwirtschaft anrichten könnte. Aufgrund der großen Goldmenge, die Indien als Reserve für den Goldstandard gebraucht hätte, wäre es auf dem Weltmarkt zu einer Verknappung des Goldes gekommen und hätte dessen Wert gesteigert. Das hätte es Großbritannien aufgrund der Kosten erschwert, zum Goldstandard zurückzukehren, was vermutlich der Grund für die Ablehnung war.

---

<sup>1</sup> Dietmar Rothermund: India in the great Depression. 1929-1939. Delhi 1992, S. 60f.

Die Führer des „National Congress“ trafen im Dezember 1929 die Entscheidung, eine große Kampagne gegen die britische Herrschaft zu starten, welche sich auf die Abwertung der Rupie, der Nichtanerkennung der Sterlingschulden und die Benachteiligung durch britische kommerzielle und finanzielle Interessen als Themen der Agitation konzentrieren sollte. Damit versuchte der Kongress auch, die Industriellen und Politiker Indiens anzusprechen, da aufgrund der Kursmanipulationen in den früher 1920er Jahren viele davon überzeugt waren, dass die Rupie von den Briten überbewertet worden war.

Der Indienminister Wedgewood Benn wies in einem Memorandum an seine Kabinettskollegen am 13. Januar 1930 auf ein briefliche Anfrage an das India Office eines Mr. H.W. Holloway hin, der in indische Anleihen investiert hatte. Dieser wollte wissen, ob die britische Regierung für etwaige Ausfälle oder Ausfälle aufgrund einer Selbstregierung Indiens haften würde:

„Recent events and pronouncements in India have had a disastrous effect on investments in India stocks with consequent very considerable losses to investors in those stocks, ... and it is humiliating and derogatory to the country's credit generally. In as much as you are a member of the English Cabinet and that the above-mentioned stock was guaranteed by either yourself or your predecessor in the Office of Secretary of State for India I ask you for a definite pronouncement as to its safety.“<sup>1</sup>

Als Antwort schrieb ein Beamter des India Office im Namen von Wedgewood Benn, dass es in Indien keine Regierung gäbe, die die Nichtanerkennung von Zahlungsverpflichtungen in ihrem Regierungsprogramm hätte, und dass der Kredit von Mr. Holloway abgesichert sei aufgrund und durch die Staatseinkünfte Indiens:

„But though the securities to which you refer are charged on the revenues of India alone they have been issued by the Secretary of State under the authority of Acts of Parliament ... In the meantime His Majesty's present Government have no intention of allowing a state of things to arise in India in which repudiation of debt could become a practical possibility.“<sup>2</sup>

In den Jahren vor der Krise war der Einfluss von langfristigem Kapital ein wichtiger Faktor für die internationale Zahlungsfähigkeit Indiens und die Einnahmen für den Staatshaushalt gewesen. Noch wichtiger waren die kurzfristigen Geldmittel, die während der Handelssaison nach Indien flossen. Diese kurzfristigen Geldmittel hatten sich in den späten 1920er Jahren erhöht, weil Investoren von 1927 bis 1930 vermehrt in indische Regierungsanleihen

---

<sup>1</sup> Copy of letter from Mr. H.W. Holloway, dated 13th January 1930, to the Secretary of State for India, S.140. CAB 22 (30). In: The National Archives. CAB 24 /209. <http://filestore.nationalarchives.gov.uk/pdfs/large/cab-24-209.pdf>.

<sup>2</sup> Draft Reply to Mr. Holloway. S.141. CAB 22 (30). In: The National Archives. CAB 24 /209. <http://filestore.nationalarchives.gov.uk/pdfs/large/cab-24-209.pdf>.

investierten. Der finanzielle Hintergrund für diese Transaktionen war, dass sie sich durch die Zinserhöhung mehr Profit versprochen. Aber aufgrund der sich zuspitzenden politischen Situation begannen die Investoren von Indien ab 1930 ihr Kapital abzuziehen und die Geldmittelbeschaffung für das indische Budget und die zu leistenden „Home Charges“ wurden zur laufenden Schuld. Die britisch-indische Regierung konnten aufgrund der sinkenden Steuereinnahmen zwischen April 1929 und März 1930 nur £15 Millionen lukrieren und im darauffolgenden Jahr mussten die Sterlingreserven angegriffen werden.<sup>1</sup>

Der Finanzminister der britisch-indischen Regierung war zu dieser Zeit Sir George Schuster, der bereit war, auch indische Interessen zu vertreten. Deshalb war er bei den Beamten im India Office nicht sonderlich beliebt. In entscheidenden Fragen konnte er letztlich nichts ausrichten. Mit Widerwillen betrieb Sir George Schuster in Delhi die von London angeordnete Deflationspolitik mit dem bereits bekannten Mittel der Geldmittelkürzung. Als zweiten Schritt nahm die Regierung auf dem indischen Kapitalmarkt Kredite auf. Von dieser Art der Kapitalbeschaffung wurde zunehmend Gebrauch gemacht. Die Regierung verkaufte auch sogenannte „Treasury Bills“, kurzfristige Staatsanleihen, die im Laufe des Jahres wieder eingelöst wurden und gute Rendite für die Investoren einbrachten. Die „Treasury Bills“ waren ein gutes Geldinstrument zur kurzfristigen Finanzierung, waren aber eine kostspielige Geldbeschaffung, da durch die zu zahlenden Zinsen die Verschuldung noch vergrößert wurde. Man vertrat aber die Meinung, dass diese Vorgangsweise Spekulation verhindern würde. Durch eine Senkung der indischen Preise sollte der Export angekurbelt werden. Unglücklicherweise passte die Realität von 1930-1932 nicht zur Behandlung der gestellten Diagnose.<sup>2</sup> Die Beamten der britisch-indischen Regierung setzten mit ihren Mitteln die Geldkontraktion bis Mai 1931 weiter fort, obwohl Zweifel an dieser Politik vorhanden waren. Erst ab diesem Zeitpunkt wurde ihnen klar, dass man mit ineffektiven, finanztechnischen Mitteln gearbeitet hatte. Die britisch-indischen Behörden waren nun davon überzeugt, dass zuerst die zwei Grundprobleme behandelt werden müssten, welche die Währungskrise verursacht hatten, um dieser auch entgegenwirken zu können. Das war einerseits der Vertrauensverlust in die indische Wirtschaft aufgrund der politischen Unsicherheit, und andererseits der Verfall der Preise in der Agrarwirtschaft. Da die neuen Verfassungsreformen für Indien in London geplant und verhandelt wurden, sollte die britische Regierung auch die wirtschaftliche Situation retten.

---

<sup>1</sup> B. R. Tomlinson: Britain and the Indian Currency Crisis, 1930-2. S245-265 In: Gopalan Balachadran (Hg): India and the World Economy. 1850-1950, New Dehli 2003, S.250.

<sup>2</sup> Ebenda

Die britisch-indische Regierung schlug daher einen £50 Millionen Kreditrahmen für Indien vor, um die budgetären Probleme zu erleichtern. Dabei sollte folgende Formulierung verwendet werden, um zu zeigen, dass Großbritannien Indien weiterhin unterstützen würde. Man (britische Regierung) wäre darauf vorbereitet, Indien finanziell zu unterstützen, solange die Verfassungsreformen verhandelt und initiiert werden würden.<sup>1</sup> Das India Office in Absprache mit dem Finanzministerium publizierte daraufhin einen offenen Brief, der klarmachte, dass Großbritannien für Indien in keiner Weise garantieren würde. Die Regierung in London zeigte keine Intention, eine Sachlage zuzulassen, in welcher die Nichtanerkennung von Schulden Indiens gelebte Praxis werden könnte. Kurz darauf stellte die britisch-indische Regierung die Forderung den gewünschten Dispositionscredit auf £100 Millionen zu erhöhen. Das ging dem Finanzministerium eindeutig zu weit. Es lehnte alle Vorschläge zur Erleichterung von Indiens finanziellen Schwierigkeiten ab, indem es Floskeln gebrauchte wie „transferring the burden even contingently, on to the shoulders of the British taxpayer.“<sup>2</sup> Die Finanzbeamten protestierten gegen die absurden Vorschläge eines Kreditrahmens, den Indien jederzeit ausnutzen könnte und für den es keine Rückzahlungsgarantie gab, und all das „for abandoning any plans for constitutional reform or else devaluing the rupee without any support for British Commitment.“<sup>3</sup> Das Misstrauen war zwischen London und Neu Delhi dermaßen ausgeprägt, dass das Schatzamt davon ausging, dass Indien kein Interesse an der neuen Verfassung zeigen würde, und bei nächster Gelegenheit versuchen würde, die Rupie abzuwerten. Das Finanzministerium wollte keine finanzielle Autonomie in Britisch-Indien zulassen.

Im August 1930 begann ein erneuter Kapitalabfluss aus Indien. Von Januar bis Juli hatten die indischen Behörden bereits £3 Millionen gezahlt um den Rupien/Pfund Wechselkurs beizubehalten. Eine neuerliche Krise hatte begonnen und die Briten reagierten wie gewöhnlich. Die Regierung Indiens wurde gezwungen ein deflationäres Sparbudget für 1931 zu beschließen und das India Office forderte zum erstenmal, dass Gold aus den indischen Währungsreserven nach London verschifft werden sollte. Die Bank of England hatte bereits ihre Vorherrschaft über die Hauptfinanzzentren in der Weltwirtschaft verloren und die Zinsrate in London wurde nun von anderen Finanzzentren diktiert. Daher wurde London immer mehr von frei fließendem Kapital innerhalb des British Empire abhängig. Die politischen Entscheidungsträger insistierten auf ihrem hartem Kurs gegenüber Indien, nicht

---

<sup>1</sup> B. R. Tomlinson: Britain and the Indian Currency Crisis, 1930-2. S245-265 In: Gopalan Balachadran (Hg): India and the World Economy. 1850-1950, New Dehli 2003, S. 251.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 254.

<sup>3</sup> Ebenda

weil sie um die Pensionen für die ICS Beamten fürchteten oder um die britischen Anleihebesitzer, sondern weil sie davon ausgingen, dass Großbritannien im Falle der Zahlungsunfähigkeit Indiens würde gerade stehen müssen. Das war die Motivation für die britische Regierung, keinerlei Zugeständnisse zu machen und die Finanzprobleme alleine mit Indiens Staatskasse zu lösen: „It was the British tax-payer, rather than the British Bondholder, that London's policy was designed to protect.“<sup>1</sup>

Der September 1931 war sowohl für Indien als auch für London eine schwere Krisenzeit. In den Kabinettsitzungen wurde die Finanzlage Indiens diskutiert. Ein Memorandum des Indienministers vom 10. September zeigt die prekäre finanzielle Situation des indischen Staatshaushaltes auf, der, um sich zu finanzieren, auf dem „Money Market“ in London Kredite aufgenommen hatte:

„As regards borrowing in London, it is undesirable, and it is not the practice of the Secretary of State, to raise loans to meet ordinary current expenditure. It has been usual in the past to incur a great deal of sterling capital expenditure of a reproductive nature, e.g. on railway equipment, which it has been possible to finance in part by funds remitted from India, the balance being legitimately provided by borrowings in London. Present circumstances, however, have obliged the Secretary of State to raise loans on a scale far beyond current capital expenditure. Between January 1931 and May 1931 public issues aggregating £52,000,000 (including £5,000,000 for conversion purposes) were made on the London market. Even if the market had continued to be a willing lender, it would not have been in accordance with sound financial principles or common prudence to continue such a course indefinitely.“<sup>2</sup>

In Bezug auf Indien war es die Ansicht der Briten, dass ein fallender Rupienkurs und ein Zahlungsver säumnis der britisch-indischen Regierung die Reputation des britischen Empire gefährden würde, und damit die Situation in Großbritannien noch verschlimmern würde:

„It was realised that in the event of remittance not being forthcoming, sterling borrowing being impracticable, and the sterling currency reserves having been drawn upon to the practical limit, there would remain, as things then stood, no alternative method of providing funds to meet the obligations for which the Secretary of State for India is liable. In other words, he would be obliged to default. Not only would such a contingency be disastrous for India, but an Indian default would deal a shattering blow to British credit and would produce widespread loss and ruin in this country.“<sup>3</sup>

Aus dieser Intention heraus war es es obligatorisch, dass der Wechselkurs der Rupie bei 1s 6d gehalten wurde, um investiertes Kapital in Indien zu halten. Sir George Schuster, als

---

<sup>1</sup> B.R. Tomlinson: Britain and the Indian Currency Crisis. 1930-2. S.245-265. In: G. Balachadrian (Hg): India and the World Economy. 1850-1950. New Delhi. 2003, S. 254.

<sup>2</sup> The Indian Financial Position. Memorandum by the Secretary of State for India. India Office 10.September 1931. CP 226(31) S. 2/178. In: The National Archives CAB 24/223.  
<http://filestore.nationalarchives.gov.uk/pdfs/large/cab-24-223.pdf>.

<sup>3</sup> Ebenda

Finanzminister der britisch-indischen Regierung war sich darüber bewusst, dass die von London angeordneten Maßnahmen den Preisverfall bestärkten. Zusätzlich machte ihm die Hochpreispolitik zu schaffen, da die indische Regierung die Zinsen für die „Treasury Bills“ bezahlen musste.

Am 21. September 1931 wurde der Goldstandard in Großbritannien ausgesetzt. London hatte die britisch-indische Regierung nicht offiziell davon in Kenntnis gesetzt, sondern Sir George Schuster erfuhr es aus der Zeitung. Der Vizekönig Sir Freeman Willingdon erließ eine Notverordnung, mit dem die Konvertibilität der Rupie aufgehoben wurde, um einen Sturm auf die Banken zu verhindern. Schuster wollte nun auch den Wechselkurs der Rupie freigeben, und der Vizekönig billigte diese Entscheidung. Aber der Indienminister Samuel Hoare verfügte, dass die Rupie an das Pfund gebunden bleiben musste. Der Vizekönig drohte daraufhin sogar mit Rücktritt, doch Hoare beschuldigte diesen der Fahnenflucht und befahl ihm, am Wechselkurs festzuhalten. Zwischen dem Indienminister und der britisch-indischen Regierung wurden Telegramme ausgetauscht, wobei Ersterer klarstellte, dass die britisch-indische Regierung in dieser Frage keinerlei Einspruchsrechte hätte. Er betonte, dass Großbritannien eine Finanzmacht sei, während Indien mit seinen aufgenommenen Krediten keine Kreditwürdigkeit besitze. Die Rückzahlung der Kredite wäre durch einen freien Kurs der Rupie gefährdet, und das sorgfältig ausbalancierte und vom India Office aufoktroierte Budget könne nicht mehr garantiert werden, wie Hoare nach Delhi telegraphierte:

„You seem to be under the impression that there is a parallel between Great Britain's position with her currency drift and that of India. You should remember in this connection that Great Britain is still a creditor on an enormous scale, the value of its foreign investments running into thousands of millions of pounds, with relatively no comparable foreign public debt. Further, recent action by H.M.G. has assured a balanced Budget for this and next year so that the danger of monetary inflation has been removed. Contrast the case of India. India has no substantial foreign assets and is a debtor country with large obligations in sterling, governmental and private. As you know large sterling obligations mature in the next few months. If the rupee is held at 1s 6d the plan on which we have agreed affords a prospect of balancing the Budget over this and next year combined, but with a demoralised exchange an unbalanced Budget is inevitable ....“<sup>1</sup>

Die Absicht dahinter war nicht, die Finanzierungsprobleme Indiens zu lösen, und noch weniger die Belastung der indischen Wirtschaft durch die Große Depression zu verringern. „Kurzum, Hoare (als Indienminister) setzte die Interessen der Gläubiger durch, und es sollte sich bald erweisen, dass seine Entscheidung zwar Indien schadete, aber Großbritannien auf

---

<sup>1</sup> Cypher telegram from Secretary of State to Government of India, dated 23rd September, 1931 CAB 63 (31), S. 3/264. In: The National Archives CAB 23/68

unerwartete Weise zum Vorteil gereichte.“<sup>1</sup>

## 6.2 Die Krise in der Landwirtschaft

Die Manifestationen der Weltwirtschaftskrise waren in Britisch-Indien fallende Exportpreise, Verschlechterung der Handelsbedingungen und verminderte Profite im Überseehandel. Daher traf die Krise vor allem die Bauern sehr hart. Die Kreditkontraktion hatte eine deflationäre Wirkung, die den Preisverfall förderte und eine Erholung hinauszögerte, und konkret verursachte das Überangebot an Weizen in der Weltwirtschaft den Preissturz in der indischen Landwirtschaft.

Die Preise für landwirtschaftliche Güter waren bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise auf das Doppelte der Vorkriegszeit angestiegen. Diese Entwicklung hatte aber zur Folge gehabt, dass es zu keiner Produktionssteigerung kam, sondern der Preis nur die Kredit- und Bodenpreise in die Höhe schnellen ließ. Obwohl die Produktion konstant blieb, erlebte die indische Landwirtschaft zuerst einen starken Preisanstieg und dann einen noch schnelleren Preisverfall. Hinsichtlich Angebot und Nachfrage auf dem indischen Binnenmarkt hätte es kaum Änderungen gegeben, aber der Preisverfall schlug sich sofort auf den indischen Markt durch, weil billiger australischer Weizen importiert worden wäre, wenn sich die Bauern nicht dem Weltmarktpreis angepasst hätten. Mit dem Weizenpreis fielen auch der Reispreis, und danach die Preise für andere asiatische Getreide. Diese wurden zwar nicht auf dem Weltmarkt gehandelt, waren aber wie der Reis durch billiges Getreide zu ersetzen. Im Winter 1930/31 fiel der Reispreis so tief, dass Reis billiger war als Weizen, was eine Novität war. Für Bauern, die Rohbaumwolle und Erdnüsse anbauten, gab es einen immer freier werdenden Markt, der nicht mehr so stark an das Preisdiktat der Händler und Geldverleiher gebunden war. Aber auch diese Bauern traf die Krise extrem hart, da sie es gewohnt waren, einen guten Preis für ihre Ernte zu bekommen. Die Grundsteuerlast der Bauern war durch die bisher guten Preise erheblich gemindert worden. Bauern, die Pachtbeitrag zahlen mussten und unkündbare Pachtverträge mit Grundherren hatten, waren ebenfalls gegenüber dem Grundherren im Vorteil, da die Pachtgebühr um maximal ein Prozent pro Jahr erhöht werden durfte. Auch die langfristigen Schuldverhältnisse in denen sich viele Bauern befanden, stellten in Zeiten des Gewinns kein Problem dar. Ein Unsicherheitsfaktor war, dass der Zinssatz des Kredites nicht festgeschrieben war. Die Taktik des Geldverleihers basierte auf einem nominalen Zinssatz, der sehr hoch war, und er kassierte auch noch zusätzlich einen effektiven Zins, der je nach Zahlungsfähigkeit des Schuldners bestimmt wurde. 1920 waren die Bauern noch

---

<sup>1</sup> Dietmar Rothermund: Nehru und Gandhi. Stuttgart 2010, S.95.

zahlungskräftig und dementsprechend stieg auch ihre Kreditwürdigkeit. Zusätzlich erhöhten sich auch die Bodenpreise. Die einzigen Bauern, die der Preisverfall nicht betroffen hätte, wären die Selbstversorger, und solche mit einer nur geringen Grundsteuer, gewesen. Aber laut Rothermund war die Mehrheit der Bauern in die 1920er Jahren in stark erhöhte Steuer, Pacht- und Schuldverpflichtungen eingebunden und mussten nun durch den Verfall der Agrarpreise um ihre Existenz kämpfen.<sup>1</sup>

Waren bisher die Geldverleiher nicht daran interessiert gewesen, dass die Schulden zurückgezahlt wurden, sondern damit zufrieden, dass sie sich durch eine regelmäßige Kreditzinsenrückzahlung schadlos halten konnten, verlangten die Geldverleiher ab dem Zeitpunkt des Preisverfalls ihr geborgtes Kapital zurück. Die Gründe dafür lagen auch in der Währungspolitik Großbritanniens, denn diese trug nicht unwesentlich zu den heftigen Währungsfluktuationen bei, denen Indien ausgeliefert war. Da Indien eine offene Wirtschaft war, wurden die Symptome der Außenwirtschaft verstärkt auf den indischen Binnenmarkt übertragen. Durch die starre Anbindung der indischen Währung an das britische Pfund zu einem jeweils mehr oder weniger willkürlich festgesetzten Wechselkurs, setzte sich die Währungs- und Finanzpolitik der Bank of England von der Kreditmetropole London bis zur indischen Landwirtschaft fort. Als die großen britischen Banken der City of London aufhörten, große Kredite zu vergeben, begann die Abwärtsspirale sich in Gang zu setzen. Die indischen Handelsbanken in den Hafenstädten vergaben keine Kredite mehr an die Banken in den Kleinstädten, und die Kleinbanken gaben keine Kredite mehr an die lokalen Getreide- und Nutzfrüchtehändler. Sobald diese Händler keinen Kredit mehr bekamen, streckten sie keinen Kredit mehr für die Aufkäufer und Geldverleiher vor. Am Ende der Kette standen die Bauern, denen nun von den Geldverleihern der Kredit aufgekündigt wurde, den sie nicht zurückzahlen konnten. Die britisch-indische Regierung, selbst in Zahlungsschwierigkeiten, wollte die Grundsteuer nicht senken. Die Grundherren der Bauern waren meist selbst verschuldet, und wurden ebenfalls von ihren Gläubigern bedrängt, und hielten daher an ihren Pachtforderungen fest. Durch die Krise kam es zu einer Wandlung der agrarischen Besitzverhältnisse, welche letztlich nur eine Neuverteilung der alten Rollen war. Die Pächterschutzgesetze waren von den Briten nicht im Hinblick auf eine echte Bodenreform eingeführt worden, sondern diese Gesetze dienten der Festigung der Kolonialherrschaft und waren unter politischen Gesichtspunkten eingeführt worden. Nun kamen sie einer ländlichen Oberschicht zugute, die sich jedoch von den Briten abwandte und den Indian National

---

<sup>1</sup> Dietmar Rothermund: Die wirtschaftliche Entwicklung von der Kolonialherrschaft bis zur Gegenwart. Paderborn. München. Wien.Zürich. 1985, S. 117.



Congress unterstützte. Die verschuldeten Bauern mussten ihr Land an reiche Grundbesitzer verkaufen, oder ihr Pachtverhältnis wurde aufgelöst, wenn sie die Pacht nicht begleichen konnten. Auch der ländliche Geldverleiher kaufte den Bauern das Land ab, wenn sie ihre Kredite nicht zurückzahlen konnten.

Die Diskrepanz zwischen gestiegener Steuer- beziehungsweise Pacht und Kreditniveau und den neuen niedrigen Preisen erklärt, „warum es in diesen Jahren an vielen Orten zu Bauernunruhen kam. Es ist sogar verwunderlich, dass kein allgemeiner Bauernaufstand ausbrach, ein Umstand, den die Kolonialherren fürchteten. Grund dafür war die Vielfalt der Besitz- und Pachtverhältnisse, und dass die Bauern ihren Besitzstand nicht gefährden wollten. Da sie etwas zu verlieren hatten, erwarteten sie Schutz vom Gesetzgeber und waren zu keinem Konflikt bereit.“<sup>1</sup>

### 6.3 „Distress Gold“

Die Bauern konnten ihre Schulden nicht begleichen, wollten aber auch nicht ihren Besitzstand oder ihre Pachtverträge verlieren. Daher blieb ihnen die einzige Möglichkeit, ihre Ersparnisse, die traditionellerweise in den goldenen Halsketten und Ohrringen ihrer Frauen angelegt waren, zu verkaufen.

Die Entscheidung, den Goldstandard zu verlassen, wertete das Pfund ab und mit dem Pfund fiel die Rupie gleichzeitig. Auf der Basis des Wechselkurses von 18 Pence, war der Wert des Goldes in Indien sofort um circa. 20 % gestiegen. Das war ein zusätzliches Signal für alle Geldverleiher, den Bauern keinen Kredit mehr zu geben. Vielmehr forderten die Wucherer den gesamten Nominalbetrag plus die angefallenen Zinsen von den Bauern zurück, die diese nur mit Goldschmuck zahlen konnten. Damit begann der Goldfluss nach London:

„Zwischen September 1931 und März 1932 verließ Gold im Wert von 629 Millionen Rupien an vormaligen privaten Sparvermögen Indiens und wurde in London verkauft; zwischen 1932 und 1933 wurde abermals Gold im Wert von 672 Millionen Rupien nach London geliefert und zwischen 1933 und 1934 betrug der Wert des eingeschifften Goldes 592 Millionen Rupien. Der Goldstrom hielt an bis zum Ende des Jahrzehnts und belief sich auf die Summe von 3072 Millionen Rupien, was in Pfund Sterling einem Betrag von ungefähr £250 Millionen entsprach.“<sup>2</sup>

Der Goldschmuck wurde im Währungsamt der Regierung angehäuft und dort rücksichtslos eingeschmolzen. Die öffentliche Meinung der zuständigen Beamten war, dass die Inder ihr Gold verkauften, weil sie viel Geld dafür bekamen, die inoffizielle Meinung der Beamten war

<sup>1</sup> Dietmar Rothermund: Indiens wirtschaftliche Entwicklung von der Kolonialherrschaft bis zur Gegenwart. Paderborn, München, Wien, Zürich 1985, S. 118.

<sup>2</sup> B. R. Tomlinson: Britain and the Indian Currency Crisis, 1930-2. S245-265 In: Gopalan Balachadran (Hg): India and the World Economy. 1850-1950, New Dehli 2003, S. 256.

aber, dass die Inder ihr Gold verkauften, weil sie durch Deflation und Verschuldung dazu gezwungen worden waren. Die Beamten in London und Delhi beharrten auf der Version, dass die Motivation für die Goldverkäufe reine Profitgier war und sie weigerten sich zuzugeben, dass die Goldverkäufe auch aus Not getätigt wurden.<sup>1</sup> Es ist strittig, ob alle Goldverkäufe Notverkäufe waren und ob nicht doch ein gewisser Prozentsatz der Bauern die Gelegenheit ergriff, aus dem hohen Goldpreis Profit zu schlagen. B.R. Tomlinson gibt zu bedenken, dass aufgrund der Tatsache, dass das Gold an informelle Goldverleiher verkauft wurde, die Aufzeichnungen mangelhaft sind:

„It is not yet possible to assess to what extent the bullion exports were the result of agriculturists being compelled to liquidate their savings to pay rent and revenue, or more voluntary decisions to take advantage of the rise in the rupee price to gold.“<sup>2</sup>

Da aber bei den Kolonialherren die Furcht vorhanden war, dass die verzweifelte finanzielle Situation sogar Bauernaufstände auslösen könnte, ist der Begriff des „distress gold“ gewissermaßen treffender.

#### **6.4 Die Auswirkungen des Goldflusses auf die indische und britische Wirtschaft**

Wenn der Goldverkauf ein Zeichen der Verarmung der ländlichen Bevölkerung war, so verbesserte er die Handelsbilanz der informellen Banker und Geldverleiher. Auf der Basis der 18d Rupie war der Preis des Goldes am indischen Markt billiger als am internationalen, was den Verkauf von Gold noch zusätzlich anheizte. Gold wurde auch durch die Institutionalisierung des Edelmetallmarktes zu einem liquiden Vermögenswert. Von 1931 – 1935 war der Reinerlös von Goldverkäufen ungewöhnlich hoch und auch das Wachstum der Bankverbindlichkeiten stieg an sowie das aggregierte eingebrachte Kapital in Aktiengesellschaften. In Indien löste die Depression keine Bankenkrise aus, sondern einen Bankenboom. Ein bedeutsamer Aspekt zur Wiederherstellung der Stabilität in den Depressionsjahren war, dass die Geldmenge sich vergrößerte. Als Indiz dafür kann man auch die wachsenden Guthaben in den Privatbanken ansehen. Über die Liquidität dieser Depots können nur Vermutungen angestellt werden, aber es gibt Grund zur Annahme, dass die Geldmenge mehr vom Kreditgeschäft im Binnenmarkt beeinflusst war als vom Auslandshandel.

In den nächsten fünf Jahren der Weltwirtschaftskrise konnte die britisch-indische Regierung ihre Zahlungsbilanz ausgleichen, und sie hatte genug Mittel, um ihre

---

<sup>1</sup> G. Balachadran: The Depression. S 266 – 306. In: Gopalan Balachadran (Hg): India and the World Economy. 1850-1950, New Dehli 2003, S. 283.

<sup>2</sup> B. R. Tomlinson: Britain and the Indian Currency Crisis, S. 256.

Sterlingverbindlichkeiten auszugleichen. Die Goldausfuhr ermöglichte es Indien, wieder einen Exportüberschuss zu erzielen, während die Handelsbilanz ansonsten ein Defizit ausgewiesen hätte und die „Home Charges“ nicht bezahlt hätten werden können. Die Importe nach Indien reduzierten sich, insbesondere jene aus Großbritannien, und Indien gleichzeitig Edelmetalle in Form von Gold nach Großbritannien exportierte. Von 1919 bis 1930 produzierte Großbritannien einen Gesamtüberschuss von £219,4 Millionen für diese 12 Jahre. 1931, zum erstenmal seit 1880, importierte Großbritannien mehr Waren von Indien als es nach Indien exportierte. Zwischen 1931 und 1938, hatte Großbritannien ein Warenhandelsdefizit in der Gesamtsumme von £79,5 Millionen Pfund.<sup>1</sup> Nachdem die Kreditwürdigkeit Indiens wieder gegeben war, wäre es für die britisch-indische Regierung jetzt leicht gewesen, Anleihen auf dem internationalen Markt aufzunehmen, um ein Entwicklungsprogramm zu initiieren. Sir George Schuster empfahl dies ausdrücklich, doch es wurden ihm keine Programme zur Entwicklung der indischen Wirtschaft gestattet. Die teuer erkaufte Kreditwürdigkeit Indiens kam damit wieder nur London zugute, wenn auch in einem bescheideneren Ausmaß als nach dem 1. Weltkrieg.

Der Goldfluss half, das Pfund Sterling in Großbritannien zu stützen und die Goldreserven in London wieder aufzufüllen. Als die Krise im Sommer 1931 ausbrach, und die Anleger begannen, ihre Sterling Depots in London aufzulösen, hatte die Bank of England gute Gründe nach zusätzlichen Goldreserven Ausschau zu halten, um den Abfluss der kurzfristigen Guthaben zu refinanzieren. Denn das war bereits der Zeitpunkt, da man im Juli mit der Federal Reserve Bank of New York und der Bank de France Kredite verhandelte, um den drohenden Abfluss von Währungsreserven abzuwenden. Mit den größer werdenden Differenzen in Bezug auf die Geldpolitik zwischen dem Treasury und der Bank of England hätten Goldeingänge aus Indien auch die Möglichkeit geboten, einerseits die Abneigung des Londoner Finanzministeriums gegen jede weitere Kreditkontraktion, und andererseits dem Wunsch der Bank of England für effektive Intervention gegen den Sterlingabfluss unter einen Hut zu bekommen. Im Sommer 1931 waren die Goldschiffsladungen von Indien nach Großbritannien noch von geringem Wert und konnten sich nicht mit jenen messen, welche ab Oktober 1931 einsetzten. Dennoch, im Sommer 1931 versuchte die Bank of England durch Informanten in den Reedereien Nachrichten einzuholen, um über die offiziellen und inoffiziellen Landungen von Gold nach London Bescheid zu wissen. In London waren die Goldladungen für Whitehall, die City of London und auch für die Bank of England ein Grund

---

<sup>1</sup> B. R. Tomlinson: The political economy of the Raj 1914-1947. The economics of Decolonisation in India. London 1979, S. 45.

zum Feiern. Die Rupie war bald stabilisiert und die abgezogenen Vermögen durch die Finanzkrise begannen wieder ab Oktober 1931 nach Indien zu zurückzufließen. Whitehall war im Januar 1932 so überzeugt von der wiedererlangten Kreditwürdigkeit seiner indischen Kolonie, dass diese einen £15 Millionen Kredit erlassen bekam, welcher in diesem Monat fällig gewesen wäre. Einen besonderen Grund zur Selbstgratulation hatten alle Beamten, die mit den indischen Finanzen betraut waren:

„Now, at long last, officials handling Indian finances had something to cheer about, and the surge of gold and the resulting improvement in the colony's external accounts and credit led to an outburst of self-congratulation.“<sup>1</sup>

Es ist wenig überraschend, dass die politischen Entscheidungsträger Großbritanniens den Goldfluss nicht versiegen lassen wollten. Die indischen Nationalisten forderten ein Goldexportverbot und argumentierten, dass die aufgelösten Goldhorte der indischen Volkswirtschaft zugutekommen sollten, denn grundsätzlich wäre es positiv, wenn der stillgelegte Reichtum in produktives Kapital verwandelt werden könnte. Im Januar 1932 opponierte das Londoner Finanzministerium gegen diese Forderungen, die Vermögenskonten in Indien kontrollieren sollten, und damit eventuell die Einfuhr von Gold vermindert hätten.

## **6.5 Die Reserve Bank of India**

Indien standen keine finanzpolitischen Instrumente zur Verfügung, um die Krise zu bewältigen. Es gab eben nur Beamte, die trotz „Finanzautonomie“ weiter strikt an die Weisungen Londons gebunden waren. In London war der Gouverneur der Bank of England Sir Montagu Norman der Hauptverantwortliche in Geld- und Kreditfragen und der Indienminister musste die Weisungen seines Kabinetts befolgen.

Bis zur Gründung 1935 der „Reserve Bank of India“ wurde die Funktion der Regulierung von Währungs- und Geldversorgung von der Finanzabteilung der britisch-indischen Regierung getätigt. Die Idee zur Gründung einer Zentralbank kam durch die Vorschläge in den Berichten der Hilton Young Commission im Jahre 1926 und dem Indian Central Banking Enquiry Committee im Jahr 1931 zustande. Beide Berichte befürworteten die Gründung und beriefen sich auf dringenden Empfehlungen einflussreicher Experten. Einer davon war Sir Montagu Norman, der Gouverneur der Bank of England. Zwei positive Effekte wurden durch die Zentralbank erreicht: Erstmals gelang es das Geldsystem von der Zahlungsbilanz zu trennen. Zweitens versuchte man mit der Zentralbank, das fragmentierte und chaotische Bankensystem in Indien zu stabilisieren. Die Gründung der Reserve Bank of India wurde vor allem deshalb

---

<sup>1</sup> G. Balachadrian: The Depression. S.266 – 306. In: Gopalan Balachadran (Hg): India and the World Economy. 1850-1950, New Dehli 2003, S. 284.

vorangetrieben, weil man befürchtete, dass aufgrund der geplanten Verfassungsreformen ein indischer Finanzminister die Kontrolle über die indische Währung übernehmen könnte. Erstmals wäre es möglich gewesen, dass die im Gesetz verankerte Finanzautonomie Indiens gelebte Realität werden könnte. Die Gesellschaftsform war eine Aktiengesellschaft im Besitz privater Aktionäre, und der Gouverneur wurde vom Vizekönig ernannt. Der erste Gouverneur war Sir John Osborne Smith, der von Montagu Norman persönlich vorgeschlagen worden war. Dieser setzte sich für eine Abwertung der Rupie ein und verstieß damit eindeutig gegen die Regel, eine Währungspolitik stets im Sinne Londons zu führen. Sein Rücktritt erfolgte im Oktober 1936. Sein Nachfolger wurde sein bisheriger Stellvertreter J.B. Taylor, ein ehemaliger Verwaltungsbeamter, der eine sehr konservative Linie vertrat. Ein Anliegen Londons war die Rupie in einem stabilen Kurs zum Pfund Sterling zu halten. Die Finanzpolitik der Reserve Bank of India konnte ab jetzt mit den Stichworten, Deflation, ausgeglichenes Budget und Zurückhaltung bei Ausgaben der öffentlichen Hand zusammengefasst werden. Die Bank war gemäß ihrer Statuten dazu verpflichtet eine fixe Wechselkursrate von Rs 13,3/£ 1 zu halten<sup>1</sup>, was der indirekten Parität von 1s 6d entsprach.

## **6.6 „Disobedience Movement“**

Die harte Geld- und Währungspolitik, die nur britischen Interessen diente, wurde von den meisten indischen Interessensvertretern angegriffen. Hauptgrund für diese Haltung war die britische Währungspolitik, mit welcher Indien im internationalen Handel benachteiligt wurde. Der Indian National Congress bekam auch die finanzielle Unterstützung der Industriellen. Diese waren aufgrund der Benachteiligung durch den hohen Rupienkurs nicht mehr bereit, mit den Briten zu paktieren und begannen die Zukunft Indiens allmählich in der Unabhängigkeit zu sehen. Linke Nationalisten wie Jawaharlal Nehru und die sozialistische Fraktion des National Congress befürchteten einen „faschistischen Pakt“ zwischen britischen und indischen Kapitalisten. Aber die Befürchtung erwies sich als grundlos, weil das britische Krisenmanagement nicht dazu geeignet war, einen Pakt zu begünstigen. Die Maßnahmen des kolonialen Krisenmanagements waren ganz zum Wohle Großbritanniens durchgeführt worden und war von der Wahrung der Gläubigerinteressen diktiert worden. Der Effekt, dass die Krise sich dadurch noch stärker bemerkbar machte, ließ indische Industrielle ihre Ziele im National Congress weiterverfolgen.

---

<sup>1</sup>. B.R. Tomlinson: Imperialism and After: The Economy of the Empire on the Periphery. S357- 375. In: Judith M. Brown/ Roger Louis (Hg): The Oxford History of the British Empire IV. The Twentieth Century. Oxford 1999, S. 365.

In London fanden von 1930 bis 1932 fanden die drei Round Table Conferences statt, in welchen die neue Verfassung Indiens verhandelt wurde. Ab August 1931 wurde die Indienpolitik vom konservativen Indienminister des National Government Samuel Hoare bestimmt. Die politischen Verhandlungsergebnisse der ersten Round Table Conference von November 1930 bis zum Januar 1931, als auch der zweiten Konferenz vom September bis Dezember 1931 und auch der Dritten von November bis Dezember 1932 fielen für den INC enttäuschend aus.

Die am schwersten Leidtragenden der Wirtschaftskrise aber waren die Bauern Indiens, welche mit der Ausnahme der nordwestindischen Weizenproduzenten keine Hilfe von der Regierung bekamen. Der Indian National Congress begann diese Stimmung auszunutzen und dadurch wurde der INC auch eine Bauernpartei.

1929 forderte der INC die Unabhängigkeit innerhalb eines Jahres, was die Briten jedoch ablehnten. Wenige Wochen später schickte Gandhi einen Brief an den britischen Vizekönig Lord Irvin, in dem er Verhandlungen vorschlug oder neuerliche „Satyagraha“ Aktionen bei Nichtaufnahme von Verhandlungen androhte. Anfang 1930 legte Gandhi den Briten ein 11 Punkte Programm vor, in welchem wirtschaftliche Fragen im Vordergrund standen. Gandhi bezeichnete die elf Punkte als „Substanz der Unabhängigkeit“. Er forderte ein Verbot des Alkoholverkaufs, eine Abwertung der Rupie um etwa 12 Prozent, eine Kürzung der Beamtengehälter und des Militärhaushalts um die Hälfte, die Erhebung von Schutzzöllen beim Import von Textilien, die Abschaffung der Salzsteuer und einige andere Forderungen mehr. Nehru, mit dem Gandhi dieses elf Punkte Programm nicht abgestimmt hatte, und für den das Erreichen der Unabhängigkeit eine staatsrechtliche Frage war, durchschaute nicht, wie Gandhi dieses „Sammelsurium“ an Forderungen „Substanz der Unabhängigkeit“ nennen konnte. Das 11 Punkte Programm aber umfasste die Forderungen aller Interessensgruppen, die sich der „Civil Disobedience“ Kampagne anschließen sollten, und falls es möglich war, diese Kampagne auch finanziell unterstützen sollten. Die Senkung der Grundsteuer kam den Bauern zugute, die Industriellen wünschten sich Schutzzölle, um ihre Produktion vor der britischen Konkurrenz zu schützen, die Abschaffung der Salzsteuer kam allen, aber besonders den Armen, zugute, da aufgrund des heißen Klimas Salz lebensnotwendig war. Durch die Abwertung der Rupie würde der Export angekurbelt werden, was der gesamten indischen Wirtschaft zugutekommen würde. Besonders zwei von Gandhis 11 Punkte Programm waren auch identisch mit den Forderungen der FICCI (Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry) und das waren die Abwertung der Rupie und die Einführung eines Schutzzolls für die Textilindustrie. Die anderen Forderungen von Gandhis Programm waren nicht gegen

die Interessen der indischen Wirtschaftskreise. Die Kürzung der Beamten- und Militärbudgets würde zum Ende der Kolonialherrschaft führen, da damit die Verwaltung und Herrschaft praktisch unmöglich werden würde. Gandhi wusste genau, dass die Briten diesen Forderungen niemals zustimmen könnten. Wie Rothermund meint, „war die Veröffentlichung der elf Punkte ein Fehdehandschuh, den er den Briten vor die Füße warf.“<sup>1</sup>

Nachdem er keine Antwort vom Vizekönig Lord Irvin bekommen hatte, wählte Gandhi die Abschaffung der Salzsteuer für seine neue Kampagne aus und er begann die bekannteste Aktion seiner „Civil Disobedience“ Kampagnen, den Salzmarsch. Die Inszenierung des Salzmarshes war von enormer Medienwirksamkeit sowohl in Indien als auch im Ausland. Große Teile der Bevölkerung schlossen sich der Unabhängigkeitsbewegung an, und der Salzmarsch wirkte auf die indische Bevölkerung wie ein Aufbruchssignal. Die britisch-indische Regierung war überrascht vom Erfolg. Gandhis Kampagne hatte im Frühjahr 1930 begonnen, noch ehe es zum Agrarpreisverfall gekommen war. Die Bauern Nordindiens begannen sich der Bewegung anzuschließen, nachdem im Laufe des Jahres 1930 die Weizenpreise gefallen waren. Die Kongresspolitiker Nordindiens und allen voran Nehru setzten sich für die Bauern ein, indem jener eine Pacht- und Steuerverweigerungskampagne initiierte. Politischer Protest war auch zu einem wirtschaftlichen Protest geworden und damit fand der Kongress eine breitere Basis. Im März 1931 begann der Preis für Reis zu sinken. Die britisch-indische Regierung konnte sich keine neuen Bauernunruhen in anderen Gebieten leisten, deshalb trat der Vizekönig mit Gandhi und anderen Kongressführern wieder in Kontakt, nachdem sie aus dem Gefängnis entlassen worden waren. In regelmäßigen Berichten der britisch-indischen Regierung an das India Office wurde über die aktuelle politische Lage berichtet und im Besonderen über die Aktivitäten des Indian National Congress und seiner Anführer. Im Dezember 1931 ging folgende Meldung nach London:

„At the same time, Congress are attempting, though not so vigorously, to stir up trouble between landlords and Government on the ground that the latter have not given adequate remissions of land revenue. Some weeks ago, the Provincial Congress Committee, mainly at the instigation of Jawahar LaL, asked the Working Committee to give permission to start a 'no rent' campaign. The Working Committee consulted Gandhi who gave the Committee full discretion.“<sup>2</sup>

Beim Arbeitsausschuss des National Congress im Januar 1931 in Allahabad fand aber auch eine Sitzung statt, bei der auch die Teilnehmer an der ersten Round Table Conference, von

<sup>1</sup> Dietmar Rothermund: Nehru und Gandhi. Stuttgart 2010, S. 81.

<sup>2</sup> Appreciations of the Political Situation, by the Government of India, dated 18th November and 19th December. 1931. CP329 (31), S. 278. In: The National Archives CAB 24/225.  
<http://filestore.nationalarchives.gov.uk/pdfs/large/cab-24-225.pdf>.

1930 in London, dabei gewesen waren. Unter diesen war der „Baumwollkönig“ Purshottamdas Thakurdas, der Gandhi darauf aufmerksam machte, dass aufgrund der Weltwirtschaftskrise die Geldmittel der reichen Wirtschaftskreise stark in Mitleidenschaft gezogen worden wären. Da die Unabhängigkeitsbewegung auch von der Unterstützung der Industriellen durch großzügige Geldspenden abhängig war, war auch das eine Motivation für Gandhi, mit dem Vizekönig Gespräche zu führen. Die Gespräche begannen am 15. Februar 1931 und dauerten etwa drei Wochen. Lord Irvins persönliche Motivation war es, seine Amtszeit mit einem Friedensschluss zu beenden, während Gandhi das Ende der Kampagne mit einem Abkommen besiegeln wollte, das zumindest erkennen ließ, dass die Kampagne erfolgreich gewesen war. Letztlich einigte man sich darauf, dass Salzsieden für den Hausgebrauch erlaubt sei, wobei sich später in der Wirtschaftskrise zeigen sollte, dass die Salzsteuer sogar erhöht wurde. Es gab keine Zusage, dass zwangsversteigertes Land den Bauern zurückgegeben wurde. Der Amnestie für politische Gefangene konnte Lord Irvin nur teilweise zustimmen. Für Gandhi war das wesentliche Element des Pakts, dass er vom Vizekönig als gleichberechtigte Person angesehen wurde. Am Ende des Gesprächs wurde ein Dokument unterzeichnet, in dem es eine Klausel gab, welche die Sicherheitsbestimmungen der zukünftigen Verfassung definierte, welche die Außenpolitik, die Stellung der Minderheiten, die Verteidigung und andere Verpflichtungen und auch die Kreditwürdigkeit des Landes betraf. Mit dieser Sicherheitsbestimmung zur Kreditwürdigkeit würde Indien niemals eine eigenständige Wirtschaftspolitik, ohne die Interessen Großbritanniens zu wahren, ausüben können. Nach der Unterzeichnung des Paktes musste der National Congress stillhalten und Nehru warf Gandhi vor, die indischen Bauern verraten zu haben. Der Nachfolger Lord Irvins, Lord Willingdon, setzte die Politik der Repression fort. 1932 begann die Regierung, mit drakonischen Maßnahmen gegen die Bauern vorzugehen, und auch die Grundherren begannen wieder ihre Forderungen gegenüber den verschuldeten Bauern zu stellen. Obwohl die Bauern keine Hilfe mehr bekamen, stimmten die wahlberechtigten Bauern 1937 dennoch für den Indian National Congress, und die von den Briten geförderte Agrarpartei (National Agriculturists Party) der Grundherren erlitt eine massive Niederlage.

1931 nahm Gandhi an der zweiten Round Table Conference in London teil, in der die neue Verfassung verhandelt wurde. Dabei ging es auch um die unabhängige Wirtschaftspolitik Indiens, die von den Briten boykottiert wurde.

Laut „Cabinet Papers“ vom 13. Januar 1931 wurde in einer Regierungssitzung eine Stellungnahme für die neue Verfassung präsentiert, die in der ersten Round Table Conference Diskussionspunkt sein würde. Darin wurden die eingegangenen finanziellen Verpflichtungen



Indiens gegenüber Großbritannien erwähnt, mit der Bemerkung, dass die Sicherheit bestehen müsse, dass diese eingehalten würden:

„His Majesty's Government also contemplate that during the period when the Constitution is settling into working order, Indian finance will require special care so that credit and confidence are maintained and whilst not undoing the financial responsibility of the Indian Government, it will propose an agreement on these matters, ensuring that the Government will meet its contracted obligations and enabling it by its financial policy to enjoy as before a favourable access to the money markets of the world.“<sup>1</sup>

Ramsey McDonald galt als Freund Indiens und Gandhi betrachtete den Pakt mit dem Vizekönig als ersten Schritt für einen Pakt mit dem Premierminister. Doch im August 1931 war die Labour Regierung mit McDonald als Premierminister bereits zurückgetreten, weil es zu keiner Einigung beim Budget gekommen war. Dieser blieb Premierminister in der neuen, gemeinsam mit den Konservativen gebildeten Koalitionsregierung (National Government). Als Gandhi in London eintraf, war „Ramsey McDonald bereits eine Marionette in den Händen der Konservativen“<sup>2</sup> und die Konservativen „benutzten ihn als Aushängeschild, weil er ihre harte Politik vertreten musste, die der Arbeiterklasse noch mehr Opfer zumutete.“<sup>3</sup> Zum Regierungskurs hatte der aus der Labour Party ausgeschlossene Premierminister nichts mehr zu sagen. Gandhi bekam nach langer Wartezeit einen Gesprächstermin und sprach McDonald auf die Wirtschaftskrise und Währungsfragen in Indien an, doch dieser schwieg zu diesen Themen Gandhi zufolge wie eine „Sphinx“. Es gibt eine andere Erklärung für das Schweigen zu diesem Thema: „Der Premierminister verstand nicht das Geringste von Währungsfragen. Als Großbritannien vom Goldstandard abging, staunte er darüber, dass das überhaupt möglich war.“<sup>4</sup> Gandhi musste auf der Konferenz feststellen, dass die Kolonialherrschaft ungeahnte Möglichkeiten bot, die eigene (britische) Wirtschaft auf Kosten der Beherrschten zu retten. Die Erwartungshaltung, mit der Gandhi zu dieser Konferenz gefahren war, wurde enttäuscht und er erkannte, dass am „Runden Tisch“ keine positiven Ergebnisse für die Nationalisten zu erwarten waren. Am 19. November 1931 hielt er eine Rede, in der es um die Sicherheitsgarantien für die britischen Wirtschaftskreise in Indien ging. Der Inhalt dieser Rede war offensichtlich von Nehrus sozialistischem Standpunkt beeinflusst:

„Ich befürchte, dass Indien jahrelang damit beschäftigt sein wird, Gesetze zu verabschieden, die helfen, die Armen und Unterdrückten aus dem Morast zu ziehen in den sie durch die Kapitalisten, die Grundherren, die sogenannten höheren Klassen und

<sup>1</sup> Cabinet Papers (C.P 10/31) The India Round Table Conference. Draft statement by his Majesty's Government. S. 2. In: The National Archives: Catalogue Reference: CAB/24/219/S93.

<sup>2</sup> Dietmar Rothermund: Nehru und Gandhi. Stuttgart 2010, S. 94.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 95.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 96.

schließlich mit geradezu wissenschaftlicher Gründlichkeit von den britischen Kolonialherren gestoßen worden sind. Wenn wir diese Menschen aus dem Morast ziehen wollen, dass ist es die Pflicht einer nationalen indischen Regierung sie bevorzugt zu behandeln, um sie von der Last zu befreien, die sie erdrückt. Und wenn die Grundherren und die Reichen sowie alle jene, die heute privilegiert sind, – mir ist es gleichgültig, ob es sich um Briten oder Inder handelt – dann fühlen, dass sie der Diskriminierung unterliegen, mag ich vielleicht Sympathie für sie haben, aber ich kann ihnen nicht helfen, selbst wenn ich in der Lage sein sollte.“<sup>1</sup>

## 6.7 „Krisenbewältigung“

Gandhi kehrte frustriert von der Round Table Conference nach Indien zurück und wurde kurze Zeit später inhaftiert. 1933 wurde erneut eine „Civil Disobedience“ Kampagne ins Leben gerufen, welche aber bald wegen Nichterfolgs eingestellt wurde. 1933 hatte der Indian National Congress nach Jahren des Wachstums einen politischen Tiefstand erreicht. Zu diesem Zeitpunkt berief der Vizekönig Lord Willingdon eine Wirtschaftskonferenz ein, zu der alle Provinzregierungen eingeladen wurden. Sir George Schuster war bereits ein Entwicklungsprogramm vorgeschwebt und wenn die britisch-indische Regierung dieses Programm umgesetzt hätte, dann wäre der Indian National Congress nicht so schnell aus der Krise herausgekommen. Aber stattdessen übernahm der konservative Verwaltungsapparat die Leitung der Konferenz im Jahr 1934, die kein Ergebnis zeitigte, das zu Investitionen in die indische Wirtschaft oder auch strukturellen Veränderungen in der Agrarwirtschaft geführt hätte. Da die britisch-indische Regierung keine für indische Wirtschaftskreise akzeptablen Vorschläge machte, bekam der INC wieder politischen Aufwind. Das von ihm geforderte Goldembargo konnte aber nicht durchgesetzt werden. Durch ein Goldembargo hätte die Auflösung der Goldhorte dazu beitragen können, stillgelegten Reichtum in produktives Kapital in Indien zu verwandeln.

Die Art der Behandlung, die Indien in der Währungskrise widerfahren war, förderte das Misstrauen gegen das koloniale Mutterland. Die Entscheidung, die Rupie mit einem fixen Kurs an das Pfund Sterling nach Aufgabe des Goldstandards zu binden, war nie dazu gedacht, die Probleme der indischen Finanzen zu lösen oder die wirtschaftliche Belastung durch die Depression zu erleichtern. Eventuell hätte es London Sympathien eingebracht, wenn die Rupie zu einem Kurs von 1s 4d zum Pfund abgewertet worden wäre. Welche wirtschaftlichen Vorteile die Abwertung der Rupie für die indische Wirtschaft gebracht hätte, kann quantitativ nicht mehr festgestellt werden. Diese Maßnahme hätte trotzdem sicherlich geholfen, die

---

<sup>1</sup> M.K. Gandhi: Excerpt of Speech in 2nd Round Table Conference, 19. November 1931. In: Dietmar Rothermund: Nehru und Gandhi. Stuttgart 2010, S. 98f.

indischen Wirtschaftskreise wieder auf die Seite der Briten zu bringen und politische Stabilität für die britische Herrschaft in Indien zu fördern.

Sir George Schuster hatte die Währungspolitik 1931 als „the worst cause of discord in recent years“<sup>1</sup> benannt, und diese Politik blieb ein ständiger Streitpunkt von 1931 bis 1947 zwischen Großbritannien und Indien. Die Beamten in Whitehall verwendeten nur zwei externe Kriterien um zu bemessen, ob sich die wirtschaftliche Lage Indiens verbessert hatte: die Fähigkeit externe Zahlungssobligationen zu begleichen, und die Marktlage der Rupie.

Nachdem Indien 1939 in die Sterling Area eingegliedert worden war, und weiterhin Gold nach London lieferte, wuchs bei den Investoren das Vertrauen in die indische Wirtschaft. Auch durch den Government Act of India 1935, blieb dem Vizekönig weiterhin das Recht über Steuer und Geldpolitik, daher blieb der Wechselkurs bei 1s 6d und die Währungsreserven konnten weiterhin zweckgebunden für die Zahlungsverpflichtungen in Sterling verwendet werden.

Der zweite Weltkrieg war für Indien eine Zeit des Zwangssparens brachte aber auch die politische Wende. Der britische Vizekönig Lord Linlithgow erklärte beim Ausbruch des 2. Weltkriegs den Kriegszustand Indiens mit Deutschland, obwohl vorher keine führende politische Kraft konsultiert worden war. Daraufhin forderten indische Politiker als Gegenleistung die sofortige Unabhängigkeit nach dem Krieg.

Die Briten hatten mit den amerikanischen Verbündeten 1941 die Atlantikcharta unterzeichnet, die allen Völkern Frieden und Freiheit versprach. Andererseits hatten sie mit den Vereinigten Staaten eine Abmachung getroffen, die sie davor bewahren sollte, wieder wie nach dem 1. Weltkrieg bei den Amerikanern schwer verschuldet zu sein:

„Zudem wurde die amerikanische Hilfe nicht in Form von Anleihen oder Krediten gewährt, sondern bestand in der – nicht rückzahlungspflichtigen – Bereitstellung der für ihre Kriegsanstrengungen benötigten Güter- und Dienstleistungen an jene Staaten, die sich mit Deutschland und Italien sowie später, mit Japan im Krieg befanden. Dieses Programm, das 1941 aufgelegt wurde, um die Verteidigung der Vereinigten Staaten sicherzustellen, wurde unter dem Namen „Land-Lease“ bekannt.“<sup>2</sup>

Von diesen Transfers in der Größenordnung von „50 Millionen US Dollar brutto, gingen zwei Drittel an Großbritannien.“<sup>3</sup> Zusätzlich wurden Großbritannien noch Kredite von anderen Staaten gewährt. Damit konnte es das Gros seiner Importe mittels Krediten in £ Sterling

---

<sup>1</sup> B.R. Tomlinson: The political economy of the Raj 1914-1947. The Economics of Decolonization in India. London 1979, S.87.

<sup>2</sup> Youssef Cassis: Metropolen des Kapitals., S. 283.

<sup>3</sup> Ebenda S. 283.

bezahlen, die den Konten der anderen Länder gutgeschrieben wurden. Ein Großteil dieser „Sterling Balances“ etwa mehr als eine Milliarde £ Sterling wurde Indien am Ende des zweiten Weltkrieges gutgeschrieben. Rothermund meint dazu: „Churchill betrachtete die wachsende Verschuldung Großbritanniens bei Indien mit großer Sorge und hätte gern einen Teil dieser Schulden gestrichen, indem er sie als Indiens Beitrag zur Kriegslast der Alliierten erklärte.“<sup>1</sup> Aufgrund der Atlantikcharta waren ihm jedoch die Hände gebunden. Die Kriegsleistungen für das British Empire wurden bei der Bank of England als Mittel für den Nachkriegsaufbau als Sterlingguthaben aufbewahrt. Damit wurde Indien aufgrund seiner Leistungen plötzlich vom Schuldner zum Gläubiger Großbritanniens. Da sich aber die politischen Verhältnisse seit 1942 durch die „Quit India“ Kampagne kontinuierlich verschlechterten, wollte man den Indian National Congress nicht noch mehr gegen die britische Herrschaft aufbringen. Leopold Amery, der Staatssekretär für Indien, formulierte das Dilemma Großbritanniens Churchill gegenüber in folgender Weise: „Es sei unklug, einem Taxifahrer während der Fahrt zu erklären, man werde am Ende der Reise nicht den vollen Fahrpreis bezahlen.“<sup>2</sup> Churchill musste zustimmen: „der Taxifahrer wurde bei guter Laune gehalten und der Fahrpreis schließlich auch bezahlt.“<sup>3</sup> Während Indien nach dem Ende des zweiten Weltkriegs als Gläubiger Großbritanniens in der Größenordnung von „£1,300 Millionen“<sup>4</sup> auftrat, war Großbritannien zu einem Schuldner der Vereinigten Staaten in einem Ausmaß geworden, dass es am Rande eines Staatsbankrotts stand. Daher wurde mit Indien noch kurz vor der Unabhängigkeit ein Moratorium ausverhandelt. Damit blieben die angehäuften Reserven Indiens bei der Bank of England. Indien musste sich im Gegenzug bei der Weltbank und dem Weltwährungsfond verschulden. Daraus resultierte ein weiterer Vorteil für Indien. Die britische Wirtschaft hätte gerne Zusagen über den Fortbestand der Handelsprivilegien auch im unabhängigen Indien gehabt. Aufgrund des ausverhandelten Zahlungsmoratoriums sah sich die britische Regierung außerstande, noch einen weiteren Vertragsabschluss mit Indien durchzusetzen.<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> Rothermund: Die Welt in der Wirtschaftskrise, S. 150.

<sup>2</sup> Hermann Kulke, Dietmar Rothermund: Geschichte Indiens: Von der Induskultur bis heute. (2. Aufl.) München 1998, S. 344.

<sup>3</sup> Ebenda.

<sup>4</sup> Judith M. Brown: India. S 421-445. Judith M. Brown/ Roger Louis (Hg): The Oxford History of the British Empire IV. The Twentieth Century. Oxford 1999. S. 439.

<sup>5</sup> Hermann Kulke, Dietmar Rothermund: Geschichte Indiens. München 1998, S. 344f.

## 7 Schlussbetrachtung

Die Finanzpolitik der britisch-indischen Regierung und der Bank of England war auf ein prinzipielles Ziel ausgerichtet, das nichts mit Indiens Wohlergehen oder einem angestrebten Wirtschaftswachstum zu tun hatte. Die Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Rahmens, die auf die Erhaltung einer stabilen Wechselkursrate von Rupie/Pfund Sterling, und auch auf die Vermeidung einer Abwertung der Rupie setzte, war in diesem Sinne eine koloniale Finanzpolitik. Die finanzpolitischen Maßnahmen wurden im Interesse einer stabilen profitablen Handelsbeziehung zwischen Indien und Großbritannien durchgeführt und um der britisch-indischen Regierung die Zahlung der „Home Charges“ in Pfund Sterling zu erleichtern.

Indien war in der Weltwirtschaft antizyklisch, was durch die Begierde nach Gold ausgelöst wurde, welches von den Indern als Ersparnis gehortet wurde. Daher wurde Indiens Import von Gold durch London eingeschränkt. In einer Weltwirtschaft, die durch fixe Wechselkurse charakterisiert war, und in der Gold als die Hauptwährungsreserve galt, bedeutete die Absorption vom Markt entzogenen Gold in Indien, dass dieses Gold in einem Währungssystem, dass sich an den Goldstandard gebunden hatte, fehlte. Das Horten von Gold hätte auch den Goldpreis gesteigert, da durch die Verknappung eine Erhöhung des Goldwertes eingetreten wäre. Während des 1. Weltkrieges hatte Großbritannien große Liquiditätsprobleme, und daraus entstand die Sorge, dass die Kronkolonie Indien die Anstrengungen Großbritanniens, wieder das Pfund Sterling an den Goldstandard zu binden, durch einen zu großen Appetit indischer Sparer auf Gold gefährden könnte.

Die Unabhängigkeitsbewegung schlug aus dieser Finanzpolitik Kapital zum einen, indem sich Industrielle der Unabhängigkeitsbewegung zuwandten, da sie durch den fixen Rupien /Pfund Sterling Kurs im Welthandel sowohl gegenüber den britischen Produzenten als auch gegenüber anderen Konkurrenten auf dem Weltmarkt benachteiligt waren, und zum anderen indem die indischen Bauern, die in der Weltwirtschaftskrise aufgrund der deflationären Politik der britisch-indischen Regierung verarmten, sich dem Indian National Congress zuwandten. Damit wurde der INC von einer Bewegung, die zunächst nur politische Ziele propagiert hatte, zu einer, die auch die sozialen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten durch die britische Kolonialherrschaft in ihr Parteiprogramm und ihre „Disobedience“ Kampagnen aufnahm. Aus einer Freiheitsbewegung, die bis zum Ende des ersten Weltkrieges nur „indische Intellektuelle“ angesprochen hatte, wurde eine Massenbewegung.

Als die Krise 1930 hereinbrach, musste Großbritannien um seinen eigenen Staatsbankrott zu verhüten, bei Indien unerbittlich auf die Erhaltung der Kreditwürdigkeit pochen und das Interesse der Gläubiger in den Vordergrund stellen. Die Finanzpolitik der Briten in den 1920er Jahren mit den Methoden der deflationären Währungspolitik, und des überhöhten Wechselkurses ließ Großbritannien die Wirtschaftskrise gut überstehen, wobei die indische Wirtschaft Schaden erlitt und sich die Auswirkungen der Krise in Indien verschärften. London aber gab nie das Gesetz des Handelns aus der Hand.<sup>1</sup>

Weder in der Zwischenkriegszeit noch zur Zeit des 2. Weltkriegs, in der die „Quit India“ Kampagne ab 1942 gestartet wurde, gelang es Gandhi und der Unabhängigkeitsbewegung die britische Herrschaft entscheidend zu schwächen. Erst nachdem Indien aufgrund seines Gläubigerstatus gegenüber Großbritannien ab 1945 als „Asset“ wertlos geworden war, entließ Großbritannien seine ehemalige Kronkolonie in die „Freiheit“.

---

<sup>1</sup> Dietmar Rothermund: Indiens wirtschaftliche Entwicklung von der Kolonialherrschaft bis zur Gegenwart. Paderborn, München, Wien, Zürich 1985, S. 99.

## 8 Abstract

Die Unabhängigkeit Indiens wird von offizieller, britischer Seite gerne als ein langsamer, kontinuierlicher Prozess dargestellt, den die Briten für ihre Kronkolonie Indien ebneten. Die Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts war die entscheidende Phase, in der sich die Weichen für die Entkolonialisierung Indiens stellten. In Indien hatte sich eine nationalistische Bewegung entwickelt, die gegen die Kolonialherrschaft kämpfte. Die Abfolge Krieg-Krise-Krieg brachte war für das British Empire das Ende der wirtschaftlichen Hegemonie in der Weltwirtschaft. Diese Arbeit soll die finanzpolitischen Instrumente aufzeigen, welche von der Bank of England in der Zwischenkriegszeit eingesetzt wurden, um diese Hegemonie nach dem 1. Weltkrieg wiederherzustellen. Gleichzeitig werden dabei die Folgen und Wechselwirkungen dieser Mittel wie dem Goldstandard, dem von London diktierten Wechselkurs £ Sterling/indische Rupie und der Deflationspolitik für die indische Wirtschaft diskutiert. Die finanzpolitischen Maßnahmen wurden im Interesse einer stabilen Handelsbeziehung zwischen Indien und Großbritannien durchgeführt, und um Indien die Tributzahlungen, die „Home Charges“ in £ Sterling, zu ermöglichen. Ab 1930 musste Großbritannien, um seinen eigenen Staatsbankrott zu verhindern, die finanzielle Kolonialpolitik noch stärker dahingehend forcieren, dass Indien im Interesse der Gläubiger kreditwürdig blieb. Die Folgen daraus ließen die Unabhängigkeitsbewegung von einer rein politischen zu einer Massenbewegung werden, die nun auch gegen die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen Londons kämpfte.

### **Abstract (english)**

The official British representation of Indian independence is shown as a slowly evolving process, which was smoothed by the British colonial administration. The interwar period of the twentieth century was the crucial period for the decolonialisation of India. The nationalist movement of India developed in this period and started to oppose to the foreign rule. The sequence of war-crisis-war was the end of the British hegemony in the world economy. The paper presents which fiscal actions were taken by the Bank of England in the interwar period to restore its hegemony after the Great War. Simultaneously the consequences and interdependencies on the Indian economy of these methods such as the Goldstandard, the stipulated exchange rate of £ Sterling/ Indian Rupee or the ongoing deflation policy are discussed. These fiscal actions were taken on behalf of sound trading relations and to enable the British-Indian government to pay the tributes, the „Home Charges“, in £ Sterling. From 1930 onwards Great Britain, which was on the edge of a default, obliged India to take further steps to keep its creditworthiness in the interest of the debtors. The consequences of this fiscal policy was that the Indian independence movement changed from being a mere political movement to a mass one which also resisted the compulsory economic measures imposed by London.



## 9 Anhang

- a) Aufteilung der britischen Ex- und Importe auf Regionen innerhalb und außerhalb des British Empire.

Regional shares in British Exports and Imports 1846 -1938 (per cent)<sup>1</sup>

| Regional shares in exports of British produce |                       |                       |                       |                       |                       |                       |
|-----------------------------------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|
|                                               | <u>1846-<br/>1850</u> | <u>1871-<br/>1875</u> | <u>1896-<br/>1900</u> | <u>1909-<br/>1913</u> | <u>1925-<br/>1929</u> | <u>1934-<br/>1938</u> |
| Developed Countries                           | <b>44,8</b>           | <b>47,2</b>           | <b>39,4</b>           | <b>35,1</b>           | <b>31,1</b>           | <b>33,4</b>           |
| Newly Settled Countries                       | 18,7                  | 21,3                  | 25,2                  | 28,7                  | 30,2                  | 34                    |
| Underdeveloped Countries                      | 35,6                  | 31,1                  | 34,3                  | 35,9                  | 37                    | 33,8                  |
| Dominions                                     | 8,7                   | 12                    | 16,7                  | 17,5                  | 20,6                  | 25,9                  |
| India and Burma                               | <b>9,4</b>            | <b>8,9</b>            | <b>11,8</b>           | <b>11,9</b>           | <b>11,6</b>           | <b>8</b>              |
| Rest of British Empire                        | 9,2                   | 5,9                   | 5,6                   | 5,6                   | 5                     | 7,4                   |
| British Empire                                | 27,3                  | 26,8                  | 34,1                  | 35                    | 37,2                  | 41,3                  |

| Regional shares in net imports into Britain |                       |                       |                       |                       |                       |                       |
|---------------------------------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|
|                                             | <u>1846-<br/>1850</u> | <u>1871-<br/>1875</u> | <u>1896-<br/>1900</u> | <u>1909-<br/>1913</u> | <u>1925-<br/>1929</u> | <u>1934-<br/>1938</u> |
| Developed Countries                         | <b>n/a</b>            | <b>48,1</b>           | <b>61,8</b>           | <b>49,9</b>           | <b>46,2</b>           | <b>38,2</b>           |
| Newly Settled Countries                     | n/a                   | 17,7                  | 17,7                  | 24,9                  | 28                    | 34,5                  |
| Underdeveloped Countries                    | n/a                   | 34,1                  | 20,1                  | 24,7                  | 25,3                  | 26,4                  |
| Dominions                                   | n/a                   | 9,6                   | 12,6                  | 14,3                  | 16,9                  | 24,3                  |
| India and Burma                             | <b>n/a</b>            | <b>9,9</b>            | <b>6,2</b>            | <b>7,3</b>            | <b>6,1</b>            | <b>6,3</b>            |
| Rest of British Empire                      | n/a                   | 5,3                   | 3,9                   | 5,3                   | 9,9                   | 11,4                  |
| British Empire                              | n/a                   | 24,8                  | 22,7                  | 26,9                  | 32,9                  | 41,2                  |

Source: B.R. Mitchell and P.Deane, Abstract of British Historic Statistics (Cambridge 1962), and Statistical Abstracts for the United Kingdom (HMSO).

<sup>1</sup> P.C. Cain and A.G. Hopkins: British Imperialism. Crisis and Deconstruction 1914-1990. London 1993, Table. 3.3. S37.

b) Ein- und Ausgänge der staatlichen Haushaltskonten in Britisch-Indien <sup>1</sup>

## Receipts and Payments on the government accounts 1901-1946

|                            | 1901-13 | 1930-39 | 1940-1946 |
|----------------------------|---------|---------|-----------|
| Percent of National Income |         |         |           |
| Current revenue            | 5,39    | 3,5     | 4,26      |
| Net Capital receipts       |         |         |           |
| Net issue of rupee debt    | 0,22    | 0,49    | 3,48      |
| Net issue of sterling debt | 0,3     | -0,19   | -0,96     |
| Expenditure                | 5,91    | 3,8     | 6,78      |
| Investment                 | 2,21    | 2,08    | 1,32      |

Source: Based on Goldsmith, Financial Department, tables 1-21. 1-22 (pp 39-40). 2-29 (pp112-115)

c) Staatskonto Großbritanniens von 1920- 1938<sup>2</sup>

## Central Government accounts, Calendar Years 1920-38\* (£ in million)

|      | Taxes on<br>Income | Taxes on<br>Expenditure | Total Receipts<br>(incl. other<br>terms) | Total<br>Expenditure | Deficit/Surplus |
|------|--------------------|-------------------------|------------------------------------------|----------------------|-----------------|
| 1920 | 609                | 334                     | 1053                                     | 964                  | <b>+89</b>      |
| 1925 | 344                | 289                     | 816                                      | 794                  | <b>-20</b>      |
| 1931 | 328                | 312                     | 874                                      | 908                  | <b>-32</b>      |
| 1932 | 362                | 348                     | 912                                      | 886                  | <b>+28</b>      |
| 1933 | 310                | 346                     | 881                                      | 836                  | <b>+45</b>      |
| 1936 | 288                | 396                     | 921                                      | 907                  | <b>+14</b>      |
| 1938 | 383                | 415                     | 1036                                     | 1145                 | <b>-109</b>     |

Source: C.H. Feinstein; National Income T31-2

<sup>1</sup> Thirthankar Roy: The economic history of India 1857-1947. 2.Auflage. New Delhi 2006., Table 3.17. S104.

<sup>2</sup> Sidney Pollard: The Development of the British Economy. 1914-1980 . 3<sup>rd</sup> edition. London 1983, Table 317, S. 134.

## 10 Literaturverzeichnis

William Ashworth: An economic History of England 1870-1939. London 1960.

Gopalan Balachadran: Introduction. S 1-46. In: Gopalan Balachadran (Hg): India and the World Economy. 1850-1950, New Dehli 2003

Gopalan Balachadran (Hg): India and the World Economy. 1850-1950, New Dehli 2003

Gopalan Balachadran: Introduction. S 1-46. In: Gopalan Balachadran (Hg): India and the World Economy. 1850-1950, New Dehli 2003

Gopalan Balachadran: The Depression. S 266 – 306. In: Gopalan Balachadran (Hg): India and the World Economy. 1850-1950, New Dehli 2003

Corelli Barnett: The Collapse of British Power. London 1972

Robert Boyce: The Great Interwar Crisis and Collapse of Globalization. London 2009

Piers Brendon: Churchill. Stratege – Visionär – Künstler. München 1984.

Piers Brendon: The Decline and Fall of the British Empire. 1781-1997. London 2007

Judith M. Brown/Roger Louis (Hg): The Oxford History of the British Empire IV. The Twentieth Century. Oxford 1999

Judith M. Brown: India. S 421-445. Judith M. Brown/Roger Louis (Hg): The Oxford History of the British Empire IV. The Twentieth Century. Oxford 1999

W. Adam Brown Jr.: The Conflict of Opinion and Economic Interest in England. (First Published as chapter 10 of England and the New Gold Standard 1919-1929. New Haven 1929). S45-66. In: Sidney Pollard (Hg): The Gold Standard and Employment Policies between the Wars. London 1970

P.C. Cain and A.G. Hopkins: British Imperialism. Innovation and Expansion. 1688-1914. London 1993

P.C. Cain and A.G. Hopkins: British Imperialism. Crisis and Deconstruction. 1914-1990. London 1993

Youssef Cassis, Metropolen des Kapitals. Die Geschichte der internationalen Finanzzentren 1780-2005. (1. Aufl.) Hamburg 2007

Alec Cairncross: The Bank of England and the British Economy. S56-83. Richard Roberts /David Kynaston (Hg): The Bank of England. Money, Power and Influence 1694-1994. Oxford 1995.

K.N. Chaudhuri: India's International Economy in the nineteenth Century: A historical survey. S46- 69. In: Gopalan Balachadran (Hg): India and the World Economy. 1850-1950, New Delhi 2003

John W. Cell: Colonial Rule. S232 – 253. In: Judith M. Brown/ Roger Louis (Hg): The Oxford History of the British Empire IV. The Twentieth Century. Oxford 1999

P.L.Cotrell: The Bank of England in its international Setting. S83-140. In: Richard Roberts / David Kynaston (Hg): The Bank of England. Money, Power and Influence 1694-1994. Oxford 1995

Ian M. Drummond: Imperial Economic policy. 1917-1939. Studies in Expansion and Protection. London 1974

Raymond E. Dumett (Hg): Gentlemanly capitalism and British Imperialism. The New Debate on Empire. London and New York 1999

Raymond E. Dumett: Exploring the Cain/Hopkins paradigm: issues for debate; critique and topics for new research S 1-44 In: Raymond E. Dumett (Hg): Gentlemanly capitalism and British Imperialism. The New Debate on Empire. London and New York 1999.

Charles H. Feinstein (Hg): The economic Development of the United Kingdom since 1870. Volume I. Oxford 1997

Niall Ferguson: The Ascent of Money. A Financial History of the World. London 2009

D.K. Fieldhouse: The Metropolitan Economics of Empire. S88-113. In: Judith M. Brown/ Roger Louis (Hg): The Oxford History of the British Empire IV. The Twentieth Century. Oxford 1999

D. K. Fieldhouse: The West and the Third World. Oxford 1999.

E.H.H. Green: Gentlemanly capitalism and British economic policy, 1880-1914: the debate over bimetallism and protectionism. S44-68. In: Raymond E. Dumett (Hg): Gentlemanly capitalism and British Imperialism. The New Debate on Empire. London and New York 1999

John Guisseppi: The Bank of England. London 1966

W.K. Hancock: Survey of British Commonwealth Affairs. Volume I. Problems of Nationality. 1918-1936 Part I. London 1937

A.G. Hopkins: Viewpoint: Back to the future: From national History to Imperial History. S 198-243. In: Past and Present. No 164. Jg. 1999.

Roy Jenkins: The Chancellors. London 1998.

J.M. Keynes: The Economic consequences of Mr. Churchill, S27-44 In: Sidney Pollard (Hg): The Gold Standard and Employment Policies between the wars. London 1979

Anthony Kirk-Greene: Britains's Imperial Administrators. 1858-1966. London 2000

Hermann Kulke, Dietmar Rothermund: Geschichte Indiens: Von der Induskultur bis heute. 2. Aufl. München 1998

David Kynaston: The Bank and the Government. S19-56. In: Richard Roberts / David Kynaston (Hg): The Bank of England. Money, Power and Influence 1694-1994. Oxford 1995.

Klaus Linow: Die Farce von Ottawa. Indisch-britische Verhandlungen an der Empirewirtschaftskonferenz von Ottawa im Jahre 1932. In: Europäische Hochschulschriften. Reihe III. Geschichte und ihre Hilfswissenschaften. Bd 483. Bern 1991.

T.O. Lloyd: The British Empire. 1558-1995. The Short Oxford History of the Modern World. 2nd Edition. Oxford 2001

Jochen Lütt: Der zweite Weltkrieg und die Entkolonialisierung Indiens . S153 – 173. In: Karin Preiszendanz/Dietmar Rothermund (Hg.) Südasien in der Neuzeit. Geschichte und Gesellschaft 1500 – 2000. Wien 2003

Michael Mann: Geschichte Indiens. Vom 18. bis zum 21. Jahrhundert. Paderborn 2005

John McLane: The Drain of Wealth and Indian Nationalism at the Turn of the Century. S70 - 92. In: Gopalan Balachadran (Hg): India and the World Economy. 1850-1950, New Dehli 2003

Ranald C. Mitchie: The Global Securities Market. A History. Oxford 2006.

Ranald C. Mitchie: The City of London as a Global Financial Centre, 1880-1939: Finance, Foreign Exchange and the First World War, S41-81 In: Phillip L. Cotrell: Centres and peripheres in banking: the historical development of financial markets. Ashgate 2007

D.E. Moggridge: British Monetary Policy 1924-1931. The Norman Conquest of \$4.86. Cambridge 1972.

Patrick O'Brien: Britain's Economy between the wars: A survey of a counterrevolution in economic history. S.242-265. In: Charles Feinstein (Hg): The economic Development of the United Kingdom since 1870. Volume I. Oxford 1997

Sidney Pollard: The Development of the British Economy. 1914-1980. 3<sup>rd</sup> edition. London 1983

Sidney Pollard (Hg): The Gold Standard and Employment Policies between the Wars. London 1970

Sidney Pollard: Introduction, S1-27. In: Sidney Pollard (Hg): The Gold Standard and Employment Policies between the wars. London 1970

Karin Preiszendanz/Dietmar Rothermund (Hg): Südasien in der Neuzeit. Geschichte und Gesellschaft 1500 – 2000. Wien 2003

Richard Roberts: The Bank of England and the City, S152-185. In: Richard Roberts / David Kynaston (Hg): The Bank of England. Money, Power and Influence 1694-1994. Oxford 1995

Richard Roberts / David Kynaston (Hg): The Bank of England. Money, Power and Influence 1694-1994. Oxford 1995

Dietmar Rothermund: Die Welt in der Wirtschaftskrise, 1929-1939. Münster, Hamburg 1993

Dietmar Rothermund: Indiens wirtschaftliche Entwicklung von der Kolonialherrschaft bis zur Gegenwart. Paderborn, München, Wien, Zürich 1985

Dietmar Rothermund: India in the great Depression. 1929-1939 Delhi 1992

Dietmar Rothermund: Nehru und Gandhi. Stuttgart 2010

Thirthankar Roy: The economic history of India 1857-1947. 2. Auflage. New Delhi 2006

Thirkanthar Roy: Price Movements in Early Twentieth- Century India. S 118-133. In: The Economic History Review. New Serie. Vol. 48, No 1 (Feb.1995)

Robert Skidelsky: Politicians and the slump. The Labour Government of 1929-1931. London 1994

Sunanda Sen: Tributes and Transfers from Colonial India, S93- 155. In: Gopalan Balachadran (Hg): India and the World Economy. 1850-1950, New Dehli 2003

Andrew Thompson (Hg): Britain's Experience of Empire in the Twentieth Century. In: WM. Roger Louis (Hg) The Oxford History of the British Empire. Companion Series. Oxford 2012

B.R.Tomlinson: The economy of modern India, 1860-1970. In: Gordon Johnson, C.A. Baily, John F. Richard (Hg):The new Cambridge History of India Bd III 3, Cambridge 1993

B.R.Tomlinson: Imperialism and After: The Economy of the Empire on the Periphery. S357-375. In: Judith M. Brown/ Roger Louis (Hg): The Oxford History of the British Empire IV. The Twentieth Century. Oxford 1999

B. R. Tomlinson: Britain and the Indian Currency Crisis, 1930-2, S245-265. In: Gopalan Balachadran (Hg): India and the World Economy. 1850-1950. New Dehli 2003

B. R. Tomlinson: The political economy of the Raj 1914-1947. The economics of Decolonisation in India. London 1979.

Peter Wende: Das britische Empire. Geschichte eines Weltreichs. München 2008

Richard Whiting: The Empire and British Politics. S161-210.  
In: Andrew Thompson (Hg): Britain's Experience of Empire in the Twentieth Century. In: W.M. Roger Louis (Hg): The Oxford History of the British Empire. Companion Series. Oxford 2012

John H. Wood: A History of Central Banking in Great Britain and the United States. Cambridge 2005

**Internetquellen:**

The National Archives: Cabinet Papers 1915-1982,  
<http://www.nationalarchives.gov.uk/cabinetpapers/alevelstudies/a-level-studies.htm?WT.ac=A%20level%20studies>: Therof: CAB 23 interwar conclusions, CAB 24 interwar memoranda.

The Gold Standard. Note by the Chancellor of the Exchequer. 4) Mr. McKenna at the Annual Meeting of the Midland Bank. CP 55 (26) In: The National Archives: CAB 24/178  
<http://filestore.nationalarchives.gov.uk/pdfs/large/cab-24-178.pdf>

Sterling and the Goldstandard: Memorandum: CP 219(31) In: The National Archives CAB 24/223. <http://filestore.nationalarchives.gov.uk/pdfs/large/cab-24-223.pdf>

Appendix 1: Press Notice: Agenda: 1: The Financial Situation. Conclusions of a Meeting of the Cabinet held on Sunday, September 20th 1931 at 4:30 PM. CP 60 (31). In The National Archives CAB 23/68. <http://filestore.nationalarchives.gov.uk/pdfs/large/cab-23-68.pdf>

Copy of letter from Mr. H.W. Holloway, dated 13th January 1930, to the Secretary of State for India S140. CAB 22 (30). In: The National Archives. CAB 24 /209.  
<http://filestore.nationalarchives.gov.uk/pdfs/large/cab-24-209.pdf>

Draft Reply to Mr. Holloway. S141. CAB 22 (30). In: The National Archives. CAB 24 /209.  
<http://filestore.nationalarchives.gov.uk/pdfs/large/cab-24-209.pdf>

The Indian Financial Position. Memorandum by the Secretary of State for India. India Office 10. September 1931. CP 226(31) S..2/S.178 In: The National Archives CAB 24/223.  
<http://filestore.nationalarchives.gov.uk/pdfs/large/cab-24-223.pdf>

Cypher telegram from Secretary of State to Government of India, dated 23rd September, 1931 CAB 63 (31) S3/264. In: The National Archives CAB 23/68  
 Cabinet Papers (C.P 10/31) The India Round Table Conference. Draft statement by his Majesty's Government. S.2. In: The National Archives: Catalogue Reference: CAB/24/219/S.93

## 11 Lebenslauf

**Dorothea Wanek**

---

### Angaben zur Person

Staatsangehörigkeit      Österreich

---

### Ausbildung

|             |                                                  |
|-------------|--------------------------------------------------|
| 1971 – 1975 | Volksschule Heidenreichstein                     |
| 1975 – 1983 | Neusprachliches Gymnasium Waidhofen an der Thaya |

---

### Studium

|              |                                                                                                               |
|--------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 1983 – 1989  | Lehramtsstudium an der Universität Wien<br>Geschichte und Sozialkunde, Philosophie, Pädagogik,<br>Psychologie |
| 2006 – heute | Diplomstudium Geschichte an der Universität Wien                                                              |

---

### Angaben zur Berufserfahrung

|              |                                                                                                                                                     |
|--------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 1989 – 1998  | Österreichische Post AG<br>Beschäftigungen im Hotel- und Tourismusbereich                                                                           |
| 1998 – heute | Bankangestellte bei Raiffeisen Bank International AG<br>in den Fachbereichen: Financial Risk Management<br>Capital Markets<br>Collateral Management |